

GfK Verein

Challenges of Nations 2015 – eine Studie des GfK Vereins

Von Inflation über Arbeitslosigkeit
bis hin zu Armut





Challenges of Nations 2015 – eine Studie des GfK Vereins

Copyright GfK Verein

Nachdruck, Weitergabe etc. – auch auszugsweise – sind nur mit
vorheriger schriftlicher Genehmigung des GfK Vereins gestattet

Verantwortlich: Ronald Frank

GfK Verein
Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung e.V.

Nordwestring 101, 90419 Nürnberg
Tel.: (0911) 395-2231 und 2368 – Fax: (0911) 395-2715

E-mail: hello@gfk-verein.org
Internet: www.gfk-verein.org



Challenges of Nations 2015 – eine Studie des GfK Vereins

GfK Consumer Experiences:

Birgit Müller, Elke Nagel, Catherine Gibson, Susanne Siegert
Netzwerkanalyse: Dr. Axel Maireder, Patricia Windt

GfK Verein:

Ronald Frank

INHALT

			Folie
Einleitung			4
Die Herausforderungen der Nationen			5
Die Besonderheiten der einzelnen Länder			
Nigeria	18	Belgien	65
Iran	21	Spanien	68
Deutschland	25	Polen	71
Indien	38	Südafrika	75
Südkorea	42	Schweiz	78
Brasilien	45	Russland	81
Italien	48	USA	84
Österreich	52	Niederlande	87
Frankreich	55	Japan	90
Indonesien	58	Türkei	94
Großbritannien	62	Schweden	97
Netzwerkanalyse zu Zuwanderung und Integration in D/A/CH			100
Wirtschaftsindikatoren im Überblick			120



Nachdem im Jahr 2014 aus den Challenges of Europe die *Challenges of Nations* wurden, kommen dieses Jahr noch weitere Länder außerhalb Europas hinzu: Neben den drei BRICS-Ländern Brasilien, Russland und Südafrika ist nun auch die bevölkerungsreichste Demokratie, das multiethnische Indien, Teil dieser Studie des GfK Vereins, die den Blick auf die Sorgen der Bürger und Konsumenten weltweit richtet. Mit Südkorea, Indonesien und dem Iran werden zudem drei weitere „Next Eleven-Länder“ in die *Challenges of Nations* integriert .

Mit der Integration von weiteren aufstrebenden Volkswirtschaften verschiebt sich der Sorgenfokus weg von Themen, die primär die Erhaltung des jeweiligen wirtschaftlichen Wohlstandsniveaus betreffen und hin zu den Problemen eines mangelhaften Funktionierens der Basisversorgung eines Gemeinwesens, wie der Gesundheit, der Ausbildung, der inneren Sicherheit, der Versorgung mit Trinkwasser und Strom – und der Korruption. Und eine Herausforderung, die derzeit in Europa und den USA aus dem Fokus verschwunden ist, gewinnt global durch Länder wie Indien, Indonesien oder dem Iran massiv an Gewicht: Die Sorge um die Entwicklung der Preise und somit der Kaufkraft der Konsumenten.



Die Antworten dieser Untersuchung machen sichtbar, wie sich die Bedeutung der einzelnen Themen in der öffentlichen – und veröffentlichten – Wahrnehmung im Zeitverlauf wandelt, und das seit nun 25 Jahren in Deutschland, seit der Jahrtausendwende in vielen weiteren europäischen Ländern und aktuell im weltweiten Kontext von insgesamt 22 Ländern.

Aus aktuellem Anlass enthält der vorliegende Bericht zusätzlich die Ergebnisse einer *Twitter-Analyse* zum Themenkomplex: Migration, Zuwanderung und Asyl für Deutschland, Österreich und die Schweiz. Diese Herausforderungen belegen 2015 in den drei genannten Ländern die vorderen Plätze des Sorgenrankings. Twitter hat sich in den letzten Jahren als wichtige Plattform politischer und journalistischer Meinungsbildner etabliert und ist als Quelle für die klassischen Medien Print, Fernsehen und Radio inzwischen unverzichtbar geworden. Welche Inhalte mit welchem Tenor die Debatte bestimmen und welche Akteure beim Thema Zuwanderung den öffentlichen Diskurs und somit auch das Meinungsbild der Bürger beeinflussen, das erfahren Sie in dieser ergänzenden Analyse (S. 100 ff).

Ronald Frank /// GfK Verein

Nationen im Überblick /// Die Herausforderungen 2015

Top 10 - Zusammenfassung aller Länder

Nach Anzahl der Einwohner je Land gewichtet; (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Preis-/ Kaufkraft-
entwicklung

32



Arbeitslosigkeit

27



Korruption

20



Kriminalität

18



Wirtschaftliche
Stabilität

11



Bildungspolitik

10



Gesundheitswesen

09



Verkehrspolitik

08



Politik/ Regierung

07



Armut

06



Basis: 25.454 Befragte

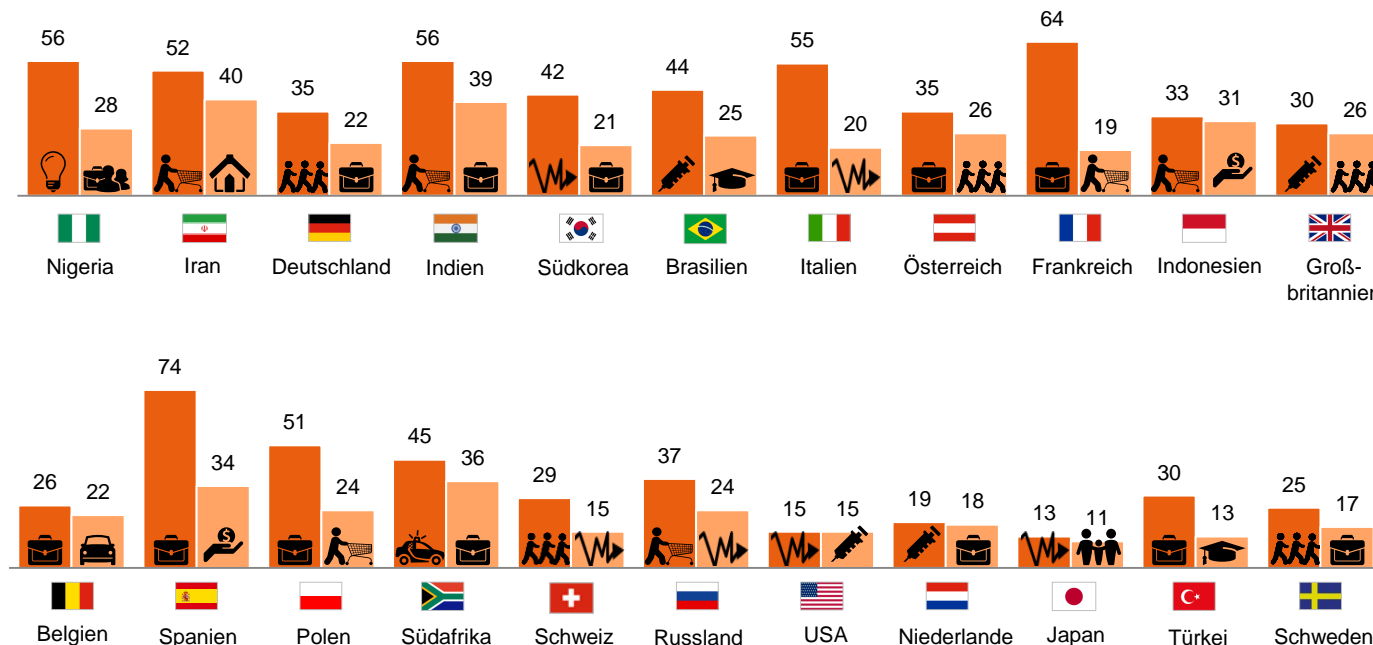
Nationen im Überblick /// Die Herausforderungen 2015

Top 2 je Land

(freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

Legende

- Arbeitslosigkeit
- Preis-/Kaufkraftentwicklung
- Wirtschaftliche Stabilität
- Zuwanderung
- Gesundheitswesen
- Korruption
- Bildungspolitik
- Energieversorgung
- Jugend-arbeitslosigkeit
- Wohnungsprobleme
- Kriminalität
- Verkehrspolitik
- Familienpolitik



Basis: 25.454 Befragte

Nationen im Überblick /// Die Herausforderungen 2015 (1)

Top 10 Gesamt - Häufigkeiten der Nennungen

(freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Gesamt           

Preis-/ Kaufkraftentwicklung	32	16	52	16	56	19	21	5	14	19	33	7
Arbeitslosigkeit	27	26	37	22	39	21	4	55	35	64	14	13
Korruption	20	26	7	0	36	4	20	11	2	0	31	0
Kriminalität	18	23	1	10	31	20	23	15	7	14	12	9
Wirtschaftliche Stabilität	11	7	4	15	6	42	2	20	12	9	17	8
Bildungspolitik	10	25	1	15	11	9	25	4	12	8	10	10
Gesundheitswesen	9	12	14	9	2	1	44	8	5	5	7	30
Verkehrspolitik	8	27	1	5	15	0	4	0	1	1	8	5
Politik/ Regierung	7	22	5	6	2	9	23	18	10	6	5	8
Armut	6	13	7	15	6	7	1	4	4	7	8	6

Basis: 25.454 Befragte

Gesamt Nigeria Iran Deutschland Indien Südkorea Brasilien Italien Österreich Frankreich Indonesien Großbritannien

Nationen im Überblick /// Die Herausforderungen 2015 (2)

Top 10 Gesamt - Häufigkeiten der Nennungen

(freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Gesamt           

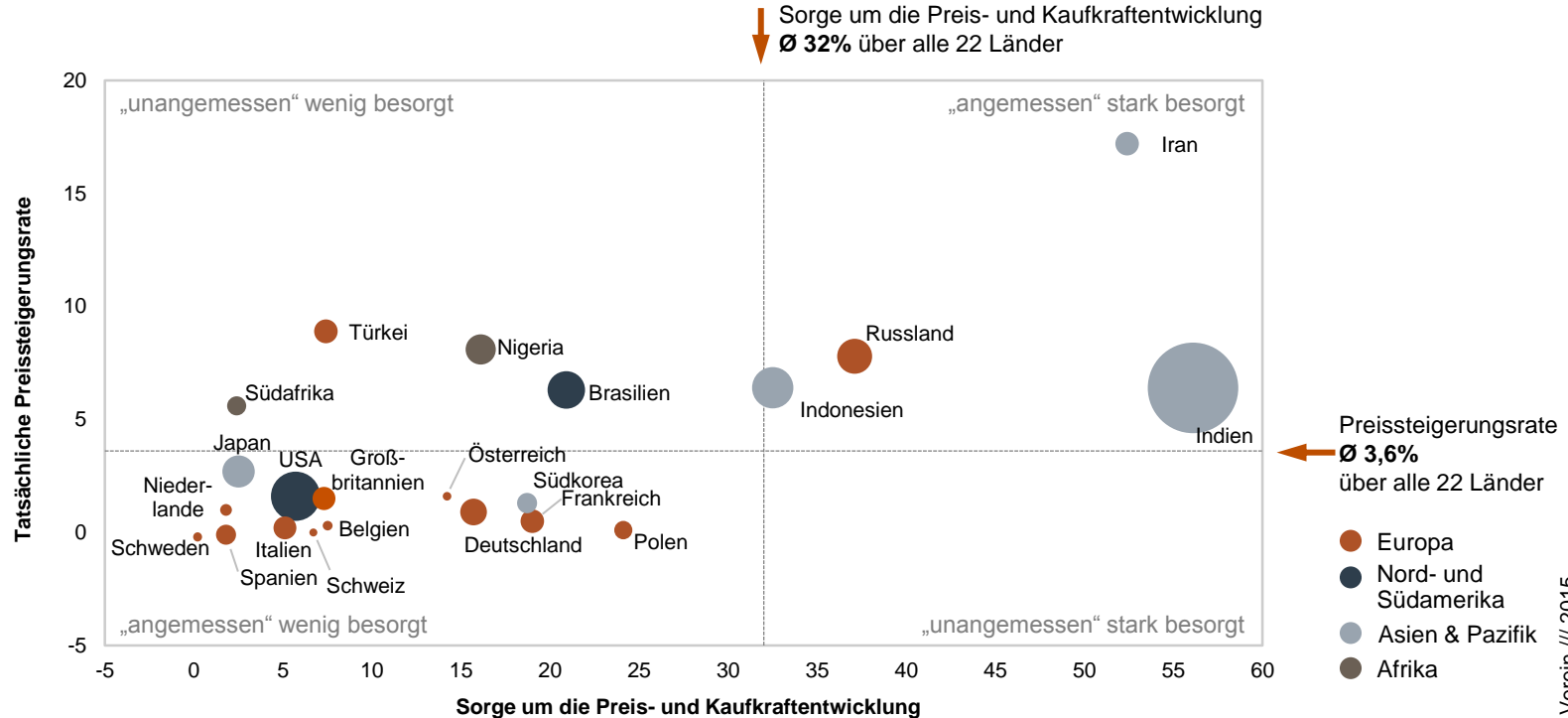
Preis-/ Kaufkraftentwicklung	32	8	2	24	2	7	37	6	2	3	7	0
Arbeitslosigkeit	27	26	74	51	36	11	8	11	18	1	30	17
Korruption	20	1	34	2	14	0	4	1	0	-	0	-
Kriminalität	18	12	2	1	45	4	1	5	9	1	5	1
Wirtschaftliche Stabilität	11	9	14	10	1	15	24	15	9	13	10	5
Bildungspolitik	10	6	11	2	6	8	4	6	5	2	13	12
Gesundheitswesen	9	4	14	23	3	7	6	15	19	3	3	8
Verkehrspolitik	8	22	0	1	1	6	4	1	4	0	4	0
Politik/ Regierung	7	15	11	9	4	4	1	13	4	4	5	2
Armut	6	13	4	2	7	3	1	4	8	3	1	2

Basis: 25.454 Befragte

Gesamt Belgien Spanien Polen Südafrika Schweiz Russland USA Niederlande Japan Türkei Schweden

Nationen im Überblick /// Gegenüberstellung der Sorge um die Preis- und Kaufkraftentwicklung mit der tatsächlichen Preissteigerungsrate* in %

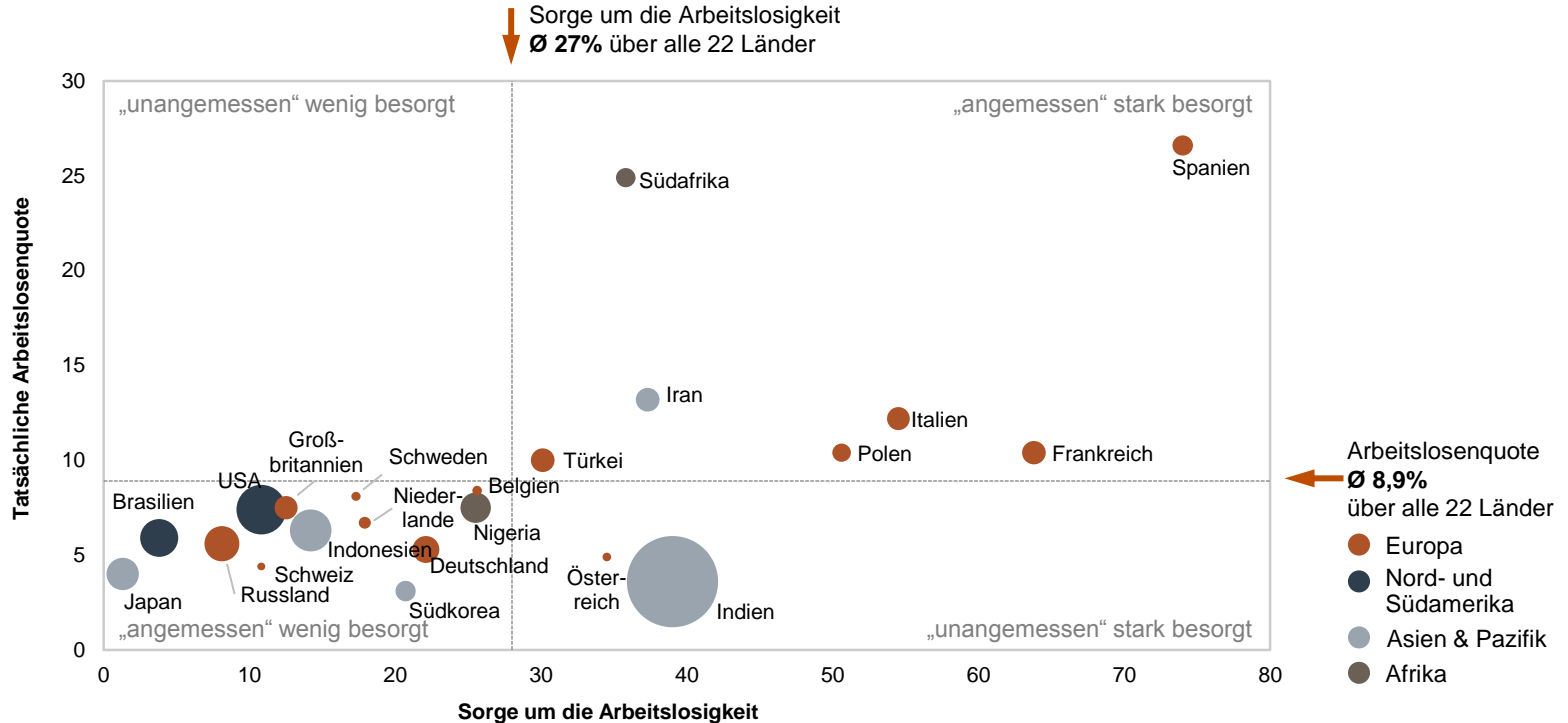
(Sorge um die Preis- und Kaufkraftentwicklung: freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Größe der Punkte entspricht dem Bevölkerungsanteil
*Weltbank (2014, Stand Mai 2015)

Nationen im Überblick /// Gegenüberstellung der Sorge um die Arbeitslosigkeit mit der tatsächlichen Arbeitslosenquote* in %

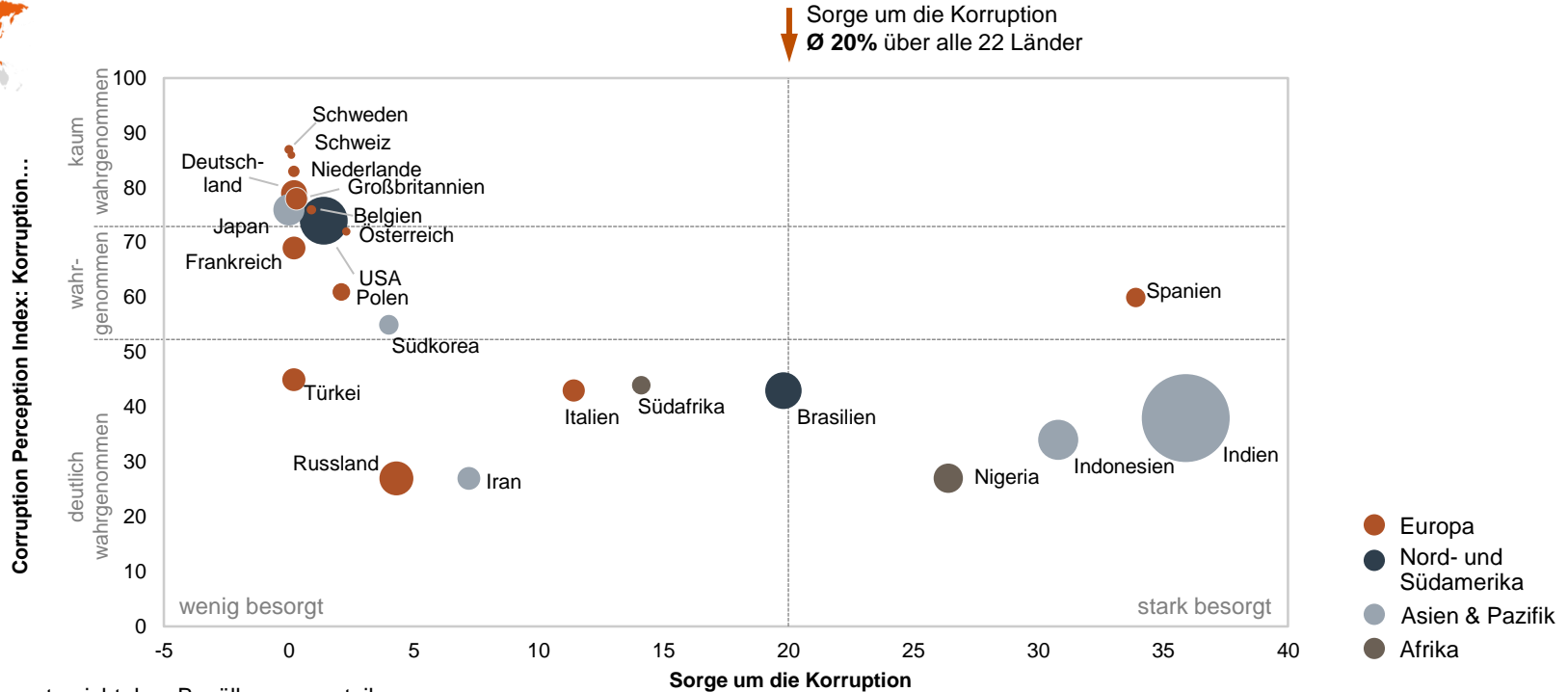
(Sorge um die Arbeitslosigkeit: freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



*International Labour Organisation (ILO) (2013, Stand Mai 2015)

Nationen im Überblick /// Gegenüberstellung der Sorge um die Korruption mit dem Corruption Perception Index*

(Sorge um die Korruption: freie Antworten; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



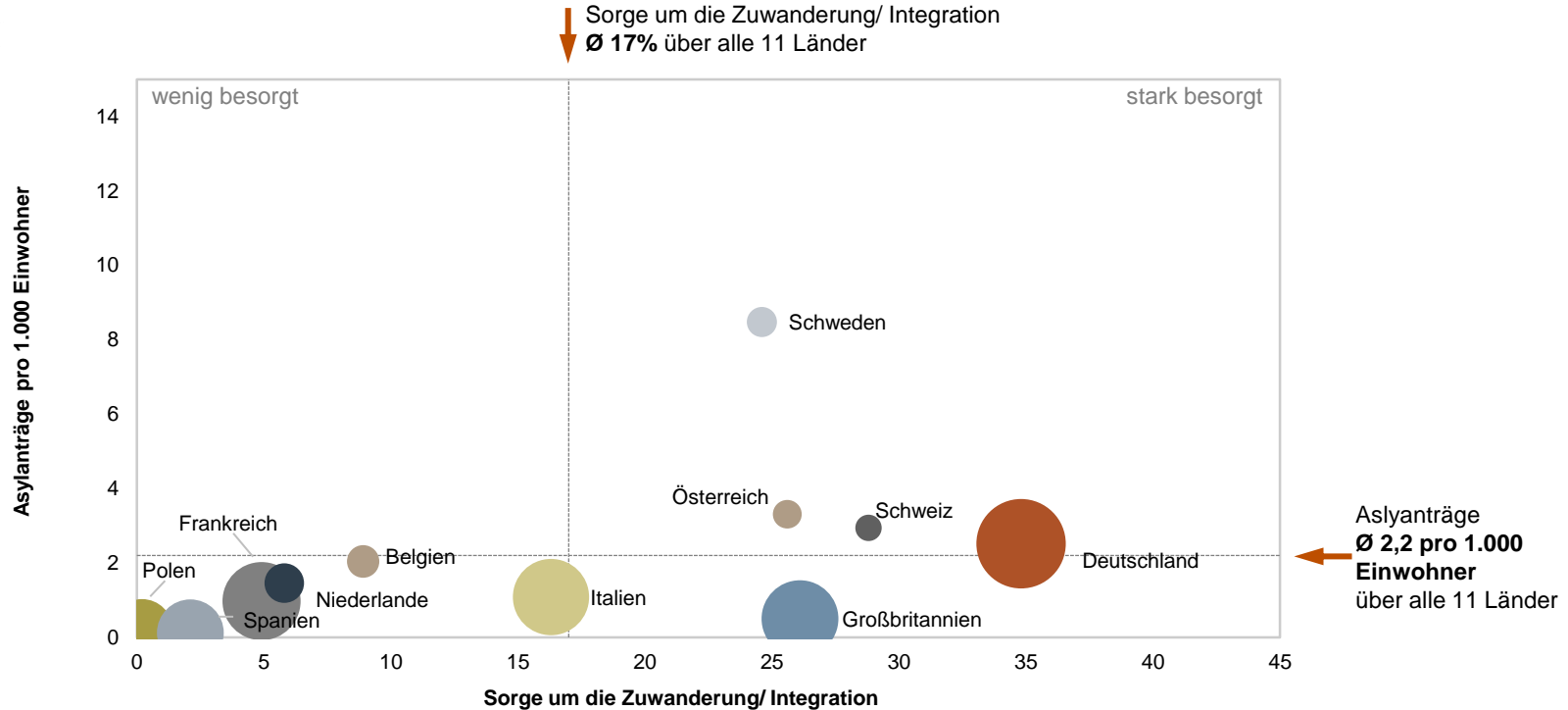
Größe der Punkte entspricht dem Bevölkerungsanteil

*Transparency International (2014, Stand März 2015),

Werte zwischen 0 und 100; 0-49 = deutlich wahrgenommene Korruption, 50-69 = wahrgenommene Korruption, 70-100 = kaum wahrgenommene Korruption

Nationen im Überblick /// Gegenüberstellung der Sorge um die Zuwanderung/ Integration mit Asylanträgen* in der EU + Schweiz

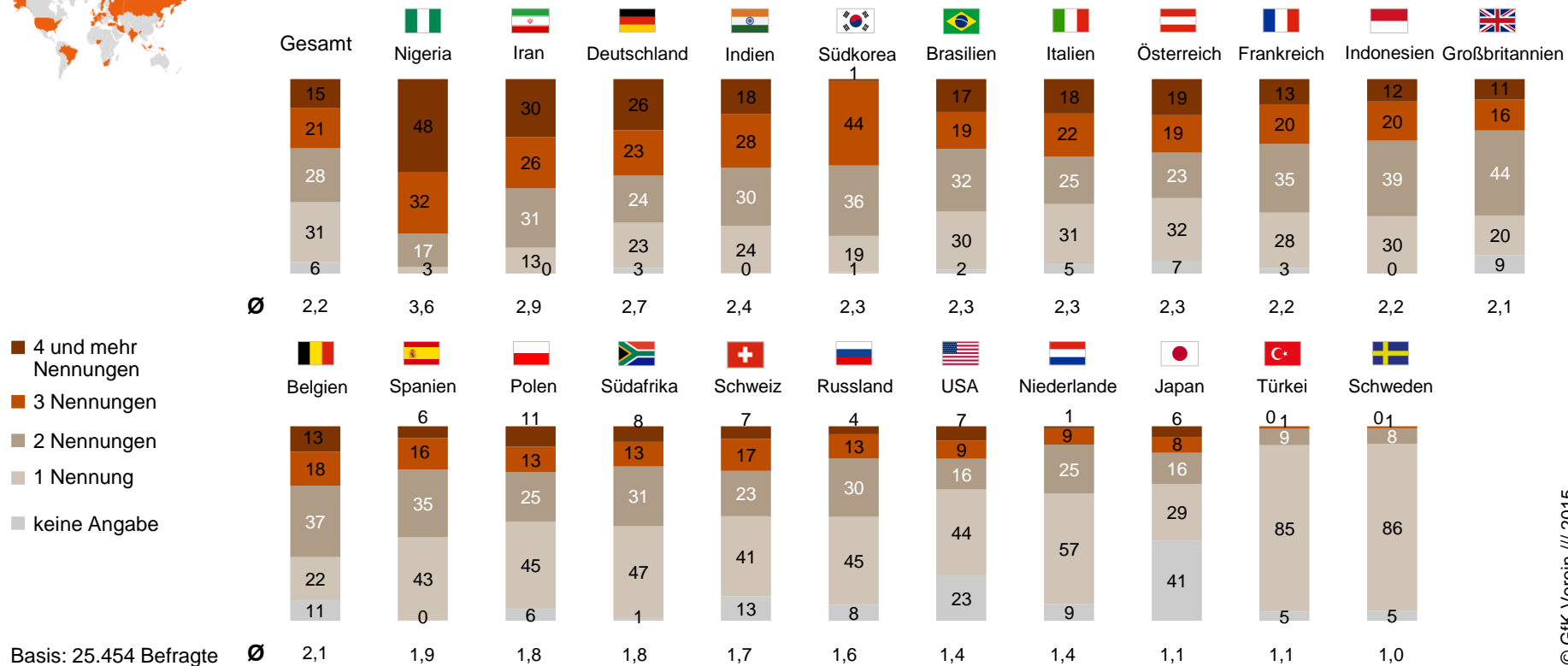
(Sorge um die Zuwanderung/ Integration: freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Größe der Punkte entspricht dem Bevölkerungsanteil
*Eurostat (Stand Mai 2015)

Nationen im Überblick /// Anzahl der Nennungen 2015

Anzahl der genannten Probleme pro Person und Land in %



Basis: 25.454 Befragte



Die vorliegende Studie „Challenges of Nations“ umfasst seit 2015 weltweit **22 Länder**. Fünf asiatische Länder sind neu hinzugekommen: **Indien, Indonesien, Japan, Südkorea** sowie der **Iran**. Der afrikanische Kontinent ist zum zweiten Mal mit Südafrika und Nigeria vertreten, Nordamerika mit den Vereinigten Staaten sowie Südamerika mit Brasilien. In **Europa** sind weiterhin Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Österreich, Polen, Großbritannien, Belgien, Russland, die Niederlande, Schweden, die Türkei und die Schweiz Teil dieser Studie. Stellvertretend wurden in diesen Ländern insgesamt 25.454 Personen befragt. Um eine **globale Betrachtung** zu ermöglichen, werden die Ergebnisse der einzelnen Länder ihrem jeweiligen Bevölkerungsanteil entsprechend gewichtet dargestellt. Die Antworten repräsentieren so die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen, wie sie von mehr als **zwei Milliarden Menschen** weltweit gesehen werden.

Die internationale Sorgenliste wird 2015 von der **Preis- und Kaufkraftentwicklung** mit 32% angeführt. In vier Ländern wird dieses Thema als größte Herausforderung gesehen, darunter mit Indien, Indonesien und Russland drei der fünf bevölkerungs-

reichsten Länder der Untersuchung. Die höchste Beunruhigung herrscht in Indien (56%) und – dicht gefolgt – im Iran mit aktuell 52% vor. Dort sind die Inflationsraten entsprechend hoch. So sind im Iran die Preise im Jahr 2014 um mindestens 15% gestiegen, das ist die höchste Steigerung in allen Ländern dieser Studie. Auch Russland und Indonesien haben mit hohen Inflationsraten zu kämpfen (siehe Seite 9). Das spiegelt sich im Ausmaß der Besorgnis wider, die in Russland bei 37% und in Indonesien bei 33% liegt – was jeweils zudem den Spitzenplatz auf der nationalen Sorgenliste bedeutet. Mit Japan gibt es aber auch ein asiatisches Land, in dem die Bürger mit 3% kaum Bedenken äußern. Und in Spanien, den Niederlanden, Südafrika und Schweden spielt dieses Thema derzeit eine eher untergeordnete Rolle.

An zweiter Stelle weltweit befindet sich mit 27% die **Arbeitslosigkeit**. Das Thema stellt in sieben der 22 erfassten Länder 2015 das wichtigste Problem dar. Angeführt wird die Liste der besorgten Nationen von Spanien mit einem Anteil von 74%, dahinter folgt Frankreich mit 64%. Jeweils mindestens die Hälfte der Bevölkerung sieht in Italien und Polen Handlungsbedarf in Bezug auf den Arbeitsmarkt.



In Anbetracht der hohen Arbeitslosenquoten in den genannten Ländern ist die große Besorgnis nicht überraschend (siehe Seite 10). Südafrika fällt etwas aus dem Rahmen, denn in dem Land mit der im Vergleich zweithöchsten Arbeitslosenquote ist die Sorge mit 36% deutlich geringer als etwa in Spanien. Am anderen Ende der Skala befinden sich Japan und Brasilien mit nur wenigen besorgten Bürgern – und einer relativ niedrigen Arbeitslosenquote.

Die Sorge um die **Korruption** steht global mit 20% an dritter Stelle. Dieses Thema wird in Indien (36%) und in Spanien (34%) als besonders brisant wahrgenommen. Überdurchschnittlich besorgt ist außerdem die Bevölkerung in Indonesien mit 31% und in Nigeria mit 26%. In Indien, Indonesien und Nigeria wird laut Corruption Perception Index Korruption ebenfalls deutlich wahrgenommen – in Russland und dem Iran auch, aber hier ist die offen geäußerte Besorgnis geringer (siehe Seite 11). Italien und die Türkei sind die einzigen europäischen Länder, in denen ebenfalls eine deutlich wahrgenommene Korruption herrscht, doch ist diese genannte Sorge mit 11% in Italien und weniger als einem Prozent in der Türkei relativ gering.

Eine verstärkte Bekämpfung der **Kriminalität** fordern derzeit

18% der Bürger, das bedeutet Rang 4 im internationalen Vergleich. Nur in Südafrika liegt das Problem mit 45% auf Platz 1 der Sorgenliste. Auch in Indien sind die Menschen mit 31% darüber sehr besorgt. Danach folgen Nigeria, Brasilien und Südkorea mit rund einem Fünftel an besorgten Bürgern.

An fünfter Stelle der internationalen Agenda befindet sich die Sorge um die **wirtschaftliche Stabilität** mit 11%. Für die Südkoreaner stellt dieser Punkt 2015 sogar die Hauptsorge mit 42% dar, ebenso wie in den USA mit 15% und in Japan mit 13%. Als Problem wird die ökonomische Entwicklung auch in Russland mit 24% und in Italien mit 20% angesehen. In Indonesien sorgen sich 17% der Bevölkerung über das Thema, in Deutschland, der Schweiz und in Spanien trifft dies jeweils auf etwa 15% zu.

Über die **Bildungspolitik** machen sich 10% der Menschen weltweit Gedanken (Platz 6). Hier stechen Nigeria und Brasilien hervor, wo jeweils ein Viertel der Bevölkerung den Zustand des Bildungswesens kritisiert. In Deutschland sehen 15% der Menschen Verbesserungsbedarf in Bezug auf die Ausbildung. Am seltensten äußern sich die Menschen im Iran mit lediglich 1% der Nennungen zu diesem Thema.



Auf dem siebten Platz der internationalen Sorgenliste steht das **Gesundheitswesen**, darüber sind 9% beunruhigt. Am größten ist die Besorgnis in Brasilien mit 44%, danach folgt das Vereinigte Königreich mit 30% - in beiden Ländern liegt das Thema zudem auf Platz 1. Außerdem bezeichnet rund ein Viertel der Polen das Gesundheitssystem als verbesserungswürdig. Mit größerem Abstand folgen die Niederlande (19%), die USA (15%) und der Iran mit 14%.

Die Sorge um das Thema **Verkehrspolitik** steht mit derzeit 8% an achter Stelle der Problemliste. Die Nigerianer sind mit 27% am stärksten darüber beunruhigt, ebenso die Belgier mit 22%, allerdings mit jeweils unterschiedlichen Kritikpunkten an der Infrastruktur.

Rang 9 besetzt mit 7% die Sorge um das Thema **Politik** und **Regierung**. Brasilien und Nigeria führen hier das Feld mit 22% bzw. 23% an. Auch 18% der Italiener, 15% der Belgier und 13% der US-Amerikaner sehen hierbei Handlungsbedarf.

Auf dem zehnten Platz befindet sich die Sorge um die **Armut** mit 6%. Abermals ist die Besorgnis hier in Deutschland mit 15% am größten, gefolgt von so unterschiedlichen Ländern wie Belgien und Nigeria mit jeweils 13%.

In der Mehrzahl der Länder stellt die Bekämpfung der Inflation, der Arbeitslosigkeit oder eine andere Top-10-Herausforderung die Hauptsorge dar, doch gibt es einige Ausnahmen davon: So liegt etwa in Nigeria mit 56% die **Stabilität der Energieversorgung** an der Spitze der Besorgnis.

In Deutschland, Schweden und der Schweiz dagegen wird die **Zuwanderung** bzw. die **Integration** als das wichtigste Thema wahrgenommen. Insgesamt über alle Länder thematisieren gerade einmal 4% die Zuwanderung, doch in Deutschland sehen hier 35% der Bürger Handlungsbedarf, in der Schweiz sind es 29% und in Schweden 25%. Auch in Österreich ist die Besorgnis mit 26% groß. Gemessen an der Zahl der Einwohner sehen sich diese vier Länder in Europa derzeit mit den meisten Asylbewerbern konfrontiert (siehe Seite 12).



Mit der Studie „Challenges of Nations“ können nicht nur Unterschiede hinsichtlich der Wichtigkeit der einzelnen Themen zwischen den Ländern interpretiert werden, es lassen sich auch Aussagen über die **Problemvielfalt** in den Ländern treffen. Die durchschnittliche Anzahl der Probleme, die die Bürger in ihren jeweiligen Ländern wahrnehmen, variiert zwischen 1,0 und 3,6 Themen pro Person. So können Rückschlüsse auf den Problemdruck in den Ländern gezogen werden, wobei hier natürlich auch kulturelle Unterschiede, wie z.B. die Bereitschaft, Dinge offen zu kritisieren, eine Rolle spielen. Länderübergreifend werden in diesem Jahr, wie schon in den drei Jahren zuvor, von den Befragten **im Durchschnitt 2,2 Themen** angemahnt.

Die mit Abstand meisten Probleme mit durchschnittlich 3,6 Antworten pro Person äußern aktuell die **Nigerianer**. Das liegt daran, dass neben der dominierenden Energieversorgung fünf weitere Themen von mindestens einem Viertel genannt werden. Im neu aufgenommenen **Iran** nennen die Bürger im Durchschnitt 2,9 Themen. Hier erhalten vier Themenfelder der Top 10-Liste mit mindestens einem Viertel der Antworten eine sehr hohe Priorität.

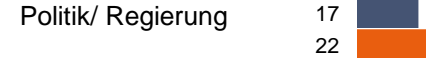
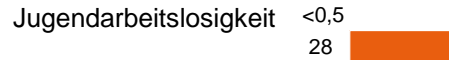
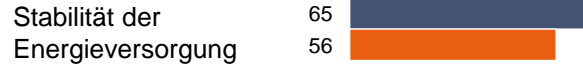
Als „kritikfreundlichstes“ Land in Europa erweist sich erneut Deutschland: Hier äußern die Befragten durchschnittlich 2,7 Probleme, in etwa so viele wie im letzten Jahr. Ein leicht überdurchschnittlicher Problemdruck herrscht auch in den neu aufgenommenen Ländern Indien und Südkorea mit 2,4 bzw. 2,3 genannten Herausforderungen vor.

Der geringste Problemdruck dagegen zeigt sich mit 1,0 und 1,1 Nennungen pro Person in **Schweden, Japan** und der **Türkei**. In der Türkei ist auch der deutlichste Rückgang zu sehen, denn letztes Jahr nannten die Bürger noch durchschnittlich 1,5 Themen pro Person. Auch in Frankreich geht die Anzahl der Themen pro Person zurück, und zwar von 2,5 auf 2,2. Der größte Anstieg zeigt sich in Österreich (von 2,0 auf 2,3 Themen).

Für diese Veränderungen gibt es ganz verschiedene Ursachen: In einigen Ländern fokussieren sich die Menschen stärker auf ein bestimmtes, ganz besonders wichtiges Problemfeld. Und in anderen Ländern tauchen neue oder mehr verschiedene Themen auf. Welche Probleme die Bürger in den einzelnen Ländern – auch im Laufe der Jahre – als besonders wichtig erachten, das wird in den folgenden Kapiteln beschrieben.

Nigeria /// Die Herausforderungen 2015

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Nigeria zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Arbeitslosigkeit insgesamt
2014: 52%
2015: 53%

■ 2014
■ 2015

Basis 2015: 1.000 Befragte



Nigeria, das bevölkerungsreichste Land Afrikas, ist wirtschaftlich, ethnisch und religiös weiterhin gespalten. Die islamistische Terrormiliz Boko Haram versetzt das Land seit längerem in Angst und Schrecken. Allein bei Anschlägen im Januar 2015 sind Hunderte Menschen ums Leben gekommen und Tausende geflohen. Das bedrohte die innere Sicherheit derart, dass die für Februar 2015 angesetzten Präsidentschaftswahlen auf Ende März verschoben wurden. Bei dieser Wahl, die rund zwei Monate nach dem Erhebungszeitraum dieser Studie stattfand, hat der muslimische Herausforderer Buhari den bisherigen christlichen Amtsinhaber Jonathan abgelöst. Der neue Präsident gilt als entschiedener Korruptionsbekämpfer und hat ein hartes Vorgehen gegen den Terrorismus angekündigt. Diese beiden Themen finden sich jeweils mit einem Anstieg der Besorgnis auch unter den Top 10 der Herausforderungen. Und mit durchschnittlich 3,6 genannten Herausforderungen belegt Nigeria im weltweiten Vergleich der 22 erhobenen Länder auch 2015 den ersten Platz.

Auf Platz 1 der Sorgenliste liegt wie bereits im letzten Jahr die **Stabilität der Energieversorgung**, gegenüber 2014 ist die Besorgnis jedoch leicht von 65% auf 56% zurückgegangen. Die Privatwirtschaft soll stärker am Ausbau des Stromsektors beteiligt

werden, was in den kommenden Jahren zu einer stabileren Stromversorgung führen soll. Die Stromproduktion ist mit knapp 5 Gigawatt pro Jahr gemessen an der Einwohnerzahl immer noch gering. Oft fällt stundenlang der Strom aus, was vor allem die Unternehmen durch den Einsatz eigener Dieselgeneratoren ausgleichen müssen.

Die Bekämpfung der **Arbeitslosigkeit** fordern in diesem Jahr gleichbleibend 53% der Nigerianer. 26% nennen das Thema Arbeitslosigkeit insgesamt, was Platz 5 bedeutet. Damit zeigt sich eine merkliche Verschiebung in Richtung der **Jugendarbeitslosigkeit**, die 2014 kaum explizit genannt wurde und aktuell mit 28% auf dem zweiten Rang liegt. Laut der ILO-Definition lag die Arbeitslosenquote 2012 insgesamt bei 7,5%, die der 15- bis 24-Jährigen war mit 13,7% aber deutlich höher. Von Arbeitslosigkeit und mangelnden Perspektiven ist also vor allem die jüngere Generation betroffen, und zwar eher in den nördlichen Regionen als im Süden mit den reichen Ölvorkommen. Doch selbst wenn die Menschen Arbeit haben, reicht bei vielen das Erwerbseinkommen kaum zum Überleben. Mehr als die Hälfte der Nigerianer lebt unterhalb der Armutsgrenze, und zwar in den letzten 10 Jahren mit steigender Tendenz.



Mit aktuell 27% ist die Sorge um die **Verkehrspolitik** um 6 Prozentpunkte zurückgegangen. Das Straßennetz ist im ganzen Land in einem schlechten Zustand, auch im wirtschaftlichen Zentrum im Nigerdelta. Die Verkehrsinfrastruktur bemängeln dementsprechend 6% der Bürger. Im Wahlkampf hat der neue Präsident Buhari den Bau neuer Straßen und Autobahnen angekündigt, die Lage könnte sich somit zukünftig verbessern.

An Brisanz gewonnen hat dagegen das Thema **Korruption**: Nach 20% in 2014 sind derzeit 26% der Nigerianer darüber besorgt, das bedeutet Rang 4. Ein CPI von 27 Punkten attestiert dem Land laut Transparency International eine deutlich wahrgenommene Korruption. Daher konnte der neue Präsident Buhari auch mit seinem Ruf als Korruptionsbekämpfer bei den Wählern punkten, den er sich vor 30 Jahren während der Militärdiktatur erworben hat.

Ebenfalls wachsende Beunruhigung zeigt sich im Hinblick auf den **Terrorismus**: In diesem Jahr fordern 17% der Bürger die Bekämpfung des Terrorismus, 2014 waren es nur 5%. Den letzten Anschlägen der Boko Haram im Norden konnte das Militär im Januar 2015 wenig entgegensetzen, die innere Sicherheit war

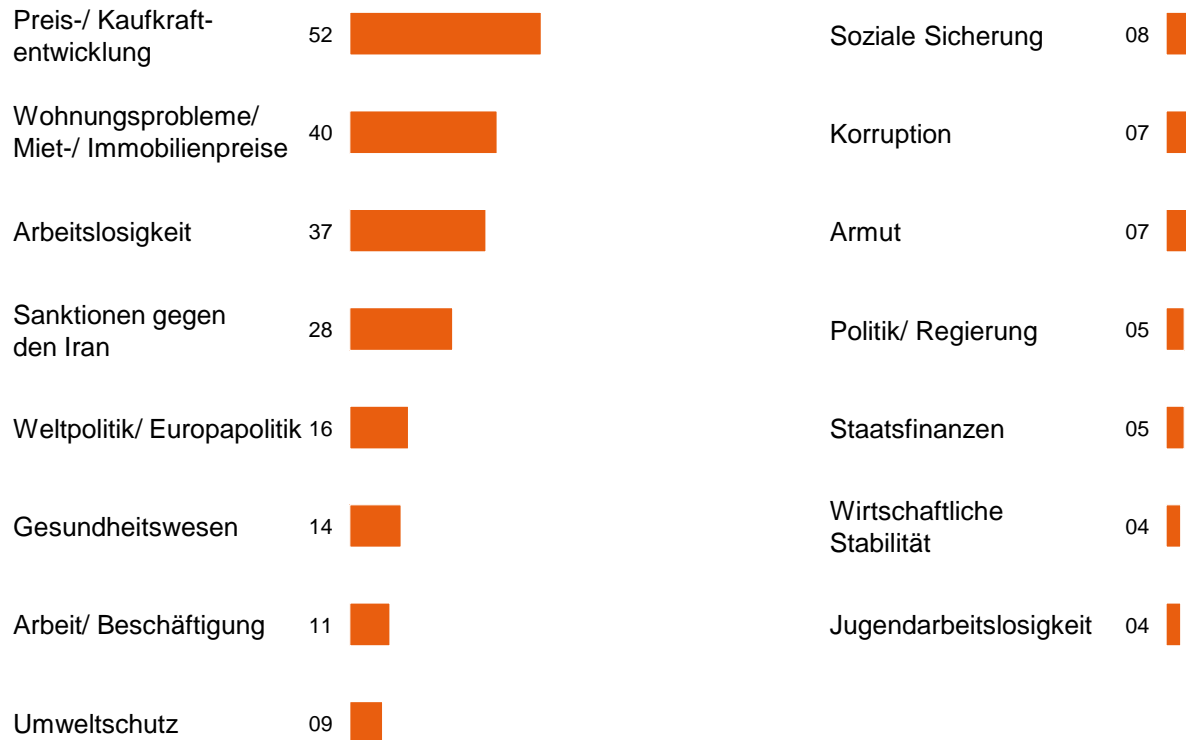
demnach auch das zentrale Wahlkampfthema. Allerdings ist im gleichen Maß die Sorge um die **Kriminalität** zurückgegangen – doch diese beiden Themen stehen in Nigeria in einem engen Zusammenhang: Das ursprüngliche Ziel der Terrormiliz Boko Haram war die Gründung eines Gottesstaats, doch sie verwandelt sich immer mehr in eine Verbrecherbande, die sich durch Banküberfälle, Lösegelderpressung und Waffenhandel finanziert. Präsident Buharis Erfolg wird davon abhängen, ob er den Terror erfolgreicher bekämpfen kann als sein Vorgänger.

Auch über die **Preise** und die **Kaufkraft** machen sich die Nigerianer 2015 mehr Gedanken: Die Besorgnis nimmt um 9 Prozentpunkte auf 16% zu, davon entfallen allein 8% auf den Benzinpreis. Wie in vielen Schwellenländern wird in Nigeria Benzin stark subventioniert. Das kann sich der Staat jedoch nur leisten, wenn die Einnahmen aus dem Ölgeschäft, die ca. 70% aller Staatseinnahmen ausmachen, weiter sprudeln. Womöglich befürchten die Menschen, dass mit dem weiteren Sinken des Ölpreises der Sprit merklich teurer werden könnte, auch wenn das erst einmal paradox erscheinen mag.

Iran /// Die Herausforderungen 2015

Top 15

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die im Iran zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis: 1.000 Befragte



„Ein Hoffnungsträger in kritischer Lage“, so beschreibt das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung die aktuelle Situation im Iran mit seinen 77 Mio. Einwohnern. Fast alle Einwohner sind schiitische Muslime. Der Islam ist zudem Staatsreligion in der sogenannten Islamischen Republik, dessen Staatsoberhaupt der Ayatollah, also der Revolutionsführer auf Lebenszeit, ist. Der Democracy Index 2014 führt das Land unter den autoritären Regimen. Der iranische Kalender schreibt derzeit das Jahr 1394 und das fiskalische Jahr geht von März bis März. Die nachfolgenden Daten der amtlichen Statistik beziehen sich daher auf diesen Zeitraum. Seit dem Amtsantritt des neuen Präsidenten Rohani 2013 hat sich das Klima zwischen Iran und dem Westen wieder verbessert und eine Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen aufgrund des Mitte Juli 2015 unterzeichneten Atomabkommens wird nur noch eine Frage der Zeit sein.

Die wirtschaftliche Isolation ist denn auch ursächlich für die drängendste Sorge der Iraner, die **Preis- und Kaufkraftentwicklung** mit 52%. Die große Besorgnis hängt mit der hohen Inflationsrate zusammen, die vor allem in der Phase der

wirtschaftlichen Isolation stark angestiegen war. Laut Weltbank betrug diese im fiskalischen Jahr 2013 etwa 39%. Für 2014 wurde in den iranischen Medien eine Preissteigerungsrate von 15% veröffentlicht, andere Schätzungen gehen aber von etwa 23% aus. Etwa jeder Zehnte sieht die hohen Benzinpreise als Problem. 2014 führte die zweite Stufe einer bereits 2010 eingeleiteten Subventionsreform zu Preissteigerungen bei Energie- und Wasserpreisen. Durch die Abschaffung der Subventionen sollte die Wirtschaft stabilisiert, der Staat finanziell entlastet und der Energieverbrauch gesenkt werden. Diese Ziele konnten bisher aber nicht erreicht werden, was auch daran liegt, dass die Subventionen durch Direktzahlungen ersetzt wurden, die jeder Bürger beantragen kann. Obwohl der Staat so mehr als früher für Subventionen ausgibt, erscheinen in der Wahrnehmung vieler Iraner Kraftstoffe aber immer noch als zu teuer.

Die Bezieher geringer und mittlerer Einkommen sind von solch hohen Preissteigerungen besonders hart betroffen. Sicherlich auch deshalb sind 8% der Bürger über die **soziale Sicherung** besorgt, damit belegt dieses Thema Rang 9. Und über die **Armut** machen sich explizit 7% der Iraner Gedanken (Platz 11).



Mit 40% liegt das **Wohnungsproblem** so hoch wie in keinem anderen Land dieser Studie. Insbesondere in den Großstädten besteht ein Mangel an erschwinglichem Wohnraum. Aus diesem Grund hatte die Regierung ein Projekt zum Bau von Sozialwohnungen gestartet, das allerdings 2013 wieder gestoppt wurde. Laut offiziellen Angaben hat es mehr der Mittelschicht als den Armen der Gesellschaft genutzt. Zwar sinken die Preise für große Wohnungen inzwischen, aber die Nachfrage nach kleinen Wohnungen durch junge Leute ist sehr groß. Die Familien ziehen dagegen eher in das städtische Umland, auch wegen der starken durch Verkehr und Smog verursachten Umweltbelastungen in den Städten. Vielleicht auch deshalb nennen 9% der Iraner den **Umweltschutz** als dringende Aufgabe (Platz 8).

Ein weiteres wichtiges Thema im Iran ist der Arbeitsmarkt: Über die **Arbeitslosigkeit** insgesamt sorgen sich 37% der Menschen und weitere 4% nennen die **Jugendarbeitslosigkeit**. Laut Weltbank lag die Arbeitslosenquote im Iran 2013 bei rund 13%. Offiziellen Angaben zufolge beträgt sie derzeit etwa 10%. Etwa drei Viertel der Arbeitslosen sind dem Auswärtigem Amt zufolge zwischen 15 und 29 Jahre alt. Dabei studieren derzeit viele

junge Iraner, die in den nächsten Jahren auf den Arbeitsmarkt drängen – und dann keine adäquaten Stellen finden werden. Diese schlechten Perspektiven führen dazu, dass schon heute viele junge Leute auswandern, wodurch der Iran die stärkste Abwanderung von Hochqualifizierten weltweit aufweist. Darüber hinaus sind 11% über das Thema **Arbeit und Beschäftigung** beunruhigt, vor allem Arbeitsverträge werden hier als Problem genannt. Seit langem kritisieren iranische Gewerkschaftler und Arbeiterorganisationen, dass immer mehr Arbeitgeber nur befristete Arbeitsverträge vergeben.

Ein wichtiges Thema sind auch die **Sanktionen gegen den Iran**, über die 28% der Menschen beunruhigt sind. Der Grund für dieses Vorgehen des Westens gegen das Land sind Zweifel am friedlichen Charakter des Atomprogramms. 2012 wurden bereits bestehende Sanktionen erweitert, wovon vor allem der Öl- und Finanzsektor betroffen sind – und Einnahmen aus dem Erdöl stellen die Haupteinnahmequelle des Irans dar. Der Außenhandel Irans wies daher 2013 erstmals seit mehreren Jahren ein Leistungsbilanzdefizit auf.



Das BIP ist 2012 laut Schätzungen der iranischen Regierung um mehr als 5 Prozent geschrumpft und für 2013 geht das Auswärtige Amt von einem weiteren Rückgang aus. Mit dem neuen Präsidenten Rohani scheint eine Annäherung des Irans an den Westen möglich. So zeigte sich der amerikanische Präsident Obama zu Gesprächen mit dem Iran bereit und erkannte dessen Recht auf die friedliche Nutzung der Atomenergie an. Im Gegenzug betonte Rohani die Bereitschaft zu mehr Transparenz. Einen weiteren Fortschritt stellte die Reise des iranischen Außenministers Zarif zur UN-Generalversammlung 2013 nach New York dar. Die Atomenergieagentur IAEA konstatierte, dass sich das Tempo der Urananreicherung deutlich verlangsamt hat. Im November 2013 wurde in Genf gemeinsam ein Aktionsplan beschlossen: Dieser beinhaltet, dass der weitere Ausbau des Atomprogramms gestoppt und das bestehende Programm teilweise rückgängig gemacht wird. Im Gegenzug wurden die Sanktionen für die Laufzeit der Vereinbarung teilweise ausgesetzt. Diese Maßnahmen wurden bis Juni 2015 verlängert, um weitere Verhandlungen zu ermöglichen. In der Folge stabilisierte sich der Wechselkurs, was wiederum positive Auswirkungen auf die Wirtschaft hatte. Wenn bis Ende Juni

2015 keine Übereinkunft erzielt wird, will der iranische Außenminister Sarif aber eine Verlängerung der Atomgespräche verweigern – obwohl Rohani und Ayatollah Ali Khamenei die Verhandlungen bisher befürwortet haben.

Die Verbesserung des Klimas zwischen Iran und den USA scheint nicht nur dem Präsidenten, sondern auch den Bürgern am Herzen zu liegen: 16% nennen die **Außen-, Europa- und Weltpolitik** als Herausforderung und 6% thematisieren explizit die Beziehungen zu den USA.

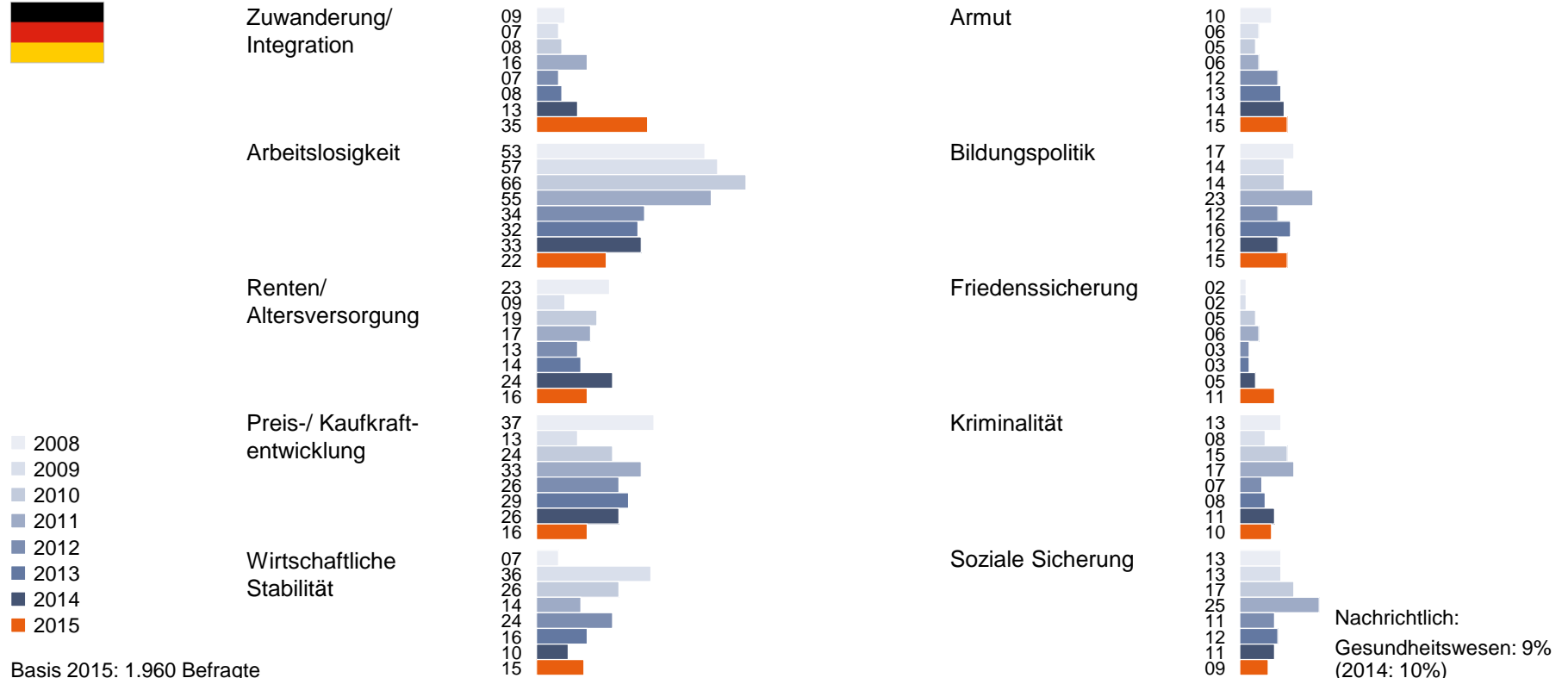
Das **Gesundheitswesen** steht mit 14% auf Platz 6 der Sorgenliste. Für die Bürger stehen vor allem die Krankenhäuser im Fokus (8%). Hier scheint die Ausstattung ein Problem zu sein, denn laut Medienberichten können die Krankenhäuser oft nicht alle medizinischen Leistungen unter einem Dach anbieten.

Mit knapp drei genannten **Sorgen** liegt der Iran im internationalen Vergleich auf Platz zwei des Sorgenrankings. Den ersten Platz belegt Nigeria mit 3,6 Sorgen und insgesamt liegt der Durchschnitt bei 2,2 geäußerten Problemen pro Person.

Deutschland /// Die Herausforderungen 2015

Top 10 - Gesamtbetrachtung alte/neue Bundesländer

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

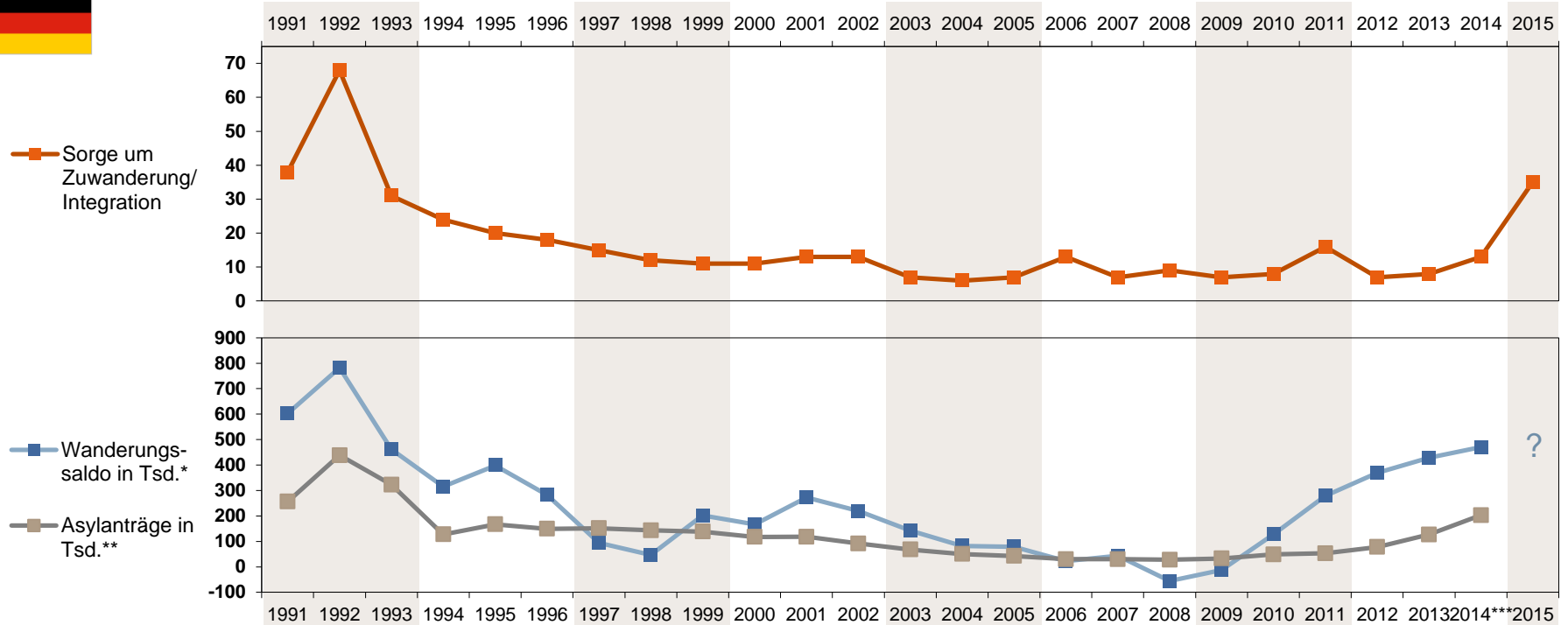


Basis 2015: 1.960 Befragte

Nachrichtlich:
Gesundheitswesen: 9%
(2014: 10%)

Deutschland /// Zuwanderung/ Integration 1991-2015, 1992 und 2015 Platz 1: Gegenüberstellung von Besorgnis und Wanderungssaldo bzw. Asylanträge

... % der Befragten nannten Zuwanderung /Integration als dringendste Aufgabe (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

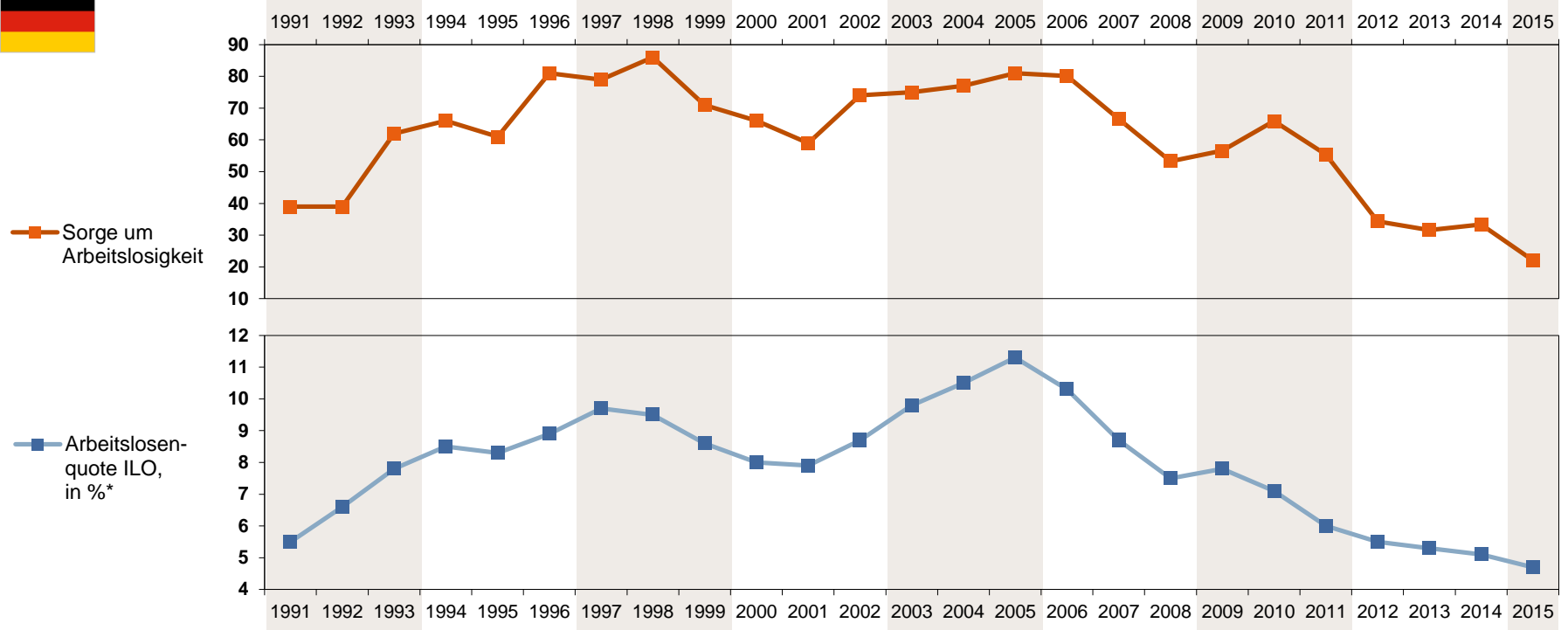


*Quelle: Statistisches Bundesamt; **Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge;

***prognostizierter Mindestwert für 2014 laut Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 21.02.2015

Deutschland /// Arbeitslosigkeit 1991-2015, Platz 1 (außer 1992 und 2015): Gegenüberstellung von Besorgnis und Arbeitslosenquote

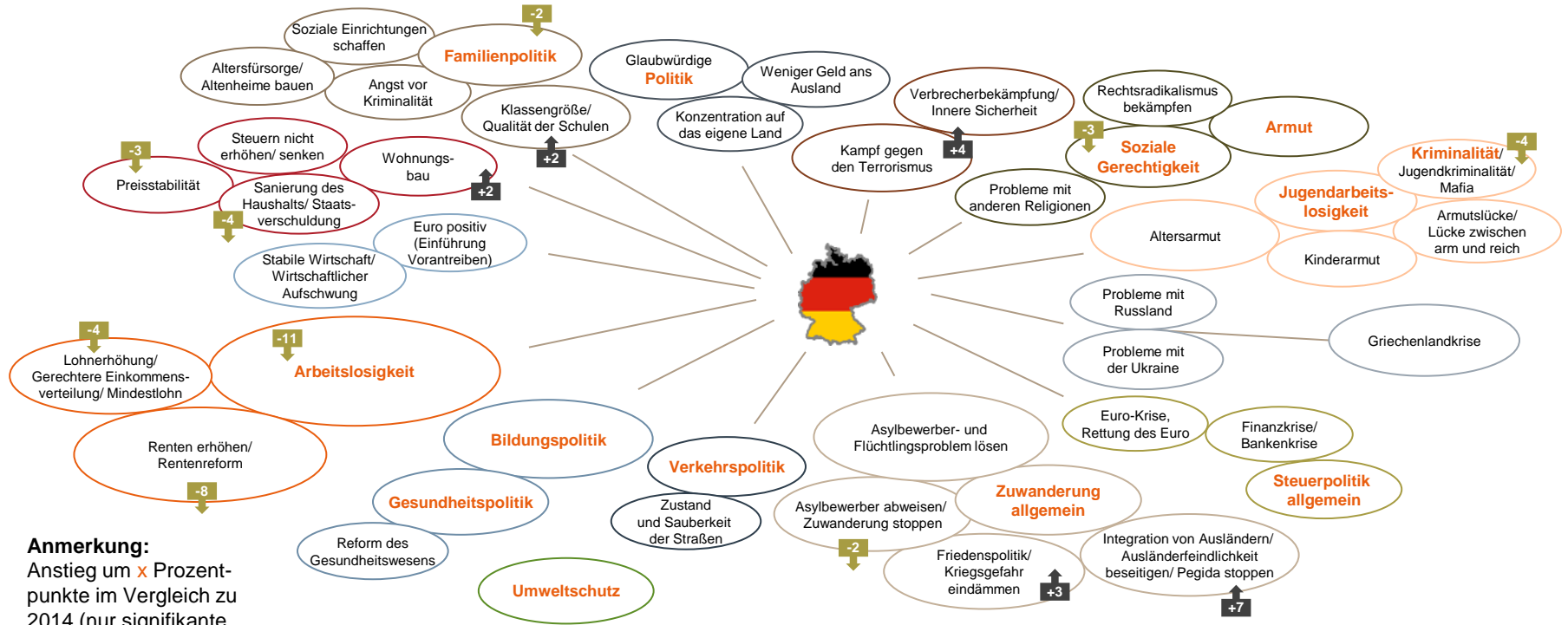
... % der Befragten nannten Arbeitslosigkeit als dringendste Aufgabe (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



*Quelle: OECD, Wert für 2015: Stand Januar 2015

Deutschland /// Die Herausforderungen 2015

Analyse des „Semantischen Netzes“



Anmerkung:
Anstieg um x Prozentpunkte im Vergleich zu 2014 (nur signifikante Veränderungen >1)

Deutschland /// Die Herausforderungen 2015

Top 5 - Alte und neue Bundesländer

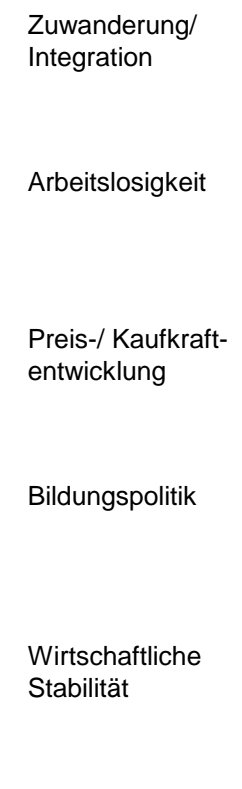
... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Alte Bundesländer



Basis 2015: 1.960 Befragte



Neue Bundesländer

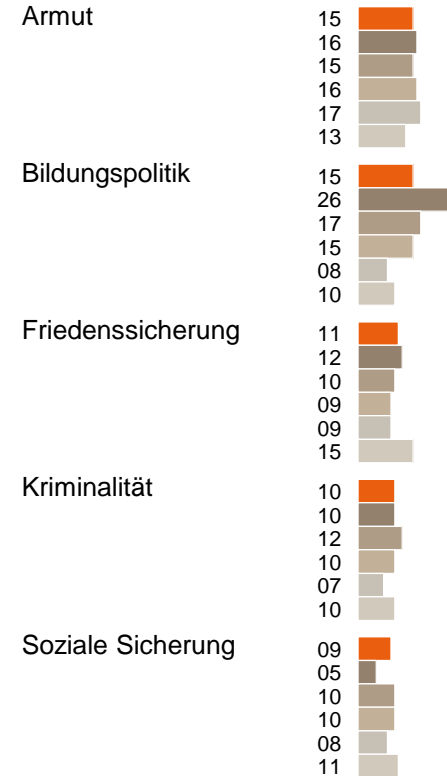
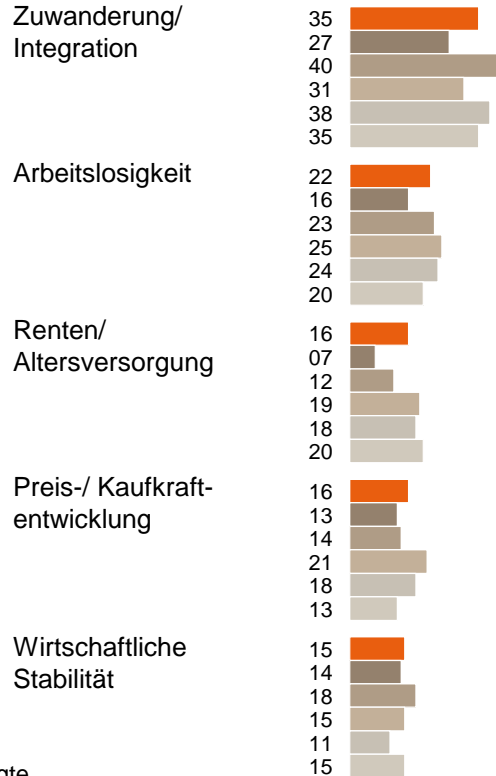
Deutschland /// Die Herausforderungen 2015

Top 10 - Nach Lebenswelten

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



- Gesamt
- Studierende/
in Ausbildung
Befindliche
- Gehobene
soziale
Schichten
- Mittlere
soziale
Schichten
- Einfache
Lebenslage
- Ältere Männer
und Frauen
im Ruhestand



Basis 2015: 1.960 Befragte



Dieses Jahr wird die Arbeitslosigkeit zum zweiten Mal seit 1990 von der Spitze des deutschen Sorgenrankings verdrängt – und beide Male heißt die neue Hauptsorge der Deutschen: **Zuwanderung und Integration**. 1992 waren 68% der Bürger beunruhigt. Die Ursache dafür dürfte damals der sprunghafte Anstieg der Zahl der Asylsuchenden auf 438 Tsd. aufgrund des Balkankriegs gewesen sein. Durch die politischen Krisen und den islamistischen Terrorismus im Nahen Osten und in Afrika kommen derzeit nun wieder mehr Flüchtlinge nach Deutschland: Während im Jahr 2012 noch rund 78.000 Asylsuchende verzeichnet wurden, ist die Zahl 2014 bereits auf 203.000 gestiegen. Die Besorgnis der Bürger darüber hat sich binnen Jahresfrist von 13% auf 35% fast verdreifacht. Dabei ist der Anteil der Antworten, in denen explizit die Ab- bzw. Ausweisung von Asylbewerbern gefordert wird, seit letztem Jahr leicht rückläufig (-2 Prozentpunkte) und liegt in 2015 bei 9% – und ist seit 1992 mit damals 17% deutlich zurückgegangen. Für einen allgemeinen Zuwanderungsstopp, wie ihn beispielsweise die sogenannte „Pegida“-Bewegung fordert, zeigt sich in dieser Umfrage keine Mehrheit in der Bevölkerung. Seit

Dezember 2014 wird bei den Demonstrationen dieser Bewegung die vermeintliche Islamisierung des Abendlandes in Folge der Zuwanderung angeprangert. Bereits Ende Januar 2015 sind die Teilnehmerzahlen jedoch zurückgegangen und in vielen Städten fanden ebenso große Gegendemonstrationen statt, die gegen Ausländerfeindlichkeit und für Offenheit, Gastfreundschaft und Hilfsbereitschaft eintraten. In der vorliegenden Studie ist der Anteil derjenigen, die eine Bekämpfung der Ausländerfeindlichkeit oder eine bessere Integration fordern, seit letztem Jahr stark gewachsen und macht knapp 10% aus. Zwischen diesen beiden Positionen gibt es knapp 20% Antworten, die sich Gedanken über ein Zuwanderungsgesetz oder das Flüchtlingsproblem generell machen. Die Problemlage ist zahlreich: Im September 2014 haben Meldungen aus Nordrhein-Westfalen über Misshandlungen eine breite Diskussion über Mindeststandards und Kontrollen bei der Unterbringung von Flüchtlinge ausgelöst. Und zahlreiche Erstaufnahmeeinrichtungen sind überfüllt, Städte und Gemeinden fühlen sich allein gelassen, wenn es um die Einhaltung von Unterbringungsstandards geht.



Die bisherig erstplatzierte Herausforderung, die **Arbeitslosigkeit**, findet sich 2015 mit 22% nun auf Rang 2. Nach einem Rückgang um elf Prozentpunkte ist das der niedrigste Wert seit Beginn der Erhebung. Gleiches gilt für die Arbeitslosenquote, welche sich in einem langfristigen Vergleich über die letzten 25 Jahre ebenfalls auf einem Tiefstand von 5,0% (2014) befindet. In der zweiten Jahreshälfte 2014 ist die Arbeitslosigkeit weiter gesunken, so dass sie im Januar 2015 bei nur noch 4,7% liegt. Über die weitere Entwicklung des Arbeitsmarktes sind sich die Ökonomen uneinig. Einerseits könnte der Anfang des Jahres 2015 eingeführte flächendeckende Mindestlohn die Zahl der Arbeitslosen steigen lassen. Andererseits wird aufgrund des niedrigen Ölpreises und des schwachen Euros eine weiterhin robuste Konjunktur erwartet, der wiederum die Nachfrage nach Arbeitskräften wachsen lässt. Zudem war die Nachfrage nach Arbeitskräften laut Stellenindex BA-X der Bundesagentur für Arbeit im Frühjahr 2015 so hoch wie noch nie in den letzten zehn Jahren.

Ebenfalls deutlich weniger dringlich im Vergleich zum letzten Jahr wird der Themenbereich um die **Rente** und die **Alters-**

versorgung wahrgenommen. 2015 sind 16% der Bürger besorgt darüber, damit belegt das Thema erneut den dritten Platz. Die kontrovers diskutierten Themen, die letztes Jahr die Gemüter erhitzen, wurden im Juli 2014 im Rahmen der Rentenreform verabschiedet: Die sogenannte Mütterrente und die abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren. So sind etwa für die Rente mit 63 weit mehr Anträge eingegangen, als zuvor angenommen, was zukünftig die Rentenkasse belasten dürfte. Aufgrund von Überschüssen ist der Beitrag zur Rentenversicherung aber erst einmal um 0,2% zum Jahresbeginn 2015 gesenkt worden. Die weiteren Aussichten sind – zumindest mittelfristig – nicht schlecht, denn in dem Rentenversicherungsbericht 2014 wird von einer durchschnittlichen Steigerungsrate der Renten um jährlich gut 2% nominal für die nächsten Jahre ausgegangen. Dennoch warnen Sozialverbände davor, dass das Rentenniveau längerfristig sinken wird, da der Abstand zwischen Arbeits- und Renteneinkommen wächst.



Über die **Preis- und Kaufkraftentwicklung** machen sich aktuell nur noch 16% der Deutschen Gedanken (Platz 4). Mit einem Rückgang um 10 Prozentpunkte wird die niedrigste Besorgnis seit 2009 gemessen. Der Grund dafür dürfte in der gleichermaßen geringen Preissteigerung liegen. So sind die Preise 2014 gemäß OECD verglichen mit dem Vorjahr um nur 0,9% gestiegen - mit abnehmender Tendenz in den letzten Jahren. Im Januar 2015 wurde sogar eine negative Inflationsrate von minus 0,4% verzeichnet. Das liegt insbesondere am sinkenden Ölpreis, der um 19% gegenüber Januar 2014 zurückgegangen ist. Was für die Verbraucher zunächst einmal positiv erscheint, hemmt jedoch die Wirtschaft. Um die Gefahr einer Deflation zu bekämpfen und die Wirtschaft anzukurbeln hat die Europäische Zentralbank Ende Januar beschlossen, über den Kauf von Anleihen die Märkte mit Geld zu versorgen.

Es liegt allerdings weniger an einer drohenden Deflation, dass den Deutschen die **wirtschaftliche Stabilität** in diesem Jahr größere Sorgen bereitet. Lag diese Thematik 2014 noch mit 10% auf Platz 12 des Sorgenrankings, befindet sie sich aktuell mit 15%

auf Platz 5. Die wachsende Beunruhigung ist eng mit der Situation in Griechenland verknüpft, die 7% der Befragten explizit nennen. Der am 25.01.2015 – und damit knapp 3 Wochen vor Beginn dieser Befragung – neu gewählte griechische Regierungschef Tsipras kündigte bereits im Wahlkampf an, das unter anderem von der EU auferlegte Sparprogramm zu lockern und mit den internationalen Gläubigern einen Schuldenerlass zu verhandeln. Die allgemeinen wirtschaftlichen Aussichten für Deutschland sind jedoch eher positiv: Die Wachstumsrate des BIP lag 2014 bei 1,6%. Darüber hinaus zeichnet unter anderem das ifo-Institut ein positives Bild der deutschen Wirtschaft und prognostiziert einen anhaltenden Aufschwung.

Trotz der guten ökonomischen Situation machen sich die Deutschen Gedanken über die **Armut**. Mit aktuell 15% setzt sich der langsame, aber stetige Anstieg der Besorgnis fort und das Thema liegt auf dem sechsten Platz. 6% der Bevölkerung machen sich explizit wegen der Altersarmut Sorgen. Laut Medienberichten sind inzwischen 3% der über 65-Jährigen auf staatliche Zusatzhilfe, die sogenannte Grundsicherung im Alter, angewiesen.



Mehr als verdoppelt hat sich zudem die Sorge um die **Friedenssicherung**. Mit 11% erreicht sie erstmals seit 15 Jahren wieder die Top 10 und liegt auf Platz 8. Angesichts der Ukraine-Krise und der Politik Russlands erscheint das nicht unbegründet. So sprachen der französische Präsident Hollande und Bundeskanzlerin Merkel anlässlich der Friedensgespräche zum Ukraine-Konflikt Anfang Februar 2015 von der Gefahr eines Krieges vor den Toren der Europäischen Union.

Die Deutschen blicken aber nicht nur auf Europa: Die **Weltpolitik** nennen 7% als wichtige Aufgabe, nach 4% im letzten Jahr. Damit belegt dieses Thema Rang 12. Auch die Sorge über den **Terrorismus** hängt eng damit zusammen. Diese liegt zwar auf Platz 14, verzeichnet aber mit 6% einen Anstieg von 5 Prozentpunkten gegenüber 2014. Die wachsende Besorgnis könnte an den islamistischen Anschlägen auf die Redaktion der französischen Satirezeitschrift Charlie Hebdo Anfang dieses Jahres oder an den darauffolgenden Terrorwarnungen liegen, die bei den Geheimdiensten vor allem für Berlin und Dresden eingegangen sind. Die Ursachen für den islamistischen Terror liegen aber in den

Krisen in der Welt begründet – und damit schließt sich der Kreis zu der diesjährigen Hauptsorge, der Zuwanderung: Die Welt rückt enger zusammen, so dass die Folgen von Konflikten und Katastrophen auf anderen Kontinenten immer mehr auch im eigenen Land spürbar werden.



25 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands gibt es zwischen den neuen und den alten Bundesländern im Hinblick auf die genannten Themen und das Ausmaß der Besorgnis immer noch einige Unterschiede, aber auch viel Gemeinsamkeit.

In beiden Teilen Deutschlands wird das Sorgenranking in diesem Jahr nicht mehr von der Arbeitslosigkeit, sondern von der **Zuwanderung** bzw. **Integration** angeführt. Der Anteil der Deutschen, die sich darüber besorgt äußern, beträgt in beiden Landesteilen 35%, wobei in den neuen Bundesländern ein größerer Anstieg zu verzeichnen ist. In Ostdeutschland ist auch der Anteil derjenigen, die einen Zuwanderungsstopp wünschen, etwas höher als in Westdeutschland, wo etwas mehr Bürger für eine bessere Integration plädieren.

Auch der zweite Platz ist in beiden Regionen mit derselben Sorge besetzt, nämlich mit der **Arbeitslosigkeit**. Trotz des Rückgangs in Ost und West bleibt die Besorgnis wie in den letzten Jahren im Osten mit 27% größer als im Westen mit 21%.

Auf dem dritten und dem vierten Rang ergeben sich ebenfalls

Unterschiede. Während im Westen Deutschlands der Themenbereich **Renten und Altersvorsorge** mit 16% auf Platz 3 liegt, nimmt er im Osten mit 14% erst den siebten Rang auf der Sorgenliste ein. Im Osten liegt auf dem dritten Platz die Besorgnis über die **Preis- und Kaufkraftentwicklung** mit 17%, die im Westen mit 15% lediglich Platz 6 belegt.

Wie im letzten Jahr auch liegt die **Armut** in den alten Bundesländern an vierter Stelle, während dieses Thema im Osten mit 12% auf Platz 10 liegt. Hier wird Rang 4 von der **Bildungspolitik** eingenommen, die in Westdeutschland aber mit 14% einen ähnlichen Grad an Besorgnis auslöst (Platz 7).

Auf Platz 5 herrscht wieder mehr Einigkeit: Die **wirtschaftliche Stabilität** sehen 14% der Ost- und 16% der Westdeutschen als Herausforderung, der Anstieg fällt im Westen allerdings etwas höher aus als im Osten.



Blickt man auf die Lebenswelten der Bürger, so zeigen sich bei der Wahrnehmung der Themen sowohl Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten. Meist lassen sich diese an der Lebenssituation der jeweiligen Bevölkerungsgruppe festmachen.

Das Thema **Zuwanderung und Integration** wird von allen Lebenswelten als die größte Herausforderung gesehen. Mit 40% ist der Anteil in der gehobenen sozialen Schicht am höchsten, jener Gruppe, die sich zudem am meisten Gedanken über die Integration macht und den geringsten Anteil an Zuwanderungsgegnern aufweist. Letztere findet man häufiger in den mittleren sozialen Schichten und in den einfachen Lebenslagen. Insgesamt am wenigsten beunruhigt über dieses Thema sind mit 27% diejenigen, die sich in Ausbildung befinden.

Auf die **Arbeitslosigkeit**, die zweitplatzierte Thematik, blicken alle Lebenswelten nahezu gleichermaßen besorgt. Nur die Personen in Ausbildung sind (noch) etwas weniger darüber beunruhigt (16%).

Auch die **Renten** und die **Altersversorgung** werden von

Menschen in Ausbildung (7%) erwartungsgemäß als weniger brisant angesehen, ebenso wie von der gehobenen sozialen Schicht (12%).

16% der deutschen Bevölkerung äußern im Hinblick auf die aktuelle **Preis- und Kaufkraftentwicklung** Bedenken, wobei dieses Thema etwas stärker in der einfachen und in der mittleren sozialen Lage (18 bzw. 21%) präsent ist.

Dagegen steht die **wirtschaftliche Stabilität** nur bei 11% der Personen in einfacher Lebenslage im Fokus, wohingegen in der gehobenen Schicht 18% dieses Thema nennen.

Die Sorge über die **Armut** ist relativ gleich über alle Lebenswelten verteilt. Auch die heutigen Rentner machen sich – vermutlich aufgrund der noch vergleichsweise guten Renten – darüber etwas weniger Sorgen (13%).

Mit großem Abstand ist die **Bildungspolitik** vor allem für Studierende und Auszubildende von Bedeutung (26%), während nur 8% der Personen in einfacher Lebenslage diesen Punkt nennen.



Für die deutschen Ergebnisse wird wieder das semantische Netz anhand einer Clusteranalyse ermittelt. In der Grafik lassen sich **vier verschiedene Informationen** ablesen:

- Die Größe der Ellipsen gibt an, wie häufig ein Problem genannt wird.
- Der Abstand vom Mittelpunkt gibt an, wann ein Thema genannt wurde. Wenn also eine „Ellipse“ nahe an der Mitte liegt, wird dieses Thema häufig zuerst genannt.
- Die Themen, die an einer Linie vom Mittelpunkt aus liegen und die sich überlappen, werden häufig zusammen genannt, sie bilden also eine gemeinsame Sorgenwelt.
- Ein Pfeil nach oben oder unten gibt an, ob die Relevanz eines Themas gegenüber 2014 signifikant gestiegen oder gesunken ist.

In diesem Jahr lassen sich mehr unterschiedliche Sorgenwelten identifizieren als in den Vorjahren. Das liegt einerseits an der leichten Zunahme des Problemdrucks mit aktuell 2,7 genannten Themen pro Person, während es 2014 nur 2,6 Nennungen waren. Andererseits sind die Bedenken über das bisher dominierende Thema Arbeitslosigkeit merklich zurückgegangen, die Besorgnis der Bürger ist also breiter gefächert. Im Folgenden werden die größten Cluster beschrieben.

Die **Arbeitslosigkeit** wird häufig im Zusammenhang mit den Renten und der Einkommensverteilung genannt. Alle einzelnen Themen in dieser Sorgenwelt links unten entwickeln sich deutlich rückläufig. Links oben gibt es eine große Sorgenwelt, die sich unter den Stichworten **Familienpolitik**, **Altersfürsorge** und **soziale Einrichtungen** zusammenfassen lässt. Auch die Angst vor Kriminalität wird in diesem Kontext genannt.

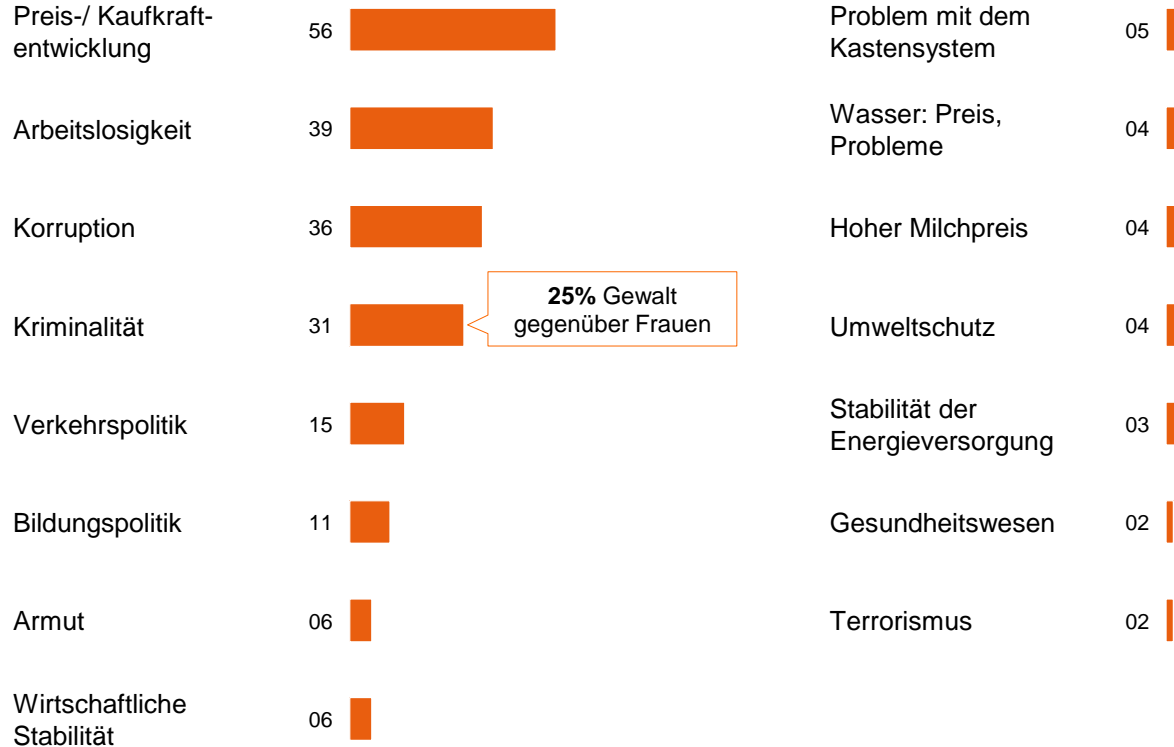
Rechts oben befinden sich gleich zwei Sorgenwelten rund um das Thema **Armut**. In der oberen geht es mehr um **soziale Gerechtigkeit** insgesamt, in der zweiten Sorgenwelt wird es konkreter: In diesem Kontext werden besonders häufig die **Alters- oder Kinderarmut**, aber auch die **Schere zwischen arm und reich** sowie die **Jugendarbeitslosigkeit** thematisiert.

Rechts unten findet sich die Sorgenwelt rund um die diesjährige Hauptsorge: Die Lösung des **Flüchtlings- oder Ausländerproblems** wird häufig zuerst genannt. Signifikant zurückgegangen ist die Forderung nach einem **Zuwanderungsstopp**. Dagegen wird deutlich öfter als noch 2014 die **Integration** von Ausländern und die **Bekämpfung der Ausländerfeindlichkeit** genannt.

Indien /// Die Herausforderungen 2015

Top 15

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Indien zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Nachrichtlich:
Politik/ Regierung: 2%

Basis: 1.038 Befragte



Mit Indien ist in diesem Jahr die flächen- und bevölkerungsmäßig größte Demokratie der Welt Bestandteil der Challenges of Nations geworden. Zudem zählt das Land zu den am stärksten expandierenden Volkswirtschaften der Welt, auch wenn das Wachstum seit 2011 geringer ausfällt und 2012 laut Weltbank 4,7% und in 2013 5,0% betrug. Die Besorgnis um die **wirtschaftliche Stabilität** liegt mit einem Anteil von 6% derzeit auf Rang 8. Lagen die Wachstumsraten zuvor zeitweise sogar im zweistelligen Bereich, ruft das langsamere Wachstum bei Ökonomen in Kombination mit einem wachsenden Zahlungsbilanzdefizit und einer hohen Inflation Besorgnis hervor. Die Preissteigerung lag 2014 laut OECD bei 6,4%, was gegenüber den Jahren seit 2009 aber fast einer Halbierung gleichkommt. Über die **Preis- und Kaufkraftentwicklung** sorgt sich mit 56% mehr als jeder zweite Inder. Zudem werden explizit die hohen **Preise für Wasser und Milch** von jeweils 4% der Inder beklagt.

Trotz der positiven wirtschaftlichen Entwicklung sind die erhofften Effekte auf die Beschäftigung für die Bevölkerungsmehrheit bisher aber ausgeblieben. Wohl auch deshalb liegt das

Thema **Arbeitslosigkeit** mit 39% auf Rang 2. Die wenigsten Erwerbstätigen haben in Indien ein vertraglich geregeltes Arbeitsverhältnis, die meisten Inder sind im sogenannten informellen Sektor tätig, ohne jegliche Ansprüche auf Sozialleistungen oder eine Altersversorgung.

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt wirkt sich auch auf ein weiteres Problem in Indien, die **Armut**, aus. Hierüber sorgen sich 6% der Inder (Platz 7). Die Einkommen sind mit der wirtschaftlichen Entwicklung zwar gestiegen und etwa ein Viertel zählt inzwischen zur Mittelschicht. Aber laut eines Armutsberichts aus dem Jahr 2014 lebt ungefähr ein Drittel der indischen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Das enorme Wohlstandsgefälle zwischen der städtischen Mittelschicht und der überwiegend armen Landbevölkerung hat sich trotz des starken Wirtschaftswachstums der vergangenen Jahre verstärkt. Die Mehrheit der Bevölkerung arbeitet in der Landwirtschaft, die aber nur 14% zum BIP beiträgt. Der Dienstleistungssektor dagegen trägt zu 60% zum BIP bei, hat aber nur einem Anteil von 30% an den Beschäftigten.



Die **Korruption** stellt aus Sicht der indischen Bevölkerung eine weitere zentrale Aufgabe dar, für 36% steht dieses Thema im Fokus. Das kommt nicht von ungefähr, denn ein Corruption Perception Index von nur 38 Punkten in 2014 bedeutet eine deutlich wahrgenommene Korruption. Von der Politik wurden dazu aber bereits Initiativen eingeleitet. So trat im Januar 2014 ein Antikorruptionsgesetz in Kraft, das die Einrichtung von Ombudsstellen zur Untersuchung von Korruptionsvorwürfen gegen Minister, Abgeordnete und Beamte vorsieht. Neben den Parteien INC und BJP hat auch der populäre Aktivist Hazare das Gesetz unterstützt, der mit Demonstrationen und Hungerstreiks seit 2011 auf die weit verbreitete Korruption aufmerksam macht. Für die zuvor regierende INC kam das von ihr initiierte Gesetz aber offenbar zu spät, denn der neue Premier Modi konnte im Wahlkampf auch als Korruptionsbekämpfer punkten. Medienberichten zufolge hat sich das Klima in Regierungskreisen binnen eines Jahres bereits geändert und ist spürbar transparenter geworden.

Die **Kriminalität** stellt ebenfalls für knapp jeden dritten Inder eine dringend zu lösende Herausforderung dar. Als besonders

brisant wird dabei die Gewalt gegenüber Frauen (25%) angesehen, die Frauen und Männer gleichermaßen explizit nennen. Die Gewalt gegen Frauen hat in Indien und auch international bereits massive Proteste hervorgerufen. Die häufigsten Verbrechen sind Vergewaltigung, Menschenhandel und Säureangriffe, die das Opfer „sozial töten“ sollen. Um gegen diese Art von Kriminalität besser vorgehen zu können, plant die indische Regierung die Gründung von Spezialeinheiten und die Einrichtung von speziellen Gerichten zur schnelleren Verurteilung der überführten Täter.

Ein weiteres Problemfeld in Indien stellt für 15% der Bürger die **Verkehrspolitik** dar. Neben den chronischen Verkehrsstaus ist auch der Zustand und die Sauberkeit der Straßen ein wichtiges Thema. Mit der gegen Ende 2014 gestarteten fünfjährigen Kampagne „Sauberes Indien“ will die neue Regierung für mehr Hygiene und Sauberkeit im gesamten Land sorgen. Langfristiges Ziel ist es, das Image als eines der schmutzigsten Länder der Welt zu überwinden.



Rund jeder zehnte indische Bürger äußert seine Unzufriedenheit mit der **Bildungspolitik**, womit sich diese auf dem sechsten Rang der Sorgenliste wiederfindet. Zuletzt wurde der Hochschulsektor deutlich ausgebaut und im Primärbereich das Alphabetisierungsniveau gesteigert, das 2011 bei 73% lag. Doch ein Problem scheinen die Schulen darzustellen: Zwar existiert seit 2010 ein Grundrecht auf Bildung, doch an den öffentlichen Schulen führte dies zu einem messbaren Absinken des Leistungsniveaus. Als Folge schicken alle Familien, die es sich leisten können, ihre Kinder auf private Schulen. Diese Entwicklung verringert aber wiederum die Chancen auf einen sozialen Aufstieg durch Bildung, die angesichts der vorherrschenden Armut notwendig wären.

Südkorea /// Die Herausforderungen 2015

Top 15

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Südkorea zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Wirtschaftliche Stabilität 42



Bildungspolitik 09



Arbeitslosigkeit 21



Familienpolitik 08



Kriminalität 20



Armut 07



Preis-/ Kaufkraftentwicklung 19



Soziale Sicherung 07



Jugendarbeitslosigkeit 18



Steuerpolitik 05



Wohnungsprobleme/
Miet-/ Immobilienpreise 12



Nordkorea (Beziehung,
Wiedervereinigung) 04



Altersfürsorge 10



Korruption 04



Politik/ Regierung 09



Basis: 1.514 Befragte



2015 liegt erstmals die Einschätzung der Südkoreaner zu den wichtigsten Aufgaben, die derzeit im Land zu lösen sind, vor. Südkorea ist heute eine wohlhabende und mobile Industriegesellschaft mit vielen westlichen Einflüssen sowie einer der weltweit wichtigsten Hochtechnologiestandorte. Der Weg dorthin verlief rasant, denn noch Anfang der 1960er Jahre zählte das vorwiegend agrarisch geprägte Land zu den ärmeren Nationen.

Mit der Teilung des Landes in das kommunistische Nordkorea und die Republik Südkorea sind die Folgen des Koreakrieges heute noch deutlich spürbar. Die stetige Bedrohung durch den Nachbarn – auch 2014 kam es zu Grenzüberschreitungen nordkoreanischer Schiffe, Raketentests wurden durchgeführt und Spionagevorwürfe wurden laut – mündet in eine Politik der Vertrauensbildung bei gleichzeitiger militärischer Abschreckung. Ein mittelfristiges politisches Ziel ist der Stopp des nordkoreanischen Nuklearprogramms, langfristig wird aber die Wiedervereinigung der beiden Landesteile angestrebt. Unter den Top 15 findet sich mit 4% folglich auch die Beziehung zu **Nordkorea** als explizit genanntes Problem.

Die Plätze oben auf der Agenda werden dagegen von ökonomischen Themen belegt: Auf Platz 1 rangiert mit 42% die **wirtschaftliche Stabilität**. Die Wirtschaft Südkoreas ist stark exportorientiert. Dadurch wurde das Land zwar hart von der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 getroffen, hat diesen Einbruch aber gut überstanden. 2014 ist das BIP laut Weltbank um 3,3% gewachsen und in den Vorjahren war eine ähnlich positive Entwicklung sichtbar (2013: 2,9%, 2012: 2,3%, 2011: 3,7%). Doch gibt es auch Schattenseiten, wie etwa die demografische Entwicklung: Nach OECD-Prognosen altert die Gesellschaft Südkoreas von allen hochentwickelten Industrieländern am schnellsten, was – vergleichbar mit Japan – neben sozialen auch wirtschaftliche Folgen haben wird. Darüber hinaus ist die Abhängigkeit von Exporten, die rund die Hälfte des BIP ausmachen, sowie die Dominanz großer Konglomerate bzw. Familienunternehmen zu nennen. Die Abkehr von diesem industriellen System der „Jaebeols“, zu denen beispielsweise Samsung oder LG zählen, hin zu einer wissensintensiven Dienstleistungsgesellschaft wird eine der Aufgaben zur Sicherung des zukünftigen wirtschaftlichen Erfolgs sein.



Mit einigem Abstand folgen auf den nächsten vier Plätzen Themen, die jeweils von rund einem Fünftel der Bürger genannt werden. Auf Rang 2 liegt die Sorge um die **Arbeitslosigkeit** mit 21%, auf dem fünften Platz mit 18% die spezielle Sorge um die **Jugendarbeitslosigkeit**. Laut OECD stagnierte die Arbeitslosenquote 2014 bei verglichen mit anderen Industrieländern niedrigen 3,5%. Bei den unter 25-Jährigen ist der Anteil an Arbeitssuchenden auch relativ stabil geblieben, liegt aber deutlich höher als in der Gesamtbevölkerung. Ein Grund dafür könnte in der **Bildungspolitik** liegen: Schon für Schüler ist der Besuch einer renommierten Universität ein wichtiges Ziel, auf das mit großem Einsatz hingearbeitet wird. Entsprechend hoch ist die Zahl der Hochschulabsolventen. Benötigt aber werden eher gut qualifizierte Facharbeiter. Ein Studie von SERI, dem Forschungsinstitut des Samsung-Konzerns, spricht in diesem Zusammenhang sogar von „Überbildung“. In einer Gesellschaft, in der sozialer Status stark vom Arbeitsplatz und dem formellen Bildungsabschluss, in den auch viel investiert wurde, abhängt, ist es fatal für den Einzelnen, wenn diese angestrebte Ziel nicht erreicht wird. Mit der Einführung

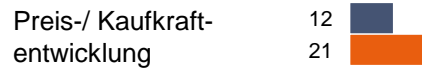
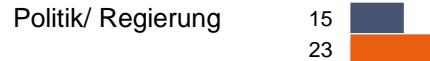
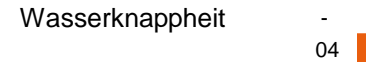
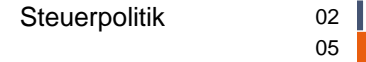
einer dualen Meister-Ausbildung nach deutschem Vorbild wurden bereits entsprechende Maßnahmen eingeleitet. Die gesellschaftliche Akzeptanz dieser neuen Ausbildungsformen wird aber noch einige Zeit auf sich warten lassen.

Den dritten Rangplatz der Sorgenliste belegt mit 20% das Thema **Kriminalität**. Insgesamt ist die Kriminalitätsrate in Südkorea zwar gering, der Wunsch nach stärkerer Verbrechensbekämpfung wird aber vor allem in den Ballungsgebieten wie Seoul, Daejeon, Chungnam und Gyeonggi häufiger geäußert.

Die Entwicklung der **Preise** und der **Kaufkraft** beunruhigt 19% der Koreaner, das bedeutet Rang 4 der Sorgenliste. Die Preisentwicklung beunruhigt eher die Menschen in den großen Städten, ähnlich wie die Arbeitslosigkeit und die **Wohnungsprobleme**, die mit 12% Rang 6 belegen. Die Preise sind im Jahr 2014 verglichen mit 2013 nur um 1,3% gestiegen, damit hat sich der Preisanstieg im Vergleich zu den Vorjahren verlangsamt. Doch schon länger können die Lohnerhöhungen mit den Preisen nicht mithalten, so dass in der Folge die Kaufkraft sinkt.

Brasilien /// Die Herausforderungen 2015

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Brasilien zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



■ 2014
■ 2015

Basis 2015: 1.000 Befragte



An der Spitze der brasilianischen Sorgenliste liegen dieselben drei Themen wie 2014, allerdings mit abnehmender Besorgnis. Dadurch verringert sich der Abstand zu den nachfolgenden Aufgabenfeldern sichtbar, deren Bedeutung damit zunimmt. Das wichtigste Thema bleibt auch 2015 das **Gesundheitswesen**, obwohl die Besorgnis um 11 Prozentpunkte auf 44% gesunken ist. Vor allem sind wohl die Wartezeiten auf eine Behandlung kürzer geworden, denn im Vergleich zum Vorjahr beklagen diesen Punkt explizit nur noch 7%. 2013 lief das Programm „Mais Medicos“ an, mit dem die Regierung neue Studienplätze für Medizin schaffen und die Facharztbildung intensivieren will. Und es wurden mehr als 14 Tsd. größtenteils kubanische Ärzte ins Land, und vorrangig in die ländlichen Regionen, geholt. Inzwischen wird dadurch die medizinische Grundversorgung von 50 Millionen Menschen gewährleistet. Rund 80% der Patienten sind einer Umfrage zufolge mit diesem Programm zufrieden. Doch der Einsatz der kubanischen Ärzte steht als Form modernen Menschenhandels auch in der Kritik, da diese von ihrer Regierung entsandt und ihre Gehälter direkt nach Havanna überwiesen werden.

Auf den zweiten Rang hat sich mit 25% die Sorge um die

Bildungspolitik geschoben, die somit um 7 Prozentpunkte zurückgeht. Nachdem die Bevölkerung bei den Protesten 2013 eine Reform des Bildungswesens gefordert hatte, reagierte Präsidentin Rousseff und räumte der Bildung höhere Priorität ein. Außerdem wurde ein Gesetz verabschiedet, demzufolge die Einnahmen aus den Erdölvorkommen vor der Küste Brasiliens in die Bildung und das Gesundheitswesen fließen sollen.

Die Sorge um die **Kriminalität** belegt mit 23% den dritten Rang. Damit wurde sie von der Bildungspolitik überrundet und hat zu 2014 um 9 Prozentpunkte abgenommen. Dies spiegelt aber nicht zwingend einen tatsächlichen Rückgang der Kriminalität wider. Vermutlich ist der Rückgang auch ein Indiz dafür, dass wegen der Fußball-Weltmeisterschaft und der vielen internationalen Besucher im letzten Jahr die innere Sicherheit besonders stark im Fokus stand. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten, gerade auch im Hinblick auf die Olympischen Sommerspiele, die 2016 in Rio de Janeiro ausgetragen werden. Die Mordrate in Brasilien aber liegt weiterhin mehr als zehnmals so hoch wie in Westeuropa.



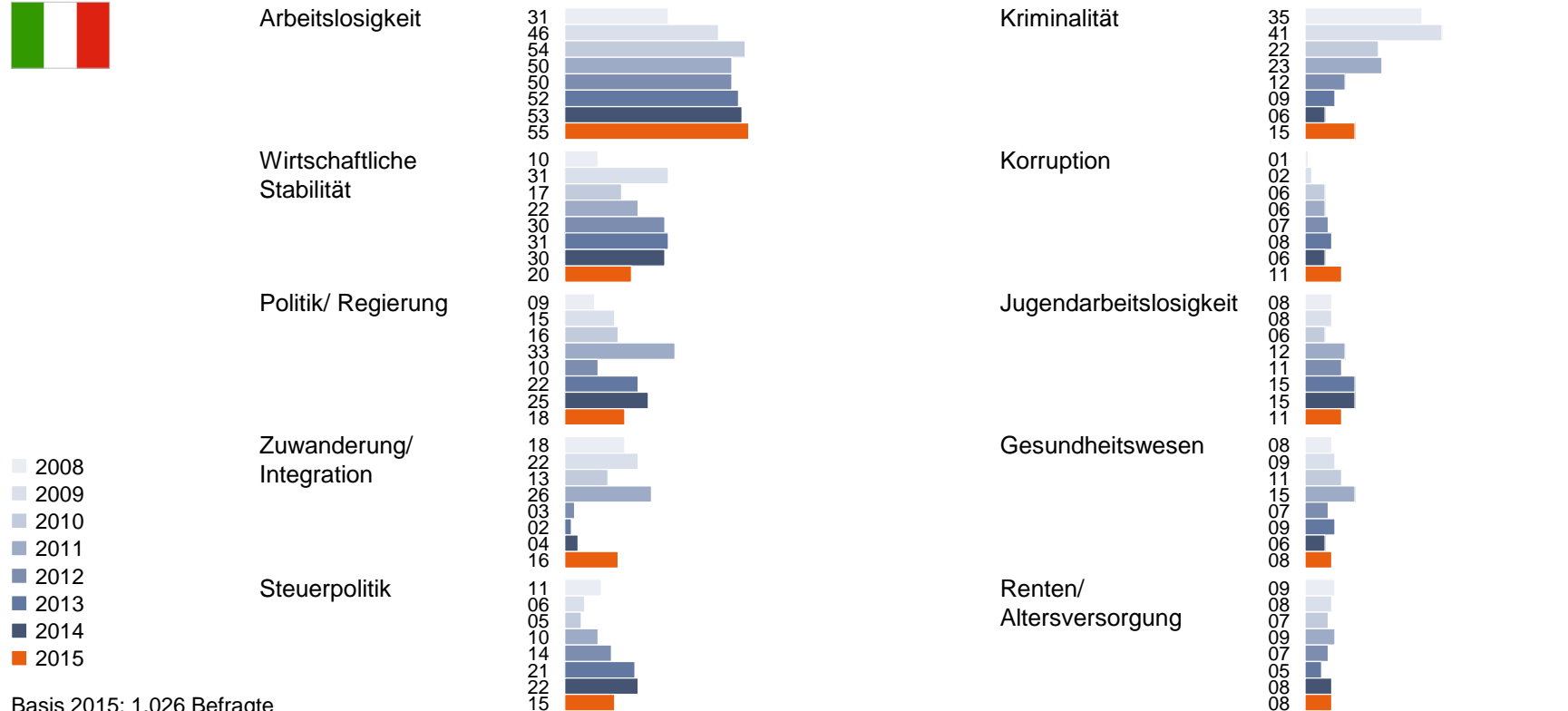
Die Kritik an der **Politik** und der **Regierung** belegt auch 2015 wieder Rang 4, die Besorgnis ist aber um 8 Prozentpunkte auf 23% angestiegen. Nachdem Präsidentin Rousseff aus den Wahlen im Oktober 2014 nur knapp als Siegerin hervorging, sieht sie sich nun zunehmend mit dem schwindenden Vertrauen der Bevölkerung konfrontiert. Ihr und ihrer Regierung wird vorgeworfen, in den Korruptionsskandal um den halbstaatlichen Energiekonzern Petrobras verwickelt zu sein. Dieser hatte 2006 zu einem überhöhten Preis eine Raffinerie in den USA gekauft und dabei einen Verlust von rund einer Milliarde US-Dollar eingefahren. Gegen Petrobras wird außerdem wegen der Annahme von Bestechungsgeldern und wegen Wahlkampfspenden an die Regierungspartei ermittelt. Rousseff gehörte von 2003 bis 2010 dem Petrobras-Verwaltungsrat an. Die Sorge um die **Korruption** belegt entsprechend mit 20% und einem messbaren Anstieg Platz 6 der Sorgenliste. Auch das 2014 verabschiedete Antikorruptionsgesetz konnte die deutlich wahrgenommene Korruption (CPI von 43 Punkten) bisher nicht mindern. Wegen dieser Korruption und steigender Lebenshaltungskosten forderten im April 2015, also nach dieser Befragung, bei Demonstrationen Hunderttausende den Rücktritt der Präsidentin.

In Anbetracht dieser Proteste steigt die Sorge um die **Preis- und Kaufkraftentwicklung** 2015 nachvollziehbar an und liegt mit 21% aktuell auf Rang 5. Die Ausgabenprogramme der Regierung, die hohen Lebensmittelpreise und die Abwertung des Real haben die Inflation in die Höhe getrieben. Bereits 2013 und 2014 lag die Inflationsrate laut OECD über der 6%-Marke und im Februar 2015 ist diese noch einmal auf 7,7% gestiegen.

Die seit Monaten herrschende Dürre vor allem im Südosten des Landes dürfte der Grund dafür sein, dass die Sorge um die **Wasserknappheit** in diesem Jahr mit 4% direkt in die Top 10 einsteigt (Rang 8). Vor allem in den Metropolen São Paulo und Rio de Janeiro sind nach monatelanger Trockenheit bzw. extremer Hitze die Wasserreservoirs und Stauseen leer. Das ist dramatisch, da zudem 75% des Stroms aus Wasserkraft erzeugt werden. Ein Wasserkraftwerk musste bereits abgeschaltet werden. Verantwortlich für die schlimmste Versorgungskrise in Brasiliens Geschichte sind ein exzessiver Wasserverbrauch, ein marodes Leitungssystem, durch das jährlich 40% des Wassers versickern – und die Abholzung des Regenwaldes.

Italien /// Die Herausforderungen 2015

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Italien zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2015: 1.026 Befragte



Italien gehört 2015 zusammen mit Spanien, Frankreich und Polen zu denjenigen europäischen Ländern, in denen die Sorge um die Arbeitsplätze alle anderen Themen stark in den Hintergrund rücken lässt. Und so bleibt die **Arbeitslosigkeit** auch 2015 unangefochtener Spitzenreiter der italienischen Sorgenliste: 55% der Bürger zeigen sich über die Lage am Arbeitsmarkt beunruhigt. Damit nimmt die Sorge nochmal um 2 Prozentpunkte zu und übertrifft den bisherigen Spitzenwert aus dem Jahr 2010. Tatsächlich erlaubt die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen kein Aufatmen: So erreichte die Arbeitslosenquote im Jahr 2012 erstmals seit der Jahrtausendwende wieder die 10%-Marke, stieg weiter an und erreichte 2014 im Jahresdurchschnitt einen Rekordwert von 12,7%. Noch schlechter bestellt ist es um die Jobsituation der unter 25-Jährigen: Hier lag der Anteil der Erwerbslosen in 2014 mit 42,7% ebenfalls auf Rekordniveau. Dass die explizite Besorgnis über die **Jugendarbeitslosigkeit** um 4 Prozentpunkte auf 11% zurückgeht, liegt eher an einer Verschiebung des Sorgenfokus auf andere Themen, wie z.B. die Zuwanderung über das Mittelmeer.

Zum vierten mal in Folge steht die **wirtschaftliche Stabilität** im italienischen Sorgenranking an zweiter Stelle. Besorgt über die wirtschaftliche Lage äußert allerdings nur noch jeder fünfte Italiener, was einem Rückgang von zehn Prozentpunkten im Vergleich zu 2014 entspricht. Die wirtschaftlichen Strukturreformen der vergangenen Jahre tragen erste Früchte, so dass sich die Wirtschaft langsam zu erholen scheint. Verzeichnete das Bruttoinlandsprodukt in 2013 noch einen Rückgang von 1,7%, so fiel dieser in 2014 mit minus 0,4% nur noch sehr gering aus. Die Ratingagentur „Standard & Poors“ prognostizierte im Dezember vergangenen Jahres zudem ein Wachstum von 0,2% für 2015. Dies würde nach drei Jahren Rezession erstmalig wieder ein kleines Wachstum bedeuten.

Nachdem der Unmut über die **Politik** bzw. die **Regierung** seit 2012 einen kontinuierlichen Anstieg erfahren hat, entspannt sich auch hier die Lage im Vergleich zu den beiden Vorjahren. Die Besorgnis geht um 7 Prozentpunkte deutlich zurück auf 18%, belegt aber nach wie vor den dritten Platz.



Ende letzten Jahres verabschiedete die italienische Regierung den Haushaltsplan 2015. Das vom Kabinett um Regierungschef Renzi verabschiedete neue „Stabilitätsgesetz“ sieht Steuersenkungen in Höhe von 18 Milliarden Euro vor. Laut Renzi ist dies die größte Steuersenkung, die jemals von einer italienischen Regierung beschlossen wurde. Diese steuerlichen Erleichterungen sollen insbesondere den unteren Einkommensgruppen und Unternehmen zu Gute kommen. Diese Steuererleichterungen dürften sich wohl nicht nur positiv auf das Image der Regierung ausgewirkt, sondern auch die Sorge um die **Steuerpolitik** wieder gemindert haben. Die Besorgnis darüber sinkt im Vergleich zum Vorjahr um sieben Prozentpunkte auf 15%.

Auf Platz vier, sechs und sieben folgen drei Themen, die binnen Jahresfrist einen spürbaren Bedeutungszuwachs verzeichnen. So hat sich das Thema **Zuwanderung** und **Integration** mit einem Sprung von 4% auf 16% von Platz 12 auf Rang 4 katapultiert. Aufgrund der nicht abreißenden Zuwanderungsströme nach Italien erscheint der rapide Sorgenzuwachs wenig überraschend. Die Einwanderung stellt Italien, als eine der

zentralen Anlaufstellen in Europa, vor eine kaum zu bewältigende Herausforderung. Laut Angaben des italienischen Innenministeriums sind in 2014 mehr als 170.000 Flüchtlinge an den Küsten des Landes angekommen. Das staatliche Programm „Mare Nostrum“ zur sicheren Überfahrt von Flüchtlingen wurde Ende 2014 beendet. Das Programm kostete die Regierung in einem Jahr etwa 100 Mio. Euro und trug zur Rettung von rund 100.000 Menschenleben bei. Da auch mittelfristig nicht mit einem Abreißen des Flüchtlingsstroms zu rechnen ist, fordert Italien eine europäische Lösung für diese Herausforderungen. Dass dies keine leichte Aufgabe ist, zeigt auch der EU-Sondergipfel im April 2015: Einigkeit der Länder bestand zwar in der Ansicht, dass Schlepperbanden härter bekämpft werden sollen, und auch eine Verdreifachung der Mittel zur Flüchtlingshilfe konnte beschlossen werden. Doch in vielen anderen Punkte der Asyl- und Rettungspolitik, insbesondere einer Flüchtlingsquote, offenbart Europa stark unterschiedliche Standpunkte. Ob sich unter diesen Umständen die Lage für die italienischen Bürger sich zukünftig weniger beunruhigend darstellt, bleibt abzuwarten.



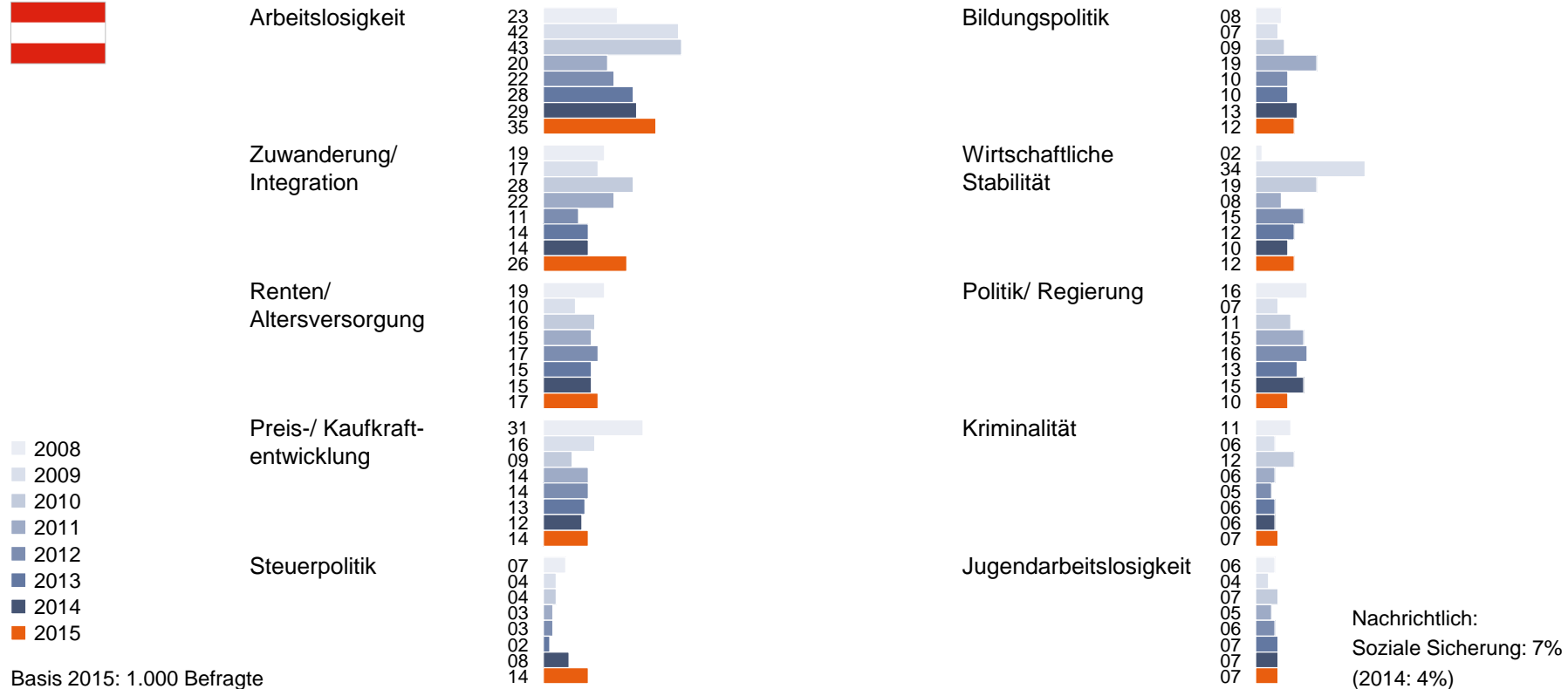
Dem Thema **Kriminalität** wird 2015 mit 15% wieder eine höhere Bedeutung beigemessen. Noch im letzten Jahr lag die Sorge mit 6% auf ihrem niedrigsten Wert seit Befragungsbeginn. Erst im Dezember 2014 erschütterte die Aufdeckung eines Mafianetzwerks die Bevölkerung, das Einwanderungszentren um öffentliche Fördergelder erpresst haben soll. Der Betrug reichte bis in die höchsten Ebenen der römischen Kommunalverwaltung (Mafia Capitale).

Eng verknüpft mit der Kriminalität ist das Thema **Korruption**, welches in diesem Jahr 11% der Italiener beschäftigt. Laut dem Corruption Perception Index (CPI 2014), welcher die wahrgenommene Korruption im Land abbildet, liegt das Land auf einem Niveau mit Griechenland, der Türkei oder den Balkanländern. Im Mai 2014 wurden aufgrund von Unregelmäßigkeiten bei Bauarbeiten für die Expo 2015 in Mailand mehrere Geschäftsleute und ehemalige Politiker festgenommen. Und auch im Zuge des Baus der Flutschutzmaßnahmen vor Venedig kam es zu Festnahmen von 34 Politikern und mehreren Bauunternehmern im Umfeld des Bürgermeister von Venedig. So ist es nicht ver-

wunderlich, dass die Sorge um die Korruption im Vergleich zum Vorjahr wieder um 5 Prozentpunkte gestiegen ist.

Österreich /// Die Herausforderungen 2015

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Österreich zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2015: 1.000 Befragte

Nachrichtlich:
Soziale Sicherung: 7%
(2014: 4%)



Das vierte Jahr in Folge belegt die Sorge um die **Arbeitslosigkeit** mit steigender Tendenz Platz 1 in der Alpenrepublik und liegt aktuell bei 35%. Laut OECD lag die Arbeitslosenquote 2014 bei 5,6% und ist somit im Vergleich zu den Vorjahren nochmals leicht gestiegen (2012: 4,9%, 2013: 5,4%). Zwar belegt Österreich damit nach Deutschland mit der EU-weit niedrigsten Arbeitslosenquote noch den zweiten Platz, aufgrund des Wahljahrs 2015 – mit Landtagswahlen im Burgenland, der Steiermark, Oberösterreich und Wien – steht dieses Thema aber stark im Fokus der Öffentlichkeit.

Ebenfalls Thema im Wahlkampf ist die **Zuwanderung** und **Integration**. Die Nettozuwanderung weist seit 2008 einen wachsenden Trend auf und umfasste 2013 rund 55.000 Personen. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung, der im Jahr 2013 bei 16,2% lag, wird Prognosen von Statistik Austria zufolge weiter ansteigen. Und ohne Zuzug aus dem Ausland würde Österreich schrumpfen. Ebenfalls zugenommen hat die Anzahl der Asylbewerber: Wurden im Februar 2014 noch 1.100 Asylanträge anerkannt, waren es im November mit rund 3.500 bereits dreimal

so viele. Im Februar 2015 heizte zudem eine Flüchtlingswelle aus dem Kosovo die politische Debatte um Zuwanderung an. Die Regierung plant in Zukunft im Fall von sogenannten sicheren Herkunftsländern wie dem Kosovo im Schnellverfahren über Asylanträge zu entscheiden. Die Sorge um Zuwanderung und Integration belegt mit 26% Rang 2 und legt damit noch einmal um 12 Prozentpunkte im Vergleich zu 2014 zu. 7% der Befragten äußern explizit die Beendigung des Flüchtlingsstroms als dringende Aufgabe des Landes. Diese Ablehnung von Zuwanderung spiegelt sich auch im starken Zulauf rechtspopulistischer Parteien wie der FPÖ wider, die die Ausländer- und Flüchtlingsproblematik ins Zentrum ihrer Wahlkampagne stellten und damit - wie sich jüngst zeigte – bei den ersten beiden Landtagswahlen 2015 starke Zugewinne verzeichnen konnte.

Auf Rang 3 folgt – wie im vergangenen Jahr - die Sorge um die **Renten** und die **Altersversorgung**. Sie liegt derzeit bei 17% und damit seit mittlerweile sechs Jahren konstant auf diesem Niveau. Österreichs Bevölkerung altert, entsprechend gerät das Pensionssystem in eine zunehmende Schieflage.



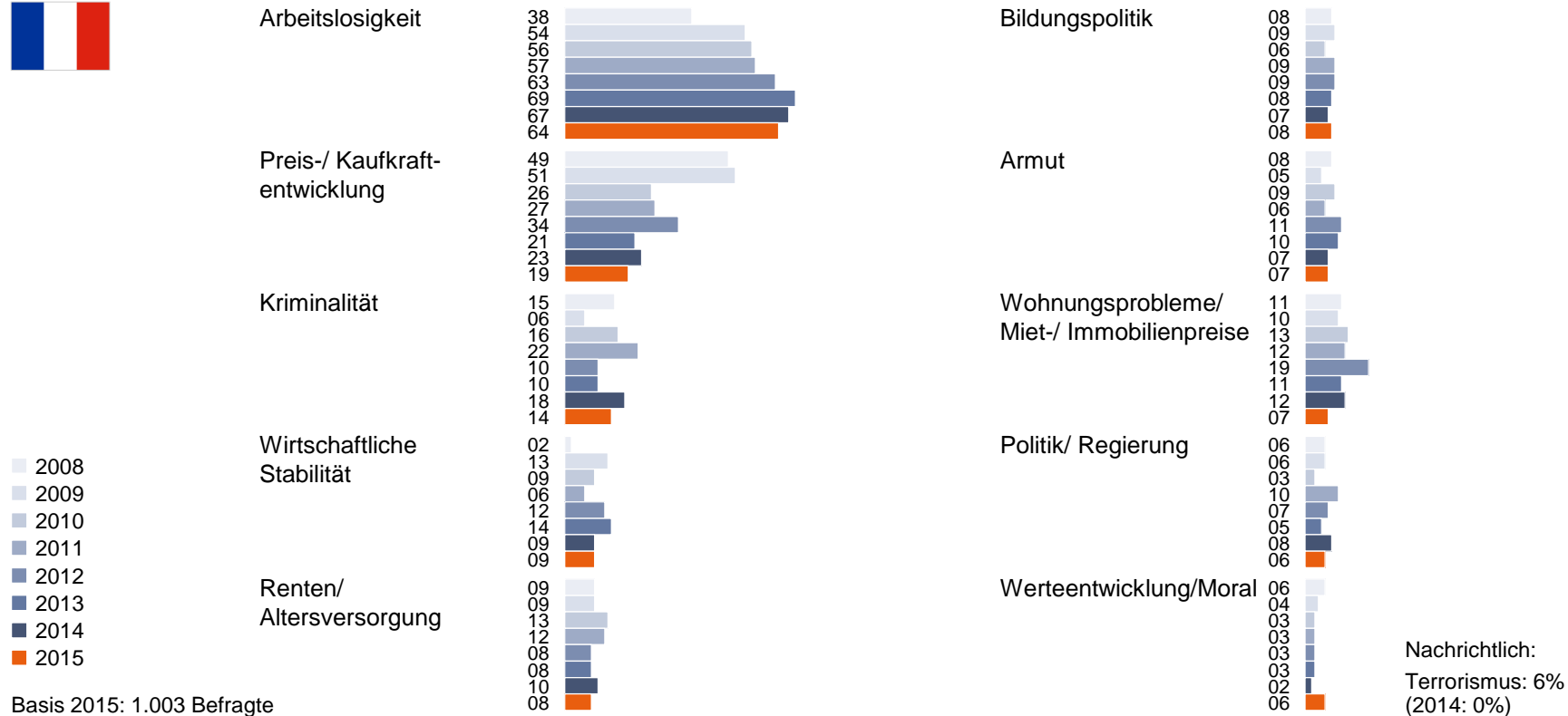
In der Kategorie „Sustainability“ des Global Pension Index erreicht das Land nur den vorletzten Platz. 30% der Rentenzahlungen kommen inzwischen aus dem Staatshaushalt, ohne Reformen wird das System zukünftig schwerer finanzierbar sein. Die Bevölkerung wird voraussichtlich mit weiteren Pensionssenkungen bzw. Beitragserhöhungen rechnen müssen.

Einen sprunghaften Anstieg verzeichnet die Besorgnis um die **Steuerpolitik**. Mit einem Plus von 6 Prozentpunkten erreicht sie den bisherigen Höchstwert von 14% und nimmt erstmals einen Platz unter den Top 10 ein (Rang 5). Das hängt sicher mit der von der Regierung zur Erhebungszeit verhandelten Steuerreform zusammen, die in den Medien allgegenwärtig war. Die Verhandlungen der Großen Koalition aus ÖVP und SPÖ zogen sich lange hin und drohten zeitweise zu scheitern. Einer Umfrage des Standard zufolge fürchtet ein Viertel der Österreicher durch die Steuerreform finanziell stärker belastet zu werden. Damit im Zusammenhang stehen könnte auch die leicht gestiegene Besorgnis um die **Preis- und Kaufkraftentwicklung**. Diese nimmt 2015 leicht zu und landet mit 14% auf Platz 4. Die Regierung

verspricht sich durch die Steuerreform konjunkturbelebende Effekte und geht von jährlichen Mehreinnahmen in Höhe von ca. 850 Millionen Euro aus. So sollen die versprochenen Steuerergünstigungen gegenfinanziert werden. Ob sich die versprochene Entlastung für die Bürger tatsächlich bewahrheitet, wird sich erst Anfang 2016 zeigen, wenn die Reform mit vielen Änderungen in Kraft treten wird. Unter anderem sieht das Reformpaket eine Reduzierung des Eingangsteuersatzes von 36,5% auf 25% vor, auf der anderen Seite wird der Spitzensteuersatz auf 55% angehoben. Des Weiteren wurde eine verstärkte Bekämpfung des Steuer- und Sozialbetrugs beschlossen. Auch die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes von 10 auf 13 Prozent für derzeit noch begünstigte Ausgaben, wie z.B. Museums- und Theaterkarten, Blumen oder Hotelübernachtungen, dürfte die Bürger verunsichern. Die absolute Teuerungsrate dürfte derzeit aber weniger im Fokus stehen, diese ging in den letzten Monaten stetig zurück und lag im Februar 2015 bei nur 0,5% im Vergleich zum Vorjahresmonat.

Frankreich /// Die Herausforderungen 2015

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Frankreich zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2015: 1.003 Befragte

Nachrichtlich:
Terrorismus: 6%
(2014: 0%)



In diesem Jahr geht in Frankreich die Besorgnis bei den meisten Themen leicht zurück und der durchschnittliche Problemdruck sinkt von 2,5 Nennungen pro Person im Jahr 2014 auf aktuell 2,2 Antworten. Aber es gibt zwei Themen, deren Bedeutung zugenommen hat: Der Terrorismus und die Werteentwicklung bzw. die Moral. Obwohl diese beiden Punkte auf den Plätzen 10 und 11 liegen, stehen diese am Anfang des Berichts. Denn es scheint so, als hätte der starke - auch mediale - Fokus auf den **Terrorismus** andere Probleme in den Hintergrund treten lassen. In den letzten Jahren waren die Franzosen kaum über den Terrorismus beunruhigt, nun ist die Besorgnis aber auf 6% gestiegen. Dies steht sicherlich in Zusammenhang mit dem Terroranschlag auf das Satiremagazin Charlie Hebdo im Januar 2015 in Paris. Zwei Täter, die sich später zu Al-Qaida bekannten, drangen in die Redaktionsräume ein, töteten und verletzten mehrere Anwesende und brachten auf ihrer Flucht einen Polizisten um. Bei einem weiteren Anschlag erschoss ein Terrorist eine Polizistin und überfiel am nächsten Tag einen jüdischen Supermarkt in Paris, dabei tötete er vier Menschen und nahm Geiseln. Die Bilanz dieser Anschläge sind 17 Tote in drei Tagen.

Das stellt die ganze Welt, vor allem aber Frankreich vor die Frage, wie auf diese Ereignisse reagiert werden soll. Vermutlich auch deshalb machen sich 6% Gedanken über die **Werteentwicklung** bzw. die **Moral**, was einen Anstieg um 4 Prozentpunkte bedeutet. Frankreich ist traditionell von den Werten der Republik geprägt, also der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, die nun diskutiert werden. Hier zeigen sich verschiedene Facetten: Der Anschlag auf das Satiremagazin erfolgte auch wegen der veröffentlichten Mohammed-Karikaturen und kann damit als Angriff auf die Meinungsfreiheit verstanden werden. Als Zeichen des Zusammenhalts – oder der Brüderlichkeit - versammelten sich nach den Anschlägen überall in Frankreich Menschen zu Trauermärschen, darunter auch viele ausländische Regierungschefs. Eine Analyse des Lebenslaufs der Charlie-Hebdo-Attentäter zeigt jedoch, dass die soziale Ungleichheit in Form von Arbeitslosigkeit und schlechten Bildungschancen wohl zu ihrer Radikalisierung beigetragen hat. Die beiden kamen laut Medienberichten erst während einer Haftstrafe mit dem Islamismus in Kontakt, was auch die Diskussion über die **Kriminalität** weiter anregen dürfte. Dieses Problem belegt mit 14% und einem leichten Rückgang den dritten Platz.



Die soziale Ungleichheit wird laut der Pisa-Studie in Frankreichs Schulen eher verstärkt als ausgeglichen. Ob die Einführung des Unterrichtsfachs „Staatsbürgerkunde“ als Reaktion auf mit den Attentätern sympathisierende Schüler daran etwas ändern wird, bleibt abzuwarten. Das neue Fach soll religiöse Fakten – in Frankreich gibt es keinen Religionsunterricht – vermitteln und die Kritikfähigkeit der Schüler verbessern. Über die **Bildungspolitik** sorgen sich 8% der Bürger.

Die Sorge um die **Arbeitslosigkeit** belegt weiterhin mit großem Abstand Platz 1 des französischen Sorgenrankings: 64% der Franzosen beschäftigt dieses Thema. Damit sinkt die Beunruhigung zwar zum zweiten Mal in Folge, bleibt aber groß. Die Arbeitslosenquote stagnierte 2014 mit 10,2% ebenfalls auf sehr hohem Niveau. Scheinbar konnten die 2014 von der Regierung eingeführten Reformen noch nicht greifen. So sollte zum Beispiel der „Pakt der Verantwortung“ die Unternehmen bei Sozialabgaben entlasten und somit zu sinkenden Lohnkosten und mehr Arbeitsplätzen führen. Doch entgegen der Erwartungen wurden diese Entlastungen vor allem für Gehaltserhöhungen verwendet. Dies könnte auch erklären, warum die Sorge um die **Preis- und**

Kaufkraftentwicklung abnimmt und in diesem Jahr 19% erreicht. Denn diese Gehaltserhöhungen stärken zusammen mit einer rückläufigen Inflation die Kaufkraft der Franzosen. Die Teuerungsrate betrug 2014 lediglich 0,5%, der geringste Wert seit dem Jahr 2009. Des Weiteren hat die Regierung Versuche unternommen, die Wirtschaft anzukurbeln, zum Beispiel durch die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten am Sonntag oder durch Steuersenkungen für Geringverdiener. An den schwachen Wachstumsraten der letzten Jahre von 0,3 bzw. 0,4% konnte dies aber bislang nichts ändern. Über die **wirtschaftliche Stabilität** machen sich ebenso wie im letzten Jahr 9% der Franzosen Gedanken (Rang 4).

Vermutlich auch aufgrund der wirtschaftlichen Lage mussten die Sozialisten unter Präsident Hollande bei den Départementswahlen Anfang 2015 herbe Verluste einstecken, während die Partei UMP des früheren Präsidenten Sarkozy stärkste Kraft wurde. Relativ schlecht schnitt der rechtsextreme Front National ab, womöglich auch aufgrund der antisemitischen Äußerungen ihres Gründers Jean-Marie Le Pen, dem inzwischen der Parteiaustritt nahegelegt wird. Das Thema **Politik und Regierung** nennen 6% der Franzosen und platzieren es 2015 auf Rang 9.

Indonesien /// Die Herausforderungen 2015

Top 15

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Indonesien zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Preis-/ Kaufkraft-
entwicklung 33

Korruption 31

Umweltschutz 18

Wirtschaftliche
Stabilität 17

Arbeitslosigkeit 14

Kriminalität 12

Suchtproblematik 11

Bildungspolitik 10

Armut 08

Verkehrspolitik 08

Gesundheitswesen 07

Soziale Sicherheit 05

Politik/ Regierung 05

Problem zwischen Anti-
Korruptions-Kommi-
ssion und Polizei 05

Hoher Reispreis 04

Basis: 1.041 Befragte



Mit Indonesien wird das viertbevölkerungsreichste Land der Erde Teil der Challenges of Nations. Das größte - moderat - muslimische Land ist zugleich auch der größte Inselstaat auf dem Globus. Darüber hinaus belegt Indonesien wirtschaftlich in Asien nach China und Indien den dritten Platz. Indonesien ist reich an Rohstoffen und zählt daher weltweit zu den Hauptexporteuren von Rohstoffen wie Kupfer und Nickel. Doch gerade die geografischen Besonderheiten führen zu einem Auseinanderklaffen der Lebensbedingungen der Bewohner auf den verschiedenen Inseln.

So sieht ein Drittel der indonesischen Bevölkerung Handlungsbedarf bezüglich der **Preis- und Kaufkraftentwicklung**. Nach einem vorläufigen Rückgang auf 4,3% in 2012 ist die Inflationsrate wieder auf 6,4% in 2013 und 2014 angestiegen. Im Januar 2015 lag sie laut OECD bei 7,0% und im Dezember 2014 sogar bei 8,4%. Vor allem die hohen Lebenshaltungskosten sind ein Problem, das explizit 25% der Befragten nennen. Der hohe **Reispreis** wird konkret von 4% der Indonesier genannt. Reis ist eines der Grundnahrungsmittel in Indonesien, muss aber importiert werden. Um weniger von anderen Ländern abhängig zu sein, soll bis 2017 der Reisimport kontinuierlich gesenkt werden. Laut

der Regierung ist der Anfang 2015 um 30% gestiegene Preis aber primär auf die Machenschaften der sogenannten Reis-Mafia zurückzuführen. Diese Akteure wollen weiterhin vom bisherigen System profitieren und versuchen den Importstopp zu verhindern, indem ein künstlicher Mangel im Land erzeugt wird.

Die **Korruption** belegt mit 31% Rang 2 der Sorgenliste. Laut Transparency International weist Indonesien mit einem CPI von 34 Punkten eine hohe Korruption auf. Präsident Widodo begann seine Amtszeit 2014 mit dem Versprechen, gegen Korruption und Vetternwirtschaft vorzugehen. Als erster Präsident entstammt er nicht den alten Suharto-Eliten und wird selbst bisher nicht mit Korruption in Verbindung gebracht. Umso mehr erschütterte der Korruptionsverdacht gegen einen von ihm eingesetzten Polizeichef auch zahlreiche seiner Unterstützer. 5% der Befragten nennen auch Probleme zwischen der **Anti-Korruptions-Kommission und der Polizei**, die die Korruptionsbekämpfung belasten dürften. Letztere wird dadurch erschwert, dass laut einer Umfrage von Transparency International rund 90% der Bürger die Polizei selbst für korrupt halten.



Sehr große Besorgnis zeigt sich zudem bei einer ganz anderen Problematik: Der Inselstaat ist immer wieder von starken Überschwemmungen betroffen. So mussten im Dezember 2014 120.000 Menschen in der Provinz Aceh vor den Wassermassen fliehen. Daher nennen 16% die Hochwasserproblematik als dringende Aufgabe und platzieren so das übergeordnete Thema **Umweltschutz** mit 18% auf Rang 3.

Mit 17% knapp dahinter folgt die Sorge um die **wirtschaftliche Stabilität**, das bedeutet Rang 4. Nach China und Indien ist Indonesien der wichtigste asiatische Wachstumsmarkt. Doch nach jahrelangen Wachstumsraten von über 6% ist das BIP-Wachstum 2013 laut Weltbank auf 5,8% gesunken und für 2014 werden nur noch ca. 5% erwartet. Zuletzt sind die Exporte zurückgegangen, und zwar sowohl aufgrund sinkender Nachfrage als auch aufgrund des seit Januar 2014 geltenden Verbots, unverarbeitete Rohstoffe zu exportieren. Dadurch soll die Wertschöpfungskette im eigenen Land verlängert werden, um so mehr Arbeitsplätze in Indonesien zu schaffen.

Das Thema **Arbeitslosigkeit** folgt auf Rang 5, 14% der Menschen sorgen sich darüber. Indonesien wies nach Angaben der Weltbank 2013 eine Arbeitslosenquote von 6,3% auf. Der Arbeitsplatzmangel, der zukünftig noch zunehmen wird, trifft die jüngeren Indonesier bereits heute stärker, da die drittgrößte erwerbsfähige Bevölkerung in Asien, nach China und Indien, weiter wachsen wird. Um die Situation zu verbessern fehlen aber verarbeitende Unternehmen, die mehr Menschen einstellen. Rund 60% der Arbeitnehmer insgesamt sind im informellen Bereich beschäftigt, was die offizielle Arbeitslosigkeit etwas relativiert.

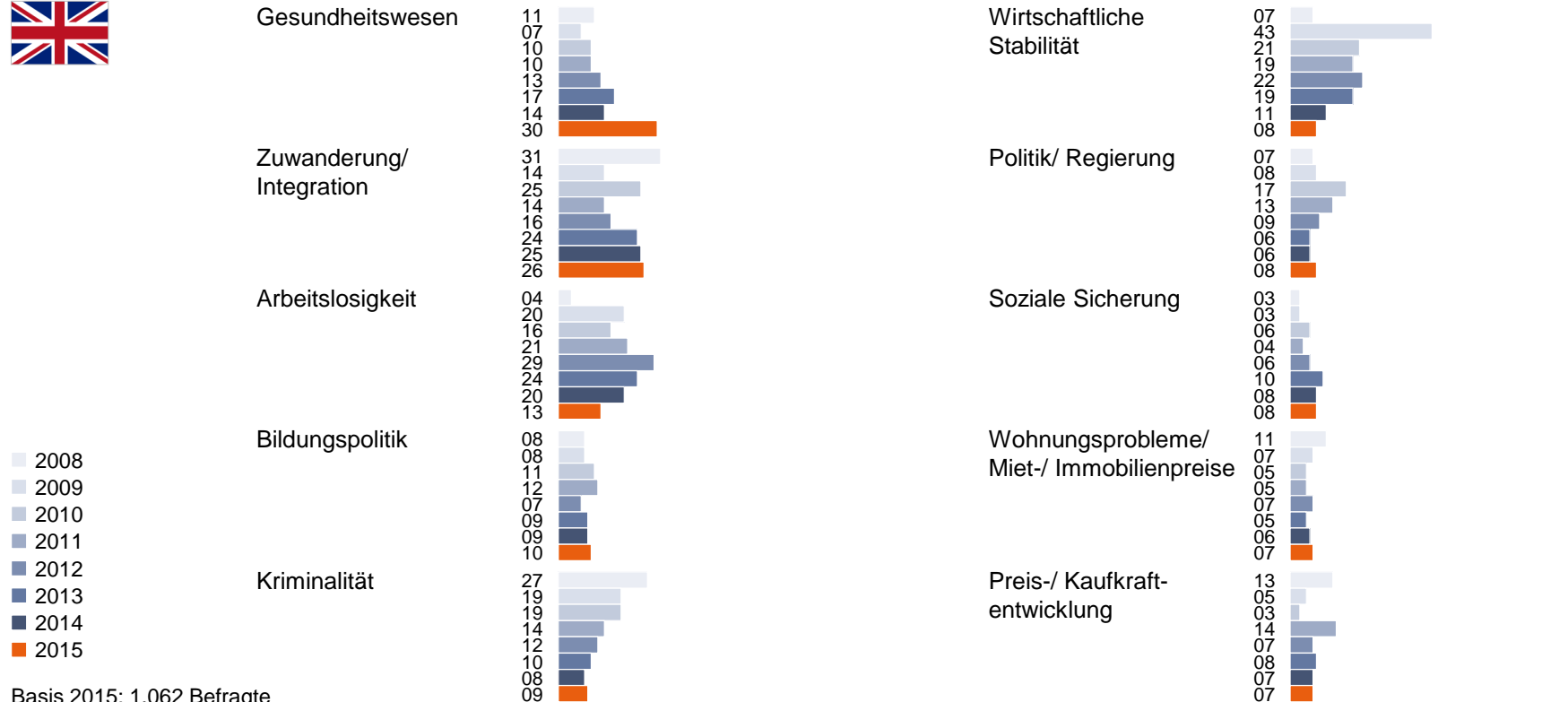
Andererseits können freie Stellen oft nicht besetzt werden, da es keine adäquat ausgebildeten Bewerber gibt. So sehen auch 10% der Indonesier die **Bildungspolitik** als verbesserungswürdig an. Die OECD hält es für einen Schritt in die richtige Richtung, dass die Regierung nun die Pflichtschulzeit verlängern und die berufliche Bildung verbessern will. Bessere Bildung kann auch einem anderen Problem entgegenwirken, denn 8% der Befragten sehen die **Armut** als eine zu lösende Aufgabe an.



Als dringend zu lösende Aufgabe wird von 12% der Bürger die **Kriminalität** gesehen. Möglicherweise liegt das auch an der religiösen Zusammensetzung der Bevölkerung. Zwar ist die Mehrheit muslimisch und in ihrer Glaubenspraxis tolerant, doch werden religiöse Minderheiten wie Christen oder Schiiten immer wieder bedroht. Massiv bekämpft wird in Indonesien der Drogenmissbrauch, den strenge Gesetze verhindern sollen. Im Dezember 2014 kündigte Präsident Widodo an, künftig gegen Drogenstraftäter konsequent die Todesstrafe anzuwenden und Gnadengesuche abzulehnen. Gegen diesen Kurswechsel wird international protestiert, vor allem weil im Januar 2015 fünf Ausländer hingerichtet wurden. Die **Suchtproblematik** belegt mit 11% den siebten Platz der Sorgenliste. Vor allem die touristischen Zentren des Landes haben sich zu Hauptumschlagplätzen des illegalen Drogenhandels entwickelt. Und die langen Außengrenzen des Inselstaats sind kaum effektiv zu kontrollieren.

Großbritannien /// Die Herausforderungen 2015

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Großbritannien zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2015: 1.062 Befragte



Im Zuge des Wahlkampfs zur Parlamentswahl am 7. Mai 2015 ist das britische **Gesundheitswesen** erneut in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt und politisch kontrovers diskutiert worden. Gleichzeitig hat sich die Sorge um die Gesundheitsversorgung von 14% auf 30% mehr als verdoppelt und ist von Platz 4 in 2014 auf den ersten Platz geklettert. Der Hintergrund für diese Debatte liegt in der seit 2010 stattfindenden Umstrukturierung des Nationalen Gesundheitsdienstes (NHS). Der NHS soll durch Bürokratieabbau, stärkeren Wettbewerb mit privaten Versorgern sowie durch Kompetenzübertragung auf die Hausärzte moderner und kosteneffizienter gestaltet werden. Letztlich haben aber die damit einhergehenden finanziellen Einschnitte dazu geführt, dass 80% der Krankenhäuser unterfinanziert sind. Darüber hinaus haben sich in Arztpraxen und Krankenhäusern Bedingungen entwickelt, deren Folgen von falschen Diagnosen und Medikamentenverschreibungen über unzumutbare Wartezeiten bis hin zu einer im europäischen Vergleich hohen Kindersterblichkeit reichen. So ist es nicht erstaunlich, dass Großbritannien verglichen mit anderen mitteleuropäischen Ländern wie Deutschland oder Frankreich im

Euro Health Consumer Index schlechter abschneidet und somit im Vergleich nur im Mittelfeld liegt.

Neben der Debatte über das Gesundheitswesen war weiterhin die **Zuwanderung und Integration** eines der meist diskutierten Wahlkampfthemen. Bereits seit 2013 sehen rund ein Viertel der Briten das Thema als Herausforderung in ihrem Land. Im Jahr 2010 hatte Premier Cameron versprochen - „ohne Wenn und Aber“ - die Netto-Zuwanderung auf unter 100 Tsd. Personen pro Jahr einzuschränken. Dies ist jedoch bisher nicht gelungen: Aktuell liegt die Zahl bei rund 300 Tsd. Migranten. Von diesem gebrochenen Wahlversprechen hat im Vorfeld der Wahl vor allem die EU-skeptische rechtspopulistische Partei UK Independence Party (Ukip) profitiert, die die Stimmung gegen Einwanderer weiter anheizte. Um sich dagegen behaupten zu können, sahen sich Premier Cameron und die Konservativen genötigt, ihre Position weiter nach rechts zu verschieben: Er kündigte an, härter gegen Zuwanderer aus der EU vorzugehen, was unter anderem durch die Einschränkung der Freizügigkeit innerhalb der EU erreicht werden soll.



Offensichtlich traf David Cameron mit seiner Politik zu diesen beiden sensiblen Themen den richtigen Nerv der Briten, da diese ihm bei der Parlamentswahl im Mai 2015 klar ihr Vertrauen aussprachen. Die Konservativen konnten sogar die absolute Mehrheit erringen und können nun wieder alleine regieren. Für die anderen Parteien geriet die Wahl allerdings zum Debakel: Die sozialdemokratische Labour Partei fuhr das schlechteste Ergebnis seit fast drei Jahrzehnten ein. Aber auch die Ukip und die Liberalen erlitten schwere Niederlagen. Als Konsequenz traten die Vorsitzenden dieser beiden Parteien zurück. Das Thema **Politik und Regierung** bleibt trotz dieser Ereignisse relativ stabil bei 8% (Platz 7).

Mit 13% befindet sich die Sorge um die Arbeitslosigkeit weiterhin auf Rang 3, allerdings mit einem seit 2013 zunehmenden Rückgang der Besorgnis, aktuell um weitere 7 Prozentpunkte. Das liegt sicherlich an der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, der sich mittlerweile weitestgehend von der Wirtschaftskrise 2008/09 erholt hat. So ist die Arbeitslosenquote mit 5,6% (4. Quartal 2014) so niedrig wie vor dieser Krise. Auch die Jugendarbeitslosigkeit sank 2014 auf 16,9% (2013: 20,7%).

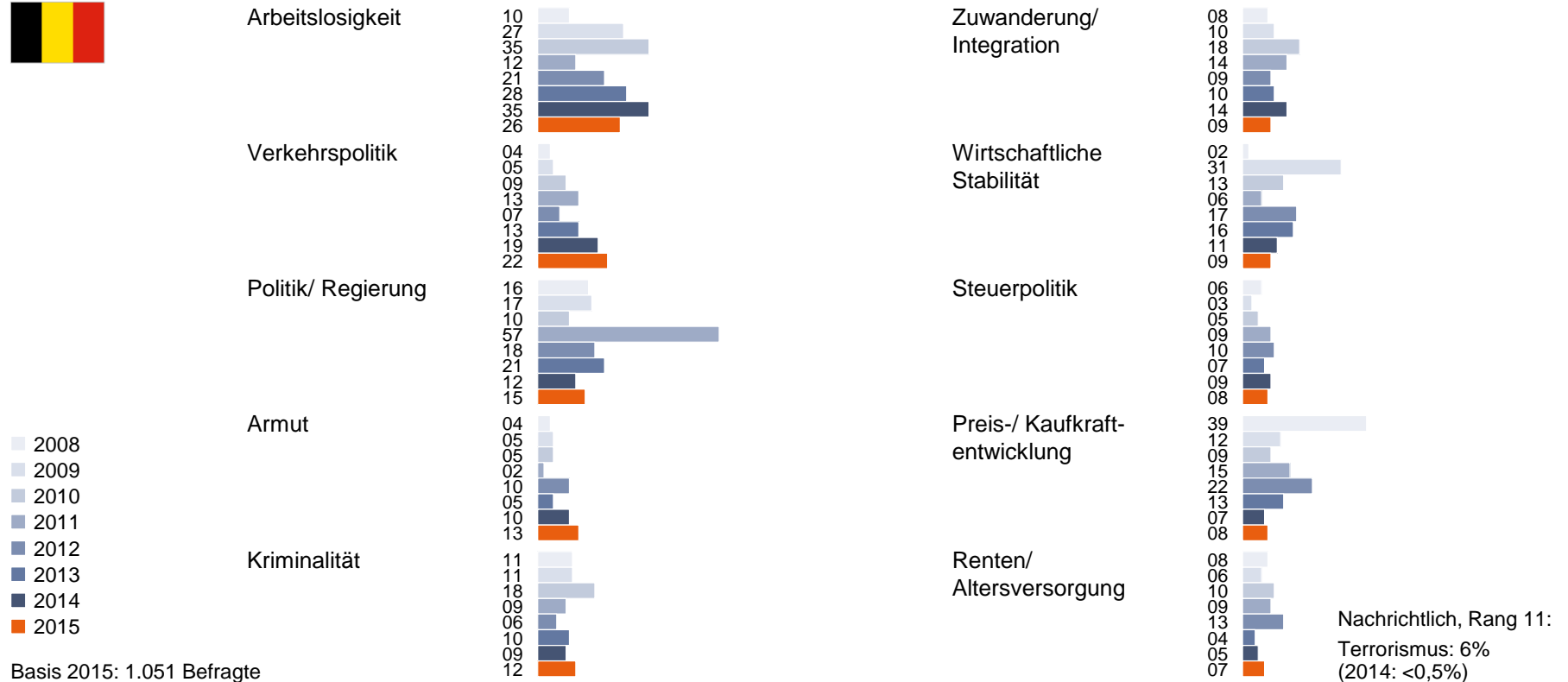
Aufgrund dieses Trends geht vermutlich auch die Besorgnis um die **wirtschaftliche Stabilität** im Land auf 8% zurück. Laut Eurostat lag die Wachstumsrate des BIP 2014 bei 2,8%, und somit in etwa so hoch wie zuletzt 2007. Insgesamt scheint die wirtschaftliche Erholung zu einer optimistischeren Stimmung in der Bevölkerung beizutragen.

Die Sorge um die **Bildungspolitik** bzw. die Ausbildungseinrichtungen bleibt mit einem Wert von 10% stabil. Im globalen Vergleich einer Studie von Pearson schneidet das britische Bildungswesen jedoch sehr gut ab, es liegt unter den europäischen Ländern sogar auf Platz 2. Ein Punkt, der in der Bevölkerung für Beunruhigung sorgt, bleiben allerdings die Studiengebühren, die in Großbritannien laut der Europäischen Kommission innerhalb der EU am höchsten sind.

Nach dem markanten Anstieg im Jahr 2014 nimmt die Sorge um den **Umweltschutz** wieder beträchtlich ab und liegt nun bei 2%, womit das Thema nicht mehr in den Top 10 der britischen Herausforderungen steht. Scheinbar sind die zahlreichen Überflutungen rund um Weihnachten 2013 und die daraus resultierenden Folgen bei der Bevölkerung nicht mehr so präsent.

Belgien /// Die Herausforderungen 2015

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Belgien zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2015: 1.051 Befragte

Nachrichtlich, Rang 11:
Terrorismus: 6%
(2014: <0,5%)



Das Thema **Arbeitslosigkeit** bleibt in Belgien auch 2015 die Herausforderung Nummer 1. Nach einem kontinuierlichen Anstieg seit 2011 ist aktuell aber wieder ein Rückgang der Besorgnis auf 26% zu verzeichnen. Zu diesem Rückgang dürfte zum einen beitragen, dass laut OECD die Arbeitslosenquote 2014 nach einer steigenden Tendenz in den vergangenen drei Jahren auf dem Vorjahresniveau von 8,5% stagniert und auch im ersten Quartal 2015 stabil bleibt. Zum anderen könnten die geplanten Arbeitsmarktreformen der im Oktober 2014 neu ernannten Mitte-Rechts-Regierung unter Premier Michel positiv auf die Stimmung wirken. Diese hat sich die Sicherung und Schaffung von – nicht staatlich subventionierten – Arbeitsplätzen zum Ziel gesetzt. Mit den angekündigten Reformmaßnahmen sollen die Arbeitgeber entlastet und der Arbeitsmarkt flexibilisiert werden, was jedoch Proteste seitens der Gewerkschaften und linker Parteien hervorgerufen hat.

Die Sorge um die **Verkehrspolitik** erreicht mit dem dritten Anstieg in Folge 22% und damit den höchsten Stand seit dem Erhebungsbeginn in Belgien. Somit ist dieses Thema wie im Vorjahr auf Rang 2 platziert. Die sogenannte INRIX-Studie ergab 2014, dass Brüssel und Antwerpen die beiden Städte in Europa

und Nordamerika mit den am stärksten überfüllten Straßen sind. Da viele Menschen in die Vorstädte ziehen und in den Städten arbeiten, stehen belgische Autofahrer in Brüssel im Durchschnitt 83 Stunden im Jahr im Stau. Zwar hat Belgien bereits eines der dichtesten Straßennetze weltweit, aber es fehlen Alternativen: In den Städten etwa gibt es zu wenige Radwege und für Pendler ist die Bahn kein adäquater Ersatz für das eigene Auto. Die Züge sind oft überfüllt, kommen verspätet an oder fallen bei einem der häufigen Streiks komplett aus.

Die dritt wichtigste Herausforderung sehen die Belgier 2015 hinsichtlich der **Politik** und der **Regierung**. So machen sich 15% darüber Gedanken, was einen Anstieg um drei Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. Die angestrebten weitreichenden ökonomischen und sozialen Reformen der neuen Regierung stoßen, wie bereits erwähnt, nicht nur auf Zustimmung. Neben arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ist ferner eine Erhöhung des Renteneintrittsalters geplant, was möglicherweise auch einen Anstieg der Sorge um die **Altersversorgung** um zwei Prozentpunkte bewirkt hat.



Zudem gibt es Pläne für eine Steuerreform. Diese soll zwar eine leichte Senkung direkter Steuern beinhalten, im Gegenzug ist aber die Erhöhung indirekter Steuern, wie etwa der Mehrwertsteuer, geplant. Die Bedenken über die **Steuerpolitik** bleiben fast konstant bei 8% (Platz 8). Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer betrifft die Bezieher geringer Einkommen besonders stark. Vermutlich erreicht die Besorgnis hinsichtlich der **Armut** auch deshalb einen neuen Höchststand. Mit einem Anstieg um drei Prozentpunkte in 2015 landet diese Sorge mit 13% auf dem vierten Rang. Die Quote der von Armut bedrohten Personen ist Eurostat zufolge aber 2013 im Vergleich zu 2012 (15,3 bzw. 15,1%) nahezu stabil geblieben.

Auch das Thema **Kriminalität** gewinnt im Vergleich zum Vorjahr an Dringlichkeit. Hatte die Sorge 2014 mit drei Prozentpunkten weniger noch den siebten Platz inne, so bildet sie in diesem Jahr mit 12% den Abschluss der Top-5. Die Rate der Gewaltkriminalität in Belgien insgesamt ist relativ niedrig, in größeren Städten allerdings fällt diese höher aus. Die gestiegene Sorge bezüglich der Kriminalität könnte aber auch mit dem

Terrorismus zusammenhängen, der mit nun 6% den elften Rang belegt (2014: <0,5%). Mit dem Attentat im Jüdischen Museum in Brüssel Ende Mai 2014, bei dem vier Menschen getötet wurden, dürfte dieses Thema in den Fokus gerückt sein. Und im Januar 2015 hat die Polizei in Vervier bei einem der größten Anti-Terror-Einsätze der belgischen Geschichte eine Terrorzelle zerschlagen, die Mordanschläge auf Polizisten geplant hatte. Im Zuge dessen wurde für einige Zeit für das gesamte Land die zweithöchste Terrorwarnstufe ausgerufen.

Ein Rückgang zeigt sich dagegen beim Themenbereich **Zuwanderung** und **Integration**, so dass nur noch knapp jeder zehnte Belgier diesbezüglich Handlungsbedarf sieht. Eurostat zufolge ist die Zahl der Asylbewerber, die seit 2011 gesunken war, 2014 aufgrund der internationalen Krisen wieder angestiegen. Womöglich haben aber die Pläne der belgischen Regierung zur Verschärfung der Immigrations- und Asylgesetze zu diesem Sorgenrückgang beigetragen. Die Zahl der Asylanträge pro 1.000 Einwohner liegt in Belgien im EU-Vergleich gegenwärtig im Mittelfeld.

Spanien /// Die Herausforderungen 2015

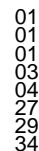
... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Spanien zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



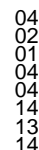
Arbeitslosigkeit



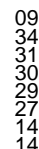
Korruption



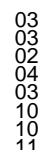
Gesundheitswesen



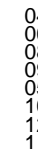
Wirtschaftliche Stabilität



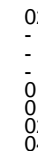
Bildungspolitik



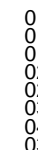
Politik/ Regierung



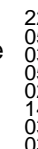
Armut



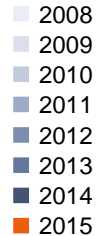
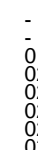
Soziale Sicherung



Wohnungsprobleme/ Miet-/ Immobilienpreise



Jugendarbeitslosigkeit



Basis 2015: 1.008 Befragte



Spanien präsentiert sich mit weiterhin 1,9 genannten Sorgen im Durchschnitt der europäischen Länder. Einzig die Sorge um die Korruption hat mit einem Plus von 5 Prozentpunkten deutlich zugenommen. Und die Antworten zum Thema Armut, das 2015 erstmals unter den Top Ten rangiert, verdoppeln sich von 2% auf 4%, liegen aber noch auf einem verhältnismäßig geringem Niveau.

Nach wie vor unangefochten auf Platz 1 steht auch in 2015 die Sorge um die **Arbeitslosigkeit**. Trotz leichter Entspannung auf dem Arbeitsmarkt bleibt diese Sorge für 74% der Spanier relevant. Nach einem stetigen Anstieg der Arbeitslosenquote seit 2008 wurde nun erstmalig wieder ein Rückgang gemessen: Laut Eurostat von 26,1% im Jahr 2013 auf 24,4% in 2014. Spanien hat damit aber weiterhin eine der höchsten Arbeitslosenzahlen in der Euro-Zone. Auch beim Arbeitsmarkt der unter 25-Jährigen zeigt sich eine leichte Entspannung: Die Arbeitslosenquote ist im Vergleich zu 2013 von 55,5% auf 53,2% in 2014 zurückgegangen. Dennoch ist der Rückgang mit Vorsicht zu interpretieren, da es sich bei einem Großteil der Neueinstellungen um befristete Verträge oder Teilzeitverträge handelt. Zudem hat die Politik für das große Problem der Langzeitarbeitslosigkeit – jeder zweite spanische

Arbeitslose zählt inzwischen dazu – bisher keine umfassenden Wiedereingliederungs- oder Unterstützungskonzepte entwickelt. So bleibt auch die Bevölkerung weiterhin besorgt.

Gleichbleibend hoch ist die Sorge der Spanier um die **wirtschaftliche Stabilität**, wenn auch mit 14% der Nennungen auf einem niedrigeren Rang als im Vorjahr. Tatsächlich erholt sich die spanische Wirtschaft wieder und verzeichnete nach Jahren der Rezession 2014 erstmals wieder ein Wachstum des BIP. Eurostat geht für 2014 von einem Anstieg um 1,4% aus und die Regierung erwartet auch für das Jahr 2015 einen weiteren Anstieg um mindestens 2,5%. Ökonomen mahnen jedoch weitere Reformen an, um das Wachstum zu fördern und die hohe Arbeitslosigkeit zu senken.

Weiterhin auf Rang 2 der Sorgenliste bleibt die **Korruption**: 34% der Spanier sind angesichts der Flut an Korruptions-skandalen beunruhigt, die noch nie so stark an die Öffentlichkeit gedrungen sind. So lassen Skandale um Vetternwirtschaft, Schmiergelder sowie Steuerhinterziehung das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik und die Wirtschaft sinken.



Erst im Oktober 2014 haben die Justiz- und Sicherheitsbehörden 51 Politiker, Beamte und Unternehmer unter dem Vorwurf der Bestechung und Bestechlichkeit festgenommen, darunter auch Politiker der regierenden Partido Popular (PP). Zur gleichen Zeit wurde bekannt, dass die Bank Caja Madrid jahrelang ihre Führungs- und Aufsichtsratsmitglieder mit „schwarzen“ Kreditkarten versorgt hat, wodurch Manager 15 Millionen Euro un versteuert für private Zwecke ausgeben konnten. Im November 2014 kündigte die Gesundheitsministerin Mato auf Grund einer aufgedeckten Schmiergeldaffäre Ihren Rücktritt an, um weiteren Schaden von der PP abzuwenden. Auch gegen den ehemaligen Schatzmeister, der Schwarzgeldkonten der PP verwaltet haben soll, wird ermittelt. Darüber hinaus wird dem Generalsekretär der Partei vorgeworfen, illegale Wahlkampfspenden erhalten zu haben. Diese Entwicklungen dürften mit dafür verantwortlich sein, dass das Land nur Platz 37 in dem von Transparency International herausgegebenen Corruption Perception Index 2014 belegt und die Besorgnis der Bürger weiter ansteigt.

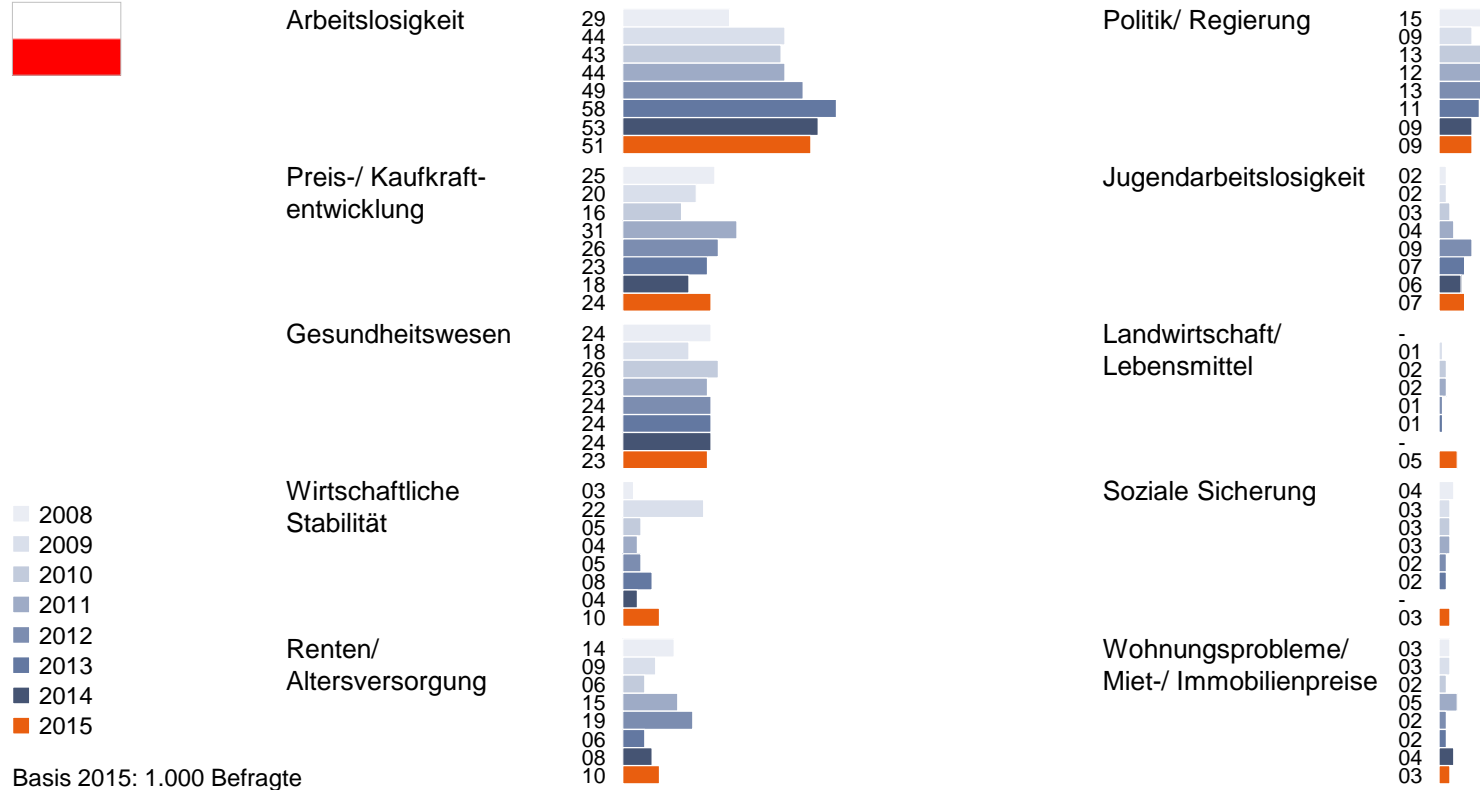
Die Sorge um das **Gesundheitswesen** bleibt dagegen nach

einem deutlichen Anstieg im Jahr 2013 seit drei Jahren nahezu konstant und liegt aktuell bei 14%. Im Kampf gegen die Wirtschaftskrise kürzte die Regierung unter Ministerpräsident Rajoy innerhalb von zwei Jahren die Ausgaben im Gesundheitsbereich um fast zehn Prozent und trieb die Privatisierung des Gesundheitswesens weiter voran. Überlastetes Klinikpersonal, lange Wartezeiten und Facharztbehandlungen durch Hausärzte sind nur einige der Folgen dieser Maßnahmen.

Vom anhaltenden Sparkurs bleibt auch die **Bildungspolitik** nicht verschont. So wurden im vergangenen Jahr zum Beispiel dem PROA-Plan die Mittel gestrichen, der Schülern Nachhilfe, Unterstützung und Orientierung bieten soll. Die EU-Kommission hat zudem 2014 die hohe Schulabbrecherquote sowie die hohe Arbeitslosigkeit unter Hochschulabsolventen kritisiert, obwohl bereits viele Akademiker unter ihrem Ausbildungsniveau arbeiten. Dementsprechend hat der Unmut der Bevölkerung gegenüber der Bildungspolitik in den letzten drei Jahren nicht nachgelassen. Um die Entwicklung im Bildungssektor sorgen sich weiterhin 11% der Spanier.

Polen /// Die Herausforderungen 2015

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Polen zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2015: 1.000 Befragte



Das Thema **Arbeitslosigkeit** bleibt unangefochten die Nummer 1 der Sorgen in Polen, kann aber gegenüber 2014 einen leichten Rückgang von 53% auf aktuell 51% verzeichnen. Diese rückläufige Entwicklung spiegelt sich auch in der Arbeitslosenquote wider, welche im Jahresverlauf 2014 Monat für Monat weiter gesunken ist und im Jahresdurchschnitt mit 9% den niedrigsten Stand seit vier Jahren erreichte. Auch bei der Jugendarbeitslosigkeit verzeichnet Polen einen Rückgang: Von 27,3% in 2013 auf 23,9% in 2014. Doch trotz dieses Rückgangs bleiben die Bürger hier pessimistisch, denn das Niveau bleibt hoch und liegt nach wie vor über dem europäischen Durchschnitt. So stagniert die Sorge bei 7% und dem siebten Rangplatz.

Die Besorgnis um die **Preise** und die **Kaufkraft** rückt 2015 auf Rang 2 der Sorgenliste vor und durchbricht damit den seit 2012 sichtbaren Abwärtstrend. Die positiven Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt in Kombination mit der sehr niedrigen Inflation von 0,1% sorgen derzeit für einen Anstieg der realen Einkommen. Dennoch sind 24% der Bürger besorgt, was momentan jedoch eher an der Unzufriedenheit mit dem vergleichsweise niedrigen

Lohnniveau und einer ungleichen Einkommensverteilung liegen dürfte. Sowohl die Löhne als auch die Kaufkraft unterscheiden sich weiterhin stark nach Region und Berufsgruppe: So betrug 2014 der landesweite Durchschnittslohn in Polen 950 Euro und der gesetzliche Mindestlohn beträgt seit 2015 rund 420 Euro, was weit entfernt vom Gehaltsniveau westeuropäischer Länder ist.

Möglicherweise stecken dahinter aber auch die Bedenken, die der nationalkonservative Präsidentschaftskandidat Duda während des Wahlkampfs geschürt hat: So hat er vor der Einführung des Euro und, damit verbunden, vor rasant steigenden Lebensmittelpreisen gewarnt. Auch negative Auswirkungen auf die derzeit gute Wirtschaftsentwicklung werden von Politikern prophezeit. Und einer Studie zufolge steht mehr als die Hälfte der Polen der Euro-Einführung skeptisch gegenüber. So lässt sich möglicherweise auch die wachsende Besorgnis hinsichtlich der **wirtschaftlichen Stabilität** erklären. Mit 10% erreicht dieses Thema den zweithöchsten Wert seit 2009, was Rang 4 bedeutet. Tatsächlich konnte Polens Wirtschaft 2014 das Wachstum des BIP im Vergleich zum Vorjahr aber auf 3,4% verdoppeln.



Im Zusammenhang mit dem Thema Preise steht auch explizit die Sorge um die **Landwirtschaft** und die **Lebensmittel**. Den Mitte 2014 von Russland verhängten Einfuhrstopp für Lebensmittel spüren Polens Bauern zunehmend. So gingen im Februar 2015 tausende Landwirte auf die Straße, um für finanzielle Zuschüsse zu protestieren. Mit dem bisherigen Höchstwert von 5% rückt diese Sorge nun erstmals unter die Top 10 auf und belegt Platz 8.

Seit fünf Jahren nahezu unverändert präsentiert sich die Sorge um das **Gesundheitswesen**. Mit 23% bleibt das Thema damit ein Dauerbrenner und liegt aktuell auf dem dritten Rangplatz. Das staatliche Gesundheitswesen ist hoch verschuldet und kann aus Geldmangel oft nur schwer eine angemessene Versorgung gewährleisten. Lange Wartezeiten auf Krankenhaus- und Facharztbehandlungen sowie eine schlechte Behandlungsqualität können oft nur durch private Zuzahlungen oder das Ausweichen auf private Anbieter umgangen werden. Anfang 2015 legten tausende Ärzte ihre Arbeit nieder um gegen neue Vorschriften, die u.a. eine Beschränkung der ärztlichen Mitsprache zur Folge haben, zu protestieren. Zudem führt eine zunehmende Arbeitsbelastung

bei gleichzeitig niedrigen Gehältern bereits seit Jahren zur Abwanderung der Ärzte und der Pflegekräfte ins Ausland. Der schlechte Zustand des polnischen Gesundheitswesens spiegelt sich auch im Euro Health Consumer Index 2014 wider, wo Polen im Vergleich mit 36 anderen europäischen Ländern nur Platz 31 belegt.

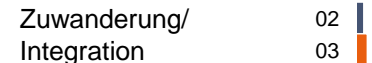
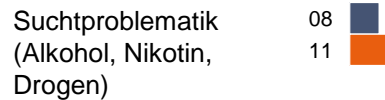
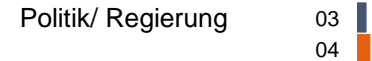
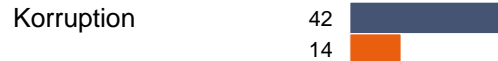
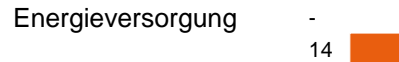
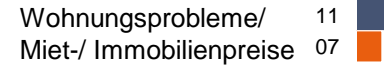
Zum zweiten Mal in Folge steigt die Sorge um die **Renten** und die **Altersversorgung** und erreicht 2015 10%. Das Thema Rente stand auch im Wahlkampf um das Präsidentenamt immer wieder im Blickpunkt. So versprach u.a. der Kandidat Duda die Senkung des Renteneintrittsalters, welches die Regierung Tusk erst im Jahr 2013 auf 67 Jahre angehoben hatte.



Während sich in der Studie Challenges of Nations häufig beobachten lässt, dass zum Zeitpunkt von Wahlen in einem Land die Sorge über die Regierung bzw. Politik ansteigt, blieb dieser Effekt in Polen aus - zumindest zum Zeitpunkt der vorliegenden Befragung. Rund zwei Monate vor den Präsidentschaftswahlen im Mai 2015 lag der bisher amtierende Präsident Komorowski der liberal-konservativen Bürgerplattform mit hohen Beliebtheitswerten in Führung. Im weiteren Verlauf des Wahlkampfs verlor Komorowski jedoch immer mehr an Zustimmung – und musste sich schließlich seinem Herausforderer Duda geschlagen geben. Zu einem späteren Zeitpunkt wäre aufgrund des Kopf-an-Kopf-Rennens der beiden Kandidaten möglicherweise ein Effekt messbar gewesen. Doch so zeigen sich unverändert zum Vorjahr nur 9% der Polen im Frühjahr 2015 besorgt über die **Politik** und die **Regierung**.

Südafrika /// Die Herausforderungen 2015

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Südafrika zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



■ 2014
■ 2015

Basis 2015: 1.200 Befragte

Nachrichtlich:
Gesundheitswesen: 3%
(2014: 3%)



Die **Kriminalität** stellt in 2015 die größte Sorge der Südafrikaner dar: Diese Sorge hat sich mit 45% der Nennungen fast vervierfacht. Im Gegenzug ist das damit verwandte Problem der **Korruption**, das 2014 auf Position 1 stand, im gleichen Ausmaß zurückgegangen. Hier scheint sich die Wahrnehmung der Bevölkerung verschoben zu haben: Der offiziellen Statistik von 2014 zufolge steigt die Mordrate im zweiten Jahr in Folge an, und zwar aktuell um 3,5% auf 32 Morde pro 100.000 Personen. Damit liegt sie mehr als fünfmal höher als der weltweite Durchschnitt. Ebenso leidet die wirtschaftliche Entwicklung unter der seit 20 Jahren anhaltend hohen Gewaltkriminalität. Im Fokus stand 2014 – weit über die Landesgrenzen hinaus – auch der Prozess um den Paralympics-Star Pistorius, der 2013 seine Freundin erschoss. Das Urteil war ein eingeschränkter Schuldspruch, den ein Großteil der Südafrikaner als zu milde bewertet.

Für viele verkörpert der Fall Pistorius die zentralen Probleme des Landes: Die Sicherheitskräfte scheinen die ausufernde Gewalt nicht in den Griff zu bekommen und die Aufklärungsraten bleiben niedrig. Dies ist auch auf die Unterbesetzung, Inkompetenz und Korruption innerhalb der Polizei zurückzuführen: So wurde der

frühere Polizeichef Selebi wegen Korruption zu einer Haftstrafe verurteilt und sein Nachfolger wurde aus ähnlichen Gründen entlassen. Selbst Präsident Zuma sah sich 2014 Korruptionsvorwürfen ausgesetzt. Trotz der Verschiebung hin zur Kriminalität nennen 14% der Bürger weiterhin explizit die Korruption als Problem, das bedeutet Rang 4.

Sowohl die Arbeitslosenquote als auch die Besorgnis über die **Arbeitslosigkeit** stagnieren im Vergleich zu 2014 auf hohem Niveau. Mit 36% liegt die Sorge erneut auf Rang 2. Die Weltbank veröffentlichte für 2013 eine Arbeitslosenquote von 24,9% und laut Statistics South Africa lag diese im vierten Quartal 2014 immer noch bei 24,3%. Bei den Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren ist aktuell etwa die Hälfte offiziell ohne Arbeit.

Mit der Arbeitslosigkeit verbunden ist zudem die Sorge um die **Armut**, die leicht auf 7% angestiegen ist und Rang 7 belegt. Auch 20 Jahre nach Ende der Apartheid zeigt sich weiterhin eine ungleiche Verteilung des Wohlstands zulasten der schwarzen Bevölkerungsmehrheit. Der Gini-Koeffizient (63) als Maß der Einkommensungleichheit ist in Südafrika weiterhin sehr hoch.



Südafrika ist gleichzeitig Industriestaat *und* Entwicklungsland, was sich nicht nur bei sozialen Themen zeigt. Aktuell ist das Land von der schwersten Energiekrise seit 2008 betroffen: Der staatliche Energiekonzern Eskom ist für 95% der Stromversorgung im Land verantwortlich. Doch jahrelang ausbleibende Investitionen, unter anderem in den Neubau von Kraftwerken, machen sich nun in Energieengpässen bemerkbar und in einigen Regionen fällt täglich für Stunden der Strom aus. Das macht das alltägliche Leben schwierig und hemmt die ökonomische Entwicklung. Daher taucht die **Energieversorgung** in diesem Jahr als ein neues Problem auf und platziert sich mit 14% der Antworten auf Rang 3 der Agenda.

Den fünften Rang belegt in diesem Jahr mit 11% und einem leichten Anstieg die **Suchtproblematik**. Dieses Thema hängt auch mit der Kriminalität und der Armut im Land zusammen. Die Kluft zwischen Arm und Reich zeigt sich auch bei den Wohnverhältnissen: Das **Wohnungsproblem** folgt auf Rang 6, wobei die Besorgnis von 11% auf derzeit 7% gesunken ist. Das könnte daran liegen, dass der Wohnungsbau mit an der Spitze der nationalen Agenda steht und damit eine Besserung in Aussicht ist. Erst 2014 legte Präsident Zuma ein Bauprogramm auf, das sowohl Wohn-

einheiten für Obdachlose als auch für Bezieher unterschiedlicher Einkommen bieten soll.

Eine Ursache für die Armut bleibt aber die hohe Arbeitslosigkeit – und die Chance, Arbeit zu finden hängt stark von der Ausbildung ab. In internationalen Studien zur Qualität des Bildungswesens belegt Südafrika jedoch meist nur einen der hinteren Plätze: So lag das Land beim Index zur globalen Wettbewerbsfähigkeit des Weltwirtschaftsforums 2014 auf Platz 140 von 144 Ländern. Das Bildungssystem leidet unter der schlechten materiellen Ausstattung der Schulen, dem Mangel an Lehrkräften sowie der Zweiteilung des Schulsystems in teure Privatschulen und schlecht funktionierende öffentliche Schulen. Die Regierung hat dies erkannt und versucht mit gezielten Investitionen entgegenzuwirken. Aufgrund des Mangels an gut ausgebildeten Arbeitskräften engagieren sich inzwischen auch Unternehmen als Sponsoren an Schulen. Zudem entstehen erste Privatschulen für Geringverdiener, die gegen niedrigere Gebühren eine gute Grundausbildung ermöglichen. Diese Bemühungen werden von der Bevölkerung offenbar honoriert, die Sorge um die **Bildungspolitik** sinkt um 4 Prozentpunkte auf 6%.

Schweiz /// Die Herausforderungen 2015

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in der Schweiz zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Zuwanderung/
Integration



Bildungspolitik



Wirtschaftliche
Stabilität



Gesundheitswesen



Arbeitslosigkeit



Preis-/ Kaufkraft-
entwicklung



Umweltschutz



Soziale Sicherung



Weltpolitik/ Europapolitik



Familienpolitik



■ 2014
■ 2015

Basis 2015: 1.000 Befragte

Nachrichtlich:
Verkehrspolitik: 6%
(2014: 12%)



So wie im vergangenen Jahr wird in der Schweiz das Sorgenranking auch 2015 vom Thema **Zuwanderung** und **Integration** angeführt, welches 29% der Bevölkerung beschäftigt. Verglichen mit 2014 bedeutet das einen Anstieg um vier Prozentpunkte. Nachdem während des letztjährigen Erhebungszeitraums im Februar 2014 die Volksinitiative zur Beschränkung der Zuwanderung mit einer knappen Mehrheit angenommen wurde, präsentierte die Regierung kurz vor der diesjährigen Befragung einen Gesetzesentwurf zur Einführung von Einwanderungsquoten. Das Land möchte damit die Zuwanderung von zuletzt etwa 80.000 Personen pro Jahr mit jährlich neu festzulegenden Höchstzahlen begrenzen. Ziel ist es, einen weiteren Anstieg des Ausländeranteils zu verhindern, der zuletzt bei knapp 24% lag. Die Zuwanderungsstatistik zeigt für das erste Quartal 2015 aber einen erneuten Anstieg um 14% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Die Umsetzung der in einem Volksentscheid geforderten Regulierung der Zuwanderung stellt die Regierung jedoch vor eine Herausforderung: Eine solche Beschränkung widerspricht dem Freizügigkeitsabkommen mit der EU, wodurch weitere bilaterale Verträge gekündigt werden könnten. Ein Ende der zahlreichen

bilateralen Sektorabkommen mit der EU, die die Beteiligung am europäischen Binnenmarkt ermöglichen, würde weitreichende Folgen für die Wirtschaft der Schweiz nach sich ziehen. Die Brisanz der Situation scheint auch die Bevölkerung zu spüren. So steigt die Besorgnis hinsichtlich der **Welt- und Europapolitik** 2015 um drei Prozentpunkte auf aktuell 10%. Damit hat sich dieses Thema verglichen mit 2014 von Platz 9 auf Platz 5 nach vorne geschoben.

Die Gefährdung der wirtschaftlichen Beziehungen mit den europäischen Nachbarn könnte auch in Zusammenhang mit dem drastischen Anstieg der Sorge um die **wirtschaftliche Stabilität** stehen. 15% der Schweizer äußern sich dazu besorgt, dies entspricht fast einer Verdoppelung im Vergleich zum Vorjahr. Das Thema rückt damit von Platz 7 auf Platz 2 der Sorgenliste vor. Für 2014 geht die OECD noch von einem Wirtschaftswachstum von 2,0% aus. Allerdings dürfte auch die sprunghafte Aufwertung der Schweizer Währung im Januar 2015 dazu beigetragen haben, dass die Sorge um die wirtschaftliche Stabilität wächst. So prognostiziert die OECD für 2015 nur noch einen Zuwachs des BIP um 0,8%.



Nachdem die Schweizer Nationalbank den Mindestkurs pro Euro von 1,20 Franken aufgehoben hatte, kam es zu massiven Marktreaktionen, unter anderem ein Einbruch des Tourismus und der Exporte. Der Chef der Schweizer Nationalbank sieht angesichts der Konsequenzen aus der Aufwertung des Frankens eine längere Durststrecke für die Wirtschaft als unvermeidlich an.

Neben den dominierenden Sorgenthemen Zuwanderung bzw. Migration und Ökonomie, belegen die Arbeitslosigkeit und der Umweltschutz die Plätze 3 und 4 des Sorgenrankings. Unverändert wird 2015 die **Arbeitslosigkeit** von 11% der Bevölkerung als Herausforderung in der Schweiz gesehen. OECD-Daten zufolge lag die Arbeitslosenquote im Jahr 2014 bei 4,5% und ist damit im Vergleich zum Vorjahr um 0,15 Prozentpunkte gestiegen, stellt aber nach wie vor einen der niedrigsten Werte aller OECD-Länder dar. Über den **Umweltschutz** machen sich ebenfalls 11% Gedanken, damit stagniert die Besorgnis im Vergleich zum Vorjahr. Ende Januar 2015 veröffentlichte der Schweizer Bundesrat den aktuellen Umweltbericht, in welchem einerseits Erfolge bei der Bekämpfung von Schadstoffen in der Luft und im Wasser dargelegt werden. Andererseits ist aber auch die Rede von großen

Herausforderungen in der Klimapolitik, bei der Erhaltung der Biodiversität und bei der Beanspruchung natürlicher Ressourcen, wie z.B. der Versiegelung der Böden.

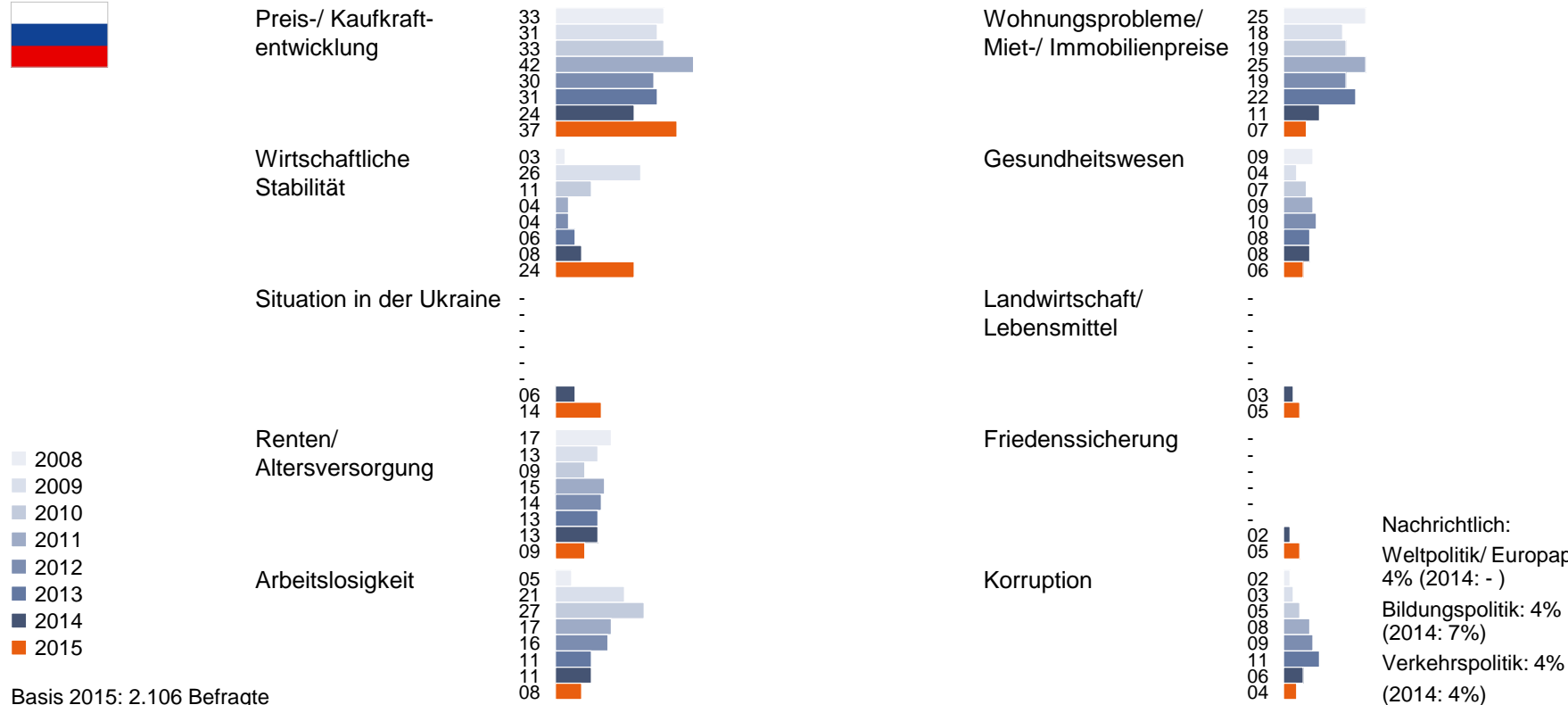
An Dringlichkeit verloren hat dagegen das **Gesundheitswesen**. Aktuell machen sich darüber 7% der Bevölkerung Sorgen, was vier Prozentpunkte weniger sind als im Jahr 2014. Gemäß des Euro Health Consumer Index 2014 rangiert das Gesundheitswesen der Schweiz weiterhin hinter den Niederlanden auf Platz 2 und zählt somit zu den besten in Europa.

Ähnlich besorgt wie über das Gesundheitswesen sind die Schweizer in diesem Jahr über die **Bildungspolitik**, die **Preis- und Kaufkraftentwicklung**, die **soziale Sicherung** und die **Familienpolitik**. Diese Themen bilden somit den Abschluss der schweizerischen Sorgenliste.

Insgesamt betrachtet liegt der Problemdruck in der Schweiz mit **1,7 genannten Themen** im unteren Drittel des Rankings, dessen Durchschnitt über alle Länder 2,2 geäußerte Probleme beträgt.

Russland /// Die Herausforderungen 2015

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Russland zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2015: 2.106 Befragte

Nachrichtlich:
 Weltpolitik/ Europapolitik: 4% (2014: -)
 Bildungspolitik: 4% (2014: 7%)
 Verkehrspolitik: 4% (2014: 4%)



Die Sorge um die **Preis- und Kaufkraftentwicklung** dominiert mit einem Anstieg von 24% auf 37% im Jahr 2015 das russische Problemranking. Noch im letzten Jahr ging die Inflationsangst merklich zurück. Grund für den Anstieg ist vor allem die explizite Sorge um die Stabilität der Währung (14%). Laut OECD lag die Inflationsrate 2014 bei 8% und stieg im ersten Quartal 2015 sogar auf 16%. Eine Ursache für den Wertverlust des russischen Rubels ist der niedrige Ölpreis. Der russische Staatshaushalt ist circa zur Hälfte abhängig von Öl- und Gasexporten. Zudem wird die russische Wirtschaft von den Sanktionen, die der Westen aufgrund des Ukraine-Konflikts gegen das Land verhängt hat, massiv unter Druck gesetzt. Diese Sanktionen richten sich gegen Personen, Unternehmen und Banken und umfassen unter anderem Export- und Importverbote sowie Kontensperrungen und Einreiseverbote. Aus diesen Gründen verzeichnete der Kurs des russischen Rubel einen dramatischen Absturz im Jahr 2014, der sich im Dezember zuspitzte. Um eine erhebliche Wertminderung zu vermeiden hob die russische Notenbank den Leitzins von 10,5% auf 17% an. Die russische Zentralbank sowie Experten gehen von einer weiteren

Verschlechterung der Lage aus, so dass sich die Bevölkerung 2015 auf weiter steigende Preise einstellen muss.

Die Rating Agentur Fitch stufte die Kreditwürdigkeit Russlands Anfang des Jahres 2015 denn auch herab und setzte die Prognose auf negativ. Dadurch befindet sich die Kreditwürdigkeit auf einem mit Indien oder der Türkei vergleichbaren Niveau. Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich die Sorge um die **wirtschaftliche Stabilität** 2015 auf 24% verdreifacht. Auch die Wachstumsprognosen für die kommenden Jahre sehen aktuell nicht gut aus: Es wird erwartet, dass das BIP im Jahr 2015 um knapp 4% sinken wird. Außerdem soll sich der Ölpreis auf dem Weltmarkt in den kommenden Jahren nur marginal erholen. Das bedeutet, dass sich das Land auf eine länger andauernde Wirtschaftskrise einstellen muss. Aufgrund der angespannten Situation in der Ukraine und des Ölpreisverfalls ziehen auch Investoren zunehmend Geld aus Russland ab, was die wirtschaftliche Lage weiter verschärft. Eine Verbesserung der Lage ist vorerst nicht in Sicht, da die Fronten zwischen dem Westen und Russland derzeit verhärtet erscheinen.



Wohl auch deshalb bleibt die **Situation in der Ukraine** weiterhin unter den expliziten Top-Themen auf der russischen Agenda. Die Besorgnis hat sich mit einem Anstieg von 6% auf 14% mehr als verdoppelt. Der anfängliche Konflikt entwickelte sich im Laufe des Jahres 2014 zu einem Konflikt zwischen ukrainischen Regierungstruppen und prorussischen Separatisten, der im Folgenden in einem kurzen Abriss dargestellt wird:

Nach der vom Westen nicht anerkannten Annexion der Halbinsel Krim verhängen die EU und die USA erste Sanktionen gegen Russland. Diese Maßnahmen werden im Laufe der Krise mehrfach verstärkt. Danach beginnt die Übergangsregierung in Kiew eine militärische Operation gegen prorussische Separatisten. Frankreich und Deutschland versuchen, die Konfliktparteien zum Dialog zu bewegen, was jedoch zu keiner Lösung führt. Die prorussischen Separatisten in Donezk und Lugansk sagen sich von Kiew los und gründen sogenannte Volksrepubliken. Poroschenko wird zum neuen ukrainischen Präsidenten gewählt. Eine Passagiermaschine wird über der Ostukraine vermutlich von einer Rakete getroffen. Kiew und die Separatisten machen sich gegenseitig für den Abschuss verantwortlich. Nach einer instabilen

Waffenruhe siegen bei den ukrainischen Parlamentswahlen proeuropäische Parteien deutlich. Die Wahl wird von den Separatisten boykottiert, sie veranstalten eigene Wahlen in der Ostukraine, die Kiew aber nicht anerkennt. Im Januar 2015 eskaliert der Konflikt, als in der Hafenstadt Mariupol viele Menschen durch den Raketenbeschuss von Wohnhäusern sterben. Es folgt eine weitere Waffenruhe im Februar 2015, die aber immer wieder von beiden Seiten gebrochen wird. Daraufhin versuchen die Staatschefs Merkel und Hollande erneut, die Krise durch diplomatische Initiativen zu lösen, was jedoch bisher keinen Erfolg brachte. Russland wird vorgeworfen, die Separatisten mit Waffen zu versorgen, was das Land jedoch weiterhin bestreitet. Auch diese Ereignisse dürften ursächlich dafür sein, dass die **Europapolitik** bzw. **Weltpolitik** mit 4% zum ersten Mal unter den nennenswerten Sorgen positioniert ist.

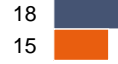
Vermutlich treten Themen wie die **Arbeitslosigkeit** oder die **Altersversorgung** durch die Dominanz der außenpolitischen Ereignisse derzeit etwas in den Hintergrund. Zwar liegen die beiden Bereiche noch auf den Plätzen 4 und 5, die Besorgnis geht aber jeweils zurück, und zwar auf 9% bzw. 8%.

USA /// Die Herausforderungen 2015

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in den USA zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



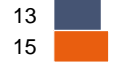
Wirtschaftliche
Stabilität



Terrorismus



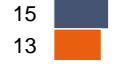
Gesundheitswesen



Staatsfinanzen



Politik/ Regierung



Bildungspolitik



Arbeitslosigkeit



Preis-/ Kaufkraft-
entwicklung



Zuwanderung/
Integration



Kriminalität



■ 2014
■ 2015

Basis 2015: 1.000 Befragte



Die USA zeigen 2015 zusammen mit den Niederlanden und Japan das niedrigste Sorgenniveau der Top-2-Herausforderungen. So sinkt die diesjährige Hauptsorge um die **wirtschaftliche Stabilität** um 3 Prozentpunkte auf 15%. Der weltweit stärksten Wirtschaftsmacht, die rund ein Fünftel des jährlichen Welteinkommens erwirtschaftet, gelingt es nach der Wirtschaftskrise 2009 im fünften Jahr in Folge den positiven Trend fortzusetzen. Laut OECD wurde in 2014, ähnlich wie in den Vorjahren, ein reales Wachstum des BIP um 2,4% gemessen. Damit fällt die Wachstumsrate zwar moderat aus, aber der Arbeitsmarkt konnte sich deutlich verbessern. In Kombination mit den niedrigen Energiepreisen steigt der private Konsum, traditionell die wichtigste Stütze der amerikanischen Volkswirtschaft, wieder an. Allerdings erwarten Experten, dass die US-Notenbank ab Mitte 2015 ihren im Zuge der Finanzkrise eingeführten Kurs des billigen Geldes schrittweise beenden wird.

Zunächst aber honorieren die Amerikaner die bessere Arbeitsmarktsituation. Das Thema **Arbeitslosigkeit** hat im Vergleich zum Vorjahr wieder an Dringlichkeit verloren: Lag die Sorge bei der erstmaligen Befragung der US-Bürger 2014 noch bei 23%,

drücken in diesem Jahr nur noch 11% ihre Besorgnis aus, so dass das Thema auf den vierten Rang abrutscht. Mit 5,6% im ersten Quartal 2015 nähert sich die Arbeitslosenquote dem Niveau vor der Finanzkrise im Jahr 2008 an und ist nach 7,4% in 2013 und 6,2% in 2014 aktuell spürbar gesunken.

Das **Gesundheitswesen** steht nach Platz 4 im letzten Jahr nun mit 15% auf Platz 2 der Sorgenliste. Im Gegenzug wird aber das für die USA spezifische Thema „ObamaCare“ nur noch von 2% genannt, nach zuletzt 4%. Diese zum Jahresende 2013 angelaufene Reform ermöglicht jedem US-Bürger den Abschluss einer staatlich geförderten medizinischen Basisversorgung. Der Großteil bleibt aber weiterhin über den Arbeitgeber versichert, was nicht nur wegen der eingeschränkten Flexibilität als Problem angesehen wird. Durch die Übernahme der Versicherung anstatt eines Gehalts gehen dem Staat zudem Steuereinnahmen verloren. Inzwischen wurden durch „ObamaCare“ bereits rund 8 Mio. Personen versichert, aktuell leben aber über 30 Mio. Amerikaner noch ohne eine Krankenversicherung. Dennoch bleibt die Reform umstritten, da nicht alle Amerikaner eine solche staatliche Regulierung befürworten.



Den dritten Rang belegt wie im Vorjahr der Themenkomplex um **Politik** und **Regierung** mit 13% (2014: 15%). Diese weiterhin relativ große Unzufriedenheit ist wohl auch auf die Uneinigkeit von Demokraten und Republikanern zurückzuführen. Ihrem Unmut über die Regierung der Demokraten und insbesondere über Präsident Obama machten die Wähler bei den Halbzeitwahlen am 4. November 2014 Luft, wobei es hier Tradition ist, die Partei des amtierenden Präsidenten „abzustrafen“. Doch die Republikaner erhielten damit neben der Mehrheit im Repräsentantenhaus auch die Senatsmehrheit, was dazu führt, dass die Demokraten keine Reformen und Gesetze mehr ohne Zustimmung der Republikaner durchbringen können.

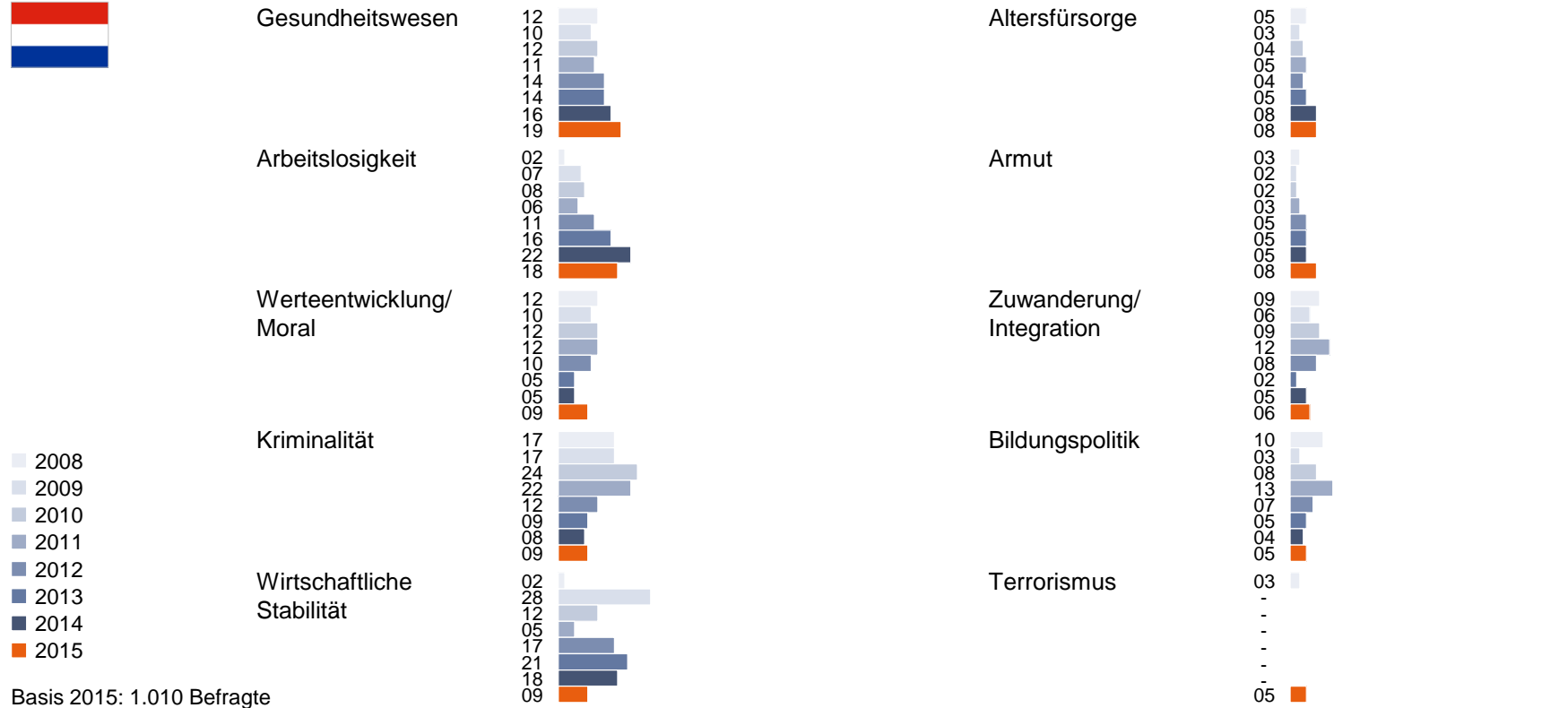
Zunehmenden Handlungsbedarf sehen die US-Bürger beim Kampf gegen den **Terrorismus**. Die Besorgnis darüber belegt mit 8% auf Anhieb Rang 6. Das dürfte an unterschiedlichen Ereignissen liegen: Ende 2014 sorgten Cyber-Attacken gegen das Filmstudio Sony Pictures für Aufruhr, bei denen große Mengen an Daten gestohlen und teilweise zum Download ins Internet gestellt wurden. Die Amerikaner beschuldigen Nordkorea, für den Anschlag verantwortlich zu sein. Auch der Vormarsch der Terrormiliz IS in

Syrien und im Irak wird als Bedrohung wahrgenommen, obwohl Anfang Februar 2015 von Außenminister Kerry zunächst erste Erfolge bei der Bekämpfung der Terroristen gemeldet wurden. Zudem fand während des Befragungszeitraums der Prozess gegen den überlebenden Attentäter des Boston-Marathons 2013 statt. Bei dem schlimmsten Terroranschlag in den USA seit 2001 kamen drei Menschen ums Leben und 260 wurden zum Teil schwer verletzt. Im April 2015 wurde der Schuldspruch verkündet und Anfang Mai schließlich die Todesstrafe verhängt.

Auch das Thema **Zuwanderung** und **Integration** hat im Vergleich zum Vorjahr an Bedeutung gewonnen und steigt um vier Prozentpunkte auf 10%. Im November letzten Jahres beschloss US-Präsident Obama ein höchst umstrittenes Dekret zur Einwanderungspolitik. Dieses sollte mehr als vier Millionen illegaler Einwanderer unter Erfüllung bestimmter Voraussetzungen ein befristetes Bleiberecht einräumen. Erst nach dieser Befragung - und nach breiter Diskussion in den Medien - wurde das Dekret per einstweiliger Verfügung gestoppt. Das Problem wird aber bleiben, da die Zuwanderung von Mexiko in die USA weltweit einen der größten Migrationsströme darstellt.

Niederlande /// Die Herausforderungen 2015

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in den Niederlanden zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2015: 1.010 Befragte



In den Niederlanden setzt sich 2015 die Besorgnis um das **Gesundheitswesen** an die Spitze der Herausforderungen. Seit Jahren steigt die Beunruhigung darüber an und erreicht mit einer weiteren Zunahme von 3 Prozentpunkten in diesem Jahr 19%. Der im Januar 2015 veröffentlichte Euro Health Consumer Index (EHCI) attestiert dem Land hingegen erneut den ersten Platz im Vergleich von 36 europäischen Ländern. In der Studie werden als Schwachstellen lediglich die teilweise langen Wartezeiten auf einen Facharzttermin sowie die als nicht ausreichend angesehenen Bemühungen zur Bekämpfung des Rauchens angeführt. Offensichtlich bewerten die Niederländer ihr Gesundheitssystem aber nicht genauso positiv. Das könnte mit dem laufenden Reformprozess zusammenhängen, der immer wieder für Kritik sorgt. Kurz vor Weihnachten 2014 drohte etwa eine Kabinettskrise, weil ein von Gesundheitsministerin Schippers eingebrachtes Gesetz knapp scheiterte. Damit sollte die freie Arztwahl weiter eingeschränkt werden, um Kosten zu sparen. Kritiker monieren, dass die Krankenkassen, die laut der Reform künftig den Arzt aussuchen sollten, durch die Neuerung noch mehr Einfluss

bekommen hätten. Bereits jetzt dominieren vier Versicherungen 90% des niederländischen Marktes. Nun muss der Gesetzentwurf binnen eines halben Jahres angepasst werden. Das dürfte ebenso zur gestiegenen Verunsicherung beigetragen haben wie die am 1. Januar 2015 in Kraft getretenen Gesetze: Diese beinhalten neben weiteren Budgetkürzungen auch eine Verschiebung der Verantwortlichkeiten für einige Aufgaben von der Landesebene hin zu lokalen Ämtern. Die Medien berichten fast täglich von Problemen bei der Umstellung, etwa dass Fahrdienste ausfallen oder Gelder nicht oder verzögert ausgezahlt werden. Auch die Auswirkungen der Budgetkürzungen im Pflegebereich werden diskutiert: So kritisiert der Dutch Health Care Performance Report 2014 – ein Bericht über Qualität, Zugang und Kosten der Gesundheitsversorgung, dass die Anzahl an Bürgern, die aufgrund von finanziellen Barrieren keinen Zugang zum Gesundheitssystem erhalten, seit 2010 ansteigt – mit noch nicht absehbaren Folgen. Es bleibt abzuwarten, wie die noch ausstehenden Reformen von den Bürgern wahrgenommen und bewertet werden.



Bei der Sorge um die **Arbeitslosigkeit** zeigt sich möglicherweise ein Wendepunkt: Diese Sorge ist seit der Wirtschaftskrise stetig angestiegen und erreichte im letzten Jahr mit 22% den höchsten Wert seit Studienbeginn. 2015 jedoch zeigt sich die Besorgnis mit 18% erstmals wieder leicht rückläufig und belegt aktuell Platz 2 der Rangfolge. Betrachtet man die tatsächliche Entwicklung am Arbeitsmarkt, so ist 2014 insgesamt noch einmal ein kleiner Anstieg der Arbeitslosenquote auf 7,4% sichtbar, aber im Jahresverlauf fiel die Quote stetig nach unten und lag im Dezember 2014 bei 7,2%. Wenn auch das Niveau für niederländische Verhältnisse immer noch hoch ist, so steht die leicht gesunkene Besorgnis um die Arbeitslosigkeit möglicherweise auch in Zusammenhang mit der jüngsten positiven Wirtschaftsentwicklung: Schrumpfte laut Eurostat das BIP noch in den Jahren 2012 (-1,6%) und 2013 (-0,7%), so wurde im Jahr 2014 erstmals wieder ein Wachstum erreicht. Experten führen als Gründe dafür insbesondere den Export, steigende Verkaufszahlen im Einzelhandel sowie die Erholung auf dem Immobilienmarkt an. Die Erleichterung der Bürger über die wirtschaftliche Entwicklung

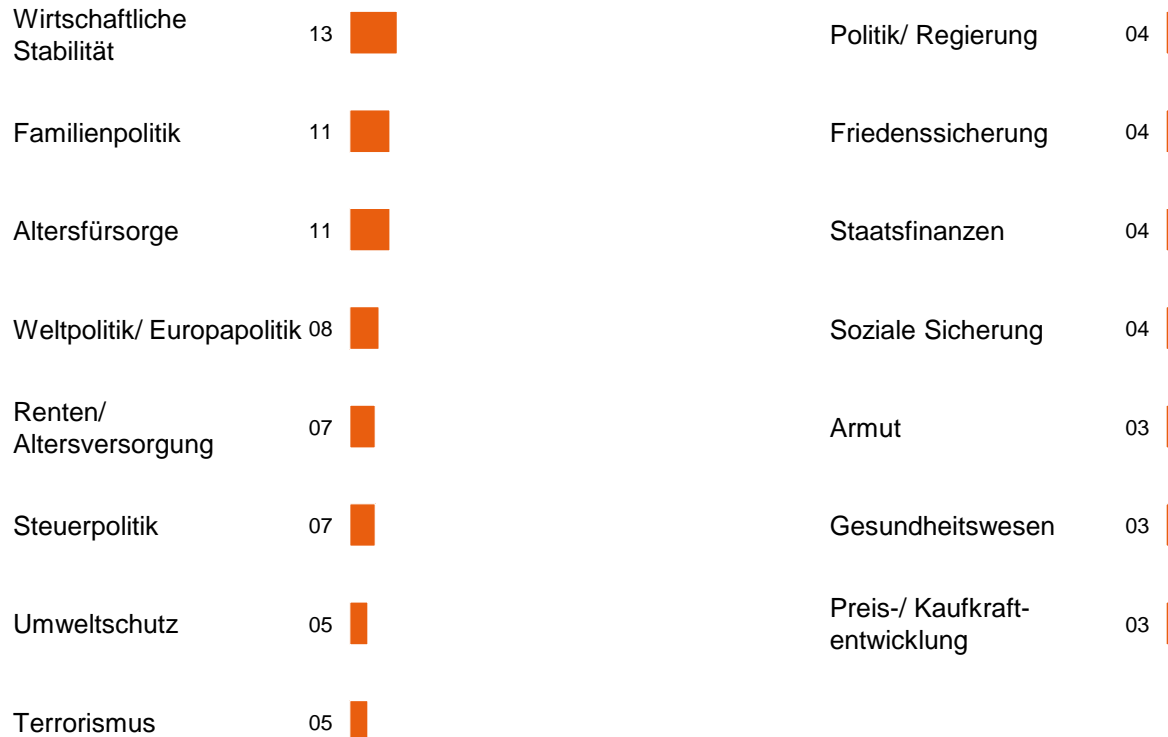
lässt sich an den Ergebnissen der Studie ablesen: Die Sorge um die **wirtschaftliche Stabilität** halbiert sich von 18% auf 9% und steht nach Platz 2 im Vorjahr aktuell nur auf dem fünften Rangplatz der Sorgenliste.

Wenig verändert präsentiert sich hingegen der Ruf nach der Bekämpfung der **Kriminalität**: Das Thema belegt mit 9% erneut Rang 4 (+1 Prozentpunkt) und steht in der Rangliste der Herausforderungen damit nur knapp hinter dem Themenkomplex um **Werteentwicklung** und **Moral**. Hier zeigt sich wieder ein verhältnismäßig starker Anstieg der Besorgnis von 5% auf 9%, nachdem das Thema in den letzten beiden Jahren weniger im Fokus der Bürger lag. Diese Entwicklung hängt möglicherweise auch mit der ebenfalls gestiegenen Sorge in Bezug auf den **Terrorismus** zusammen: Das Thema reiht sich mit 5% der Antworten zum ersten Mal seit Studienbeginn in die Top 10 ein. Ähnlich wie in anderen Ländern auch, spielt hier offensichtlich die Verunsicherung der Bevölkerung über die Anschläge in Paris, Kopenhagen und den versuchten Anschlag im nah gelegenen belgischen Verviers eine Rolle.

Japan /// Die Herausforderungen 2015

Top 15

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Japan zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis: 1.200 Befragte



Der Blick auf die japanischen Ergebnisse verrät vor allem eines: Es gibt kaum – geäußerte – Probleme. Doch wie ist das zu interpretieren? Gemäß den gesellschaftlichen Konventionen in Japan ist es nicht üblich, Kritik, Ärger oder Besorgnis offen und direkt zu äußern. Dies drückt sich in vielen Erhebungen in einem hohen Anteil von „keine Angabe“-Antworten aus. Im Rahmen der völlig offenen Abfrage dieser Studie sind es sogar 39% – der mit Abstand höchste Anteil über alle untersuchten Länder. Daher lohnt sich in diesem Fall ein näherer Blick auf diese Gruppe: So zeigt sich, dass Japaner in ländlichen Regionen und auch Frauen etwas zurückhaltender sind. Am meisten verweigern jedoch Teenager und Personen mit geringerer Bildung die Antwort. Neben 2% der Befragten, denen spontan keine Probleme einfallen, sehen aber dennoch 59% Handlungsbedarf in Japan.

Die **wirtschaftliche Stabilität** belegt in Japan Platz 1 der Sorgenliste, 13% der Bürger sind beunruhigt. Nach den USA und China ist Japan weiterhin die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt und das BIP pro Kopf ist damit global eines der höchsten. 2013 ist das BIP laut OECD um 1,6% zum Vorjahr gewachsen, 2014 hat sich die Wirtschaft allerdings mit -0,1% leicht rückläufig entwickelt. Nach früheren Rekordzuwächsen ist die Wirtschaft bereits seit

Anfang der 1990er Jahre verhaltener gewachsen und hat sich noch nicht von den Rückschlägen der letzten Jahre erholt. Die Folgen der globalen Wirtschaftskrise und des Tsunami 2011 sowie der Atomkatastrophe durch das zerstörte Kernkraftwerk in Fukushima sind weiterhin noch spürbar. Doch für den wirtschaftlichen Einbruch 2014 ist laut Experten auch die Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1. April 2014 von 5% auf 8% verantwortlich, da dadurch die Binnennachfrage zurückgegangen ist. Vermutlich auch deshalb äußern 7% der Japaner Unmut über die **Steuerpolitik** (Platz 6).

Zur Bekämpfung der anhaltenden Deflation und damit zur Verbesserung der Wirtschaftslage wurde 2013 eine als „Abenomics“ bezeichnete Mischung aus milliardenschweren Konjunkturprogrammen, einer lockeren Geldpolitik und Struktur-reformen eingeleitet. Die Maßnahmen sind zwar umstritten, haben die Wiederwahl des Ministerpräsidenten Abe bei den vorgezogenen Neuwahlen im Dezember 2014 aber nicht verhindert. Der Grund für diese Bestätigung der bisherigen Politik kann allerdings auch an einer schwachen Opposition gelegen haben. Kritik an der **Politik** und der **Regierung** üben in Japan 4% der Bürger, damit findet sich das Thema auf dem neunten Rang.



Herausforderungen, die sich auf den demografischen Wandel beziehen belegen insgesamt drei der vordersten fünf Plätze in Japan. Mit jeweils 11% der Nennungen rangieren die **Familienpolitik**, wobei hier vor allem die Kinderlosigkeit genannt wird, und die **Altersfürsorge** auf den Plätzen 2 und 3. Tatsächlich ist die Alterung der Bevölkerung so weit fortgeschritten wie in keinem anderen Land. Seit dem Geburteneinbruch in den 1970er Jahren hat sich die Zahl der Neugeborenen halbiert und die Bevölkerung schrumpft: Hat Japan derzeit noch 127 Mio. Einwohner, so werden es nach aktuellen Berechnungen im Jahr 2060 nur noch 87 Mio. sein. Die Politik versucht der niedrigen Geburtenrate entgegen zu wirken, indem Drei-Kinder-Familien propagiert und unterstützt werden. Zunächst einmal fehlen aber Arbeitskräfte in verschiedenen Branchen und, bedingt durch die zunehmende Alterung, bald auch in der Pflege. Schätzungen zufolge werden im Jahr 2020 rund 400.000 zusätzliche Pflegekräfte benötigt. Da überrascht es kaum, dass in Japan, das in der Robotik führend ist, bereits Pflegeroboter entwickelt werden, die die betreuungsbedürftigen Menschen sogar zu Ballspielen animieren – zumal andere Lösungsansätze für die

Personalknappheit, wie etwa die Zuwanderung aus anderen asiatischen Ländern, in der Öffentlichkeit eher negativ diskutiert werden.

Eine weitere Folge des Alterungsprozesses sind steigende Ausgaben für Pflege und Renten. Das Thema **Renten** und **Altersversorgung** beunruhigt 7% der Japaner, was Platz 5 bedeutet. Das Renteneintrittsalter wurde im April 2013 von 60 auf 61 Jahre erhöht und bis 2025 soll es weiter schrittweise auf 65 Jahre angehoben werden. Anders als in vielen anderen Industrieländern hat die Mehrheit der Arbeitskräfte Japans aber ein Interesse, über die festgesetzte Altersgrenze hinaus zu arbeiten. Der Eintritt in die Rente liegt bereits jetzt schon deutlich über der offiziellen Altersgrenze. Dies liegt auch daran, dass vielen die reguläre Rente zur Abdeckung der hohen Lebenshaltungskosten nicht reichen würde. So lebt laut OECD einer von fünf Japanern über 65 Jahre in sogenannter Einkommensarmut.



Ein weiteres geäußertes Thema betrifft die Außenpolitik. Japan beteiligt sich im Rahmen der UN an Einsätzen zur Friedenssicherung und zur Katastrophenhilfe. Mitte Januar 2015 hatte die Regierung zugesagt, den Kampf gegen die Terrormiliz IS finanziell zu unterstützen. Kurz darauf wurden zwei japanische Geiseln von den Terroristen getötet. Auf diese Weise rückt das Land in das Zentrum globaler Konflikte, was es über Jahrzehnte zu vermeiden versuchte. Demnach machen sich auch die Bürger Gedanken über die **Außen- bzw. Weltpolitik**, die mit 8% den vierten Rang belegt, und fordern explizit auch die Bekämpfung des **Terrorismus** (5%, Rang 8).

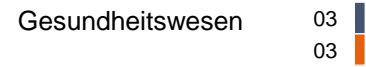
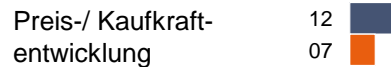
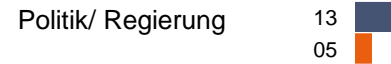
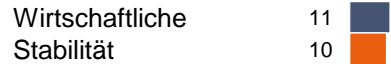
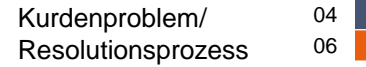
Die **Friedenssicherung** nennen explizit 4% der Japaner, was allerdings andere Gründe haben dürfte: Im Juli 2014 wurde der Pazifismusgrundsatz in der Verfassung dahingehend geändert, dass künftig das Recht auf „kollektive Selbstverteidigung“ besteht. Dafür wurden die Restriktionen für Einsätze der Selbstverteidigungstreitkräfte gelockert und im Januar 2015 ein weiteres Mal der Verteidigungsetat erhöht. Daraufhin kam es zu Protesten beider Seiten, also der Gegner und der Befürworter eines solchen

verstärkten militärischen Engagements.

Japan ist ein rohstoffarmes Land und bei der Energieversorgung stark abhängig von Importen. Mit dem Ausstieg aus der Atomenergie, der nun übrigens wieder zurückgenommen werden soll, müssen seit 2011 fossile Brennstoffe verstärkt importiert werden, woraus sich unter anderem Rekorddefizite in der Handelsbilanz ergeben. Trotz der wirtschaftlichen Vorteile ist der Wiedereinstieg in die Kernenergie umstritten, laut Umfragen sprechen sich bis zu 80% der Bevölkerung dagegen aus. In der vorliegenden Untersuchung nennen 5% den **Umweltschutz** als dringend zu lösende Aufgabe (Platz 7), wobei 3% explizit die Nutzung der Atomenergie ablehnen.

Türkei /// Die Herausforderungen 2015

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in der Türkei zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



■ 2014
■ 2015

Basis 2015: 1.235 Befragte



Mit nur 1,1 offen geäußerten Problemen liegt die Türkei auf dem vorletzten Platz des internationalen Rankings, was den Grad der Besorgnis angeht. Den ersten Platz belegt dabei, ebenso wie 2014, die Besorgnis über die **Arbeitslosigkeit** mit weiterhin 30%. Auch die Arbeitslosenquote bleibt hoch, sie ist nach Angaben der OECD von 8,7% in 2013 auf 10,0% in 2014 gestiegen. Die Jugendarbeitslosigkeit verzeichnete 2014 mit 17,8% den höchsten Stand seit dem Jahr 2010. Vor allem auf dem Land ist die Situation schwierig, so dass viele auf der Suche nach Arbeit in die Städte abwandern. Die Regierung plant einige Maßnahmen um dem entgegen zu wirken, wie zum Beispiel eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, eine Fort- und Weiterbildungsoffensive für Fachkräfte sowie eine Verbesserung der beruflichen Ausbildung. So hofft man, damit in den nächsten Jahren 1,5 Mio. neue Arbeitsplätze zu schaffen.

In der Türkei lohnt sich der Blick auf ein Thema, das im letzten Jahr mit 17% noch auf Rang 2 lag, aktuell aber kaum mehr Relevanz für die Bürger hat. Über die **Korruption** machen sich nur noch 1% der Türken Gedanken. Transparency International zufolge aber wird Korruption stärker wahrgenommen: Der CPI ist von 50 Punkten in 2013 auf 45 Punkte in 2014 gesunken, was eine

Zunahme der Korruption bedeutet. Verantwortlich hierfür wird die politische Lage in der Türkei gemacht, vor allem die Einschränkung der Meinungsfreiheit durch die Regierung Erdogan nach den Protesten im Gezi-Park.

Die geäußerte Kritik an der **Politik** bzw. der **Regierung** ist ebenfalls zurückgegangen, und zwar um acht Prozentpunkte auf 5%. Das politische Klima hatte sich aber zum Befragungszeitpunkt bereits geändert: Die regierende AKP hatte bei den letzten drei Parlamentswahlen zwar die absolute Mehrheit errungen, doch bereits vor der Parlamentswahl im Juni 2015 haben Meinungsumfragen ergeben, dass die pro-kurdische Partei HDP an Rückhalt in der Bevölkerung gewinnt. Die HDP konnte dann mit 12% der Stimmen ins Parlament einziehen, wo sie nun die vierstärkste Kraft bildet. Die AKP erreichte nur 41% und verlor damit die absolute Mehrheit. Dabei hatte der erst 2014 im Amt bestätigte Regierungschef Erdogan das Ziel, mit seiner Partei AKP eine Zwei-Drittel-Mehrheit zu erreichen. Diese hätte für eine Verfassungsreform ausgereicht, mit dem Ziel, in der Türkei zukünftig ein Präsidialsystem einzuführen. Möglicherweise hat die Regierung Erdogan aber auch die Quittung für die sich verschlechternde ökonomische Entwicklung erhalten.



Die Sorge um die **Bildungspolitik** entwickelt sich leicht rückläufig, belegt aber mit 13% Platz 2 der Sorgenliste. Die türkische Bevölkerung ist sehr jung – etwa ein Viertel ist im schulpflichtigen Alter – somit ist der Bildungssektor für die weitere Entwicklung des Landes zentral. Aufgrund des Fehlens eines betrieblichen Ausbildungssystems herrscht starker Andrang an den Universitäten, aber nur etwa 40% der Bewerber erhalten einen Studienplatz. Außerdem werden von der Opposition und den Lehrgewerkschaften einige Reformen des Bildungssystems der letzten Jahre kritisiert, die als Islamisierung bewertet werden: Zum einen können die Prediger- oder Imam-Hatip-Schulen nun schon ab der Mittelstufe, und nicht wie früher erst ab der Oberstufe besucht werden. Zum anderen wurde 2014 das Kopftuchverbot an Schulen, das auf eine Reform des Staatsgründers Atatürk zurückgeht, aufgehoben.

Die Sorge über die **wirtschaftliche Entwicklung** liegt mit aktuell 10% auf Rang 3. Die türkische Regierung musste die ursprüngliche Wachstumserwartung von 4% im Lauf des Jahres 2014 nach unten korrigieren, der OECD zufolge wuchs die Wirtschaft 2014 nur noch um 2,9%. Auch für 2015 zeichnet sich ab,

dass das Wachstum geringer als erwartet ausfallen dürfte. Angesichts früherer Wachstumsraten um die 9% in den Jahren 2010 und 2011 kann dies Anlass zur Beunruhigung sein. Für die Abkühlung der Konjunktur gibt es verschiedene Gründe, etwa den schwachen Export oder geringere ausländische Investitionen. Auch wird etwa politischer Druck auf die Notenbank ausgeübt, was Zweifel an deren Unabhängigkeit nährt. Denn eigentlich wollte die Notenbank bereits 2014 die Leitzinsen erhöhen, um die hohe Inflation von 8,9% in 2014 zu bekämpfen. Über die Entwicklung der **Preise** und der **Kaufkraft** machen sich derzeit aber nur noch 7% Gedanken, nach 12% im Vorjahr. Möglicherweise spielen hier die niedrigeren Ölpreise im Jahr 2014 und 2015 eine Rolle, von denen die Türkei als Importeur profitiert.

Die Sorge um den **Terrorismus** bleibt im Vergleich zu 2014 ebenfalls konstant bei 10%. Hier spielt sicherlich die geographische Nähe zu dem Vormarsch der Terrormiliz IS im angrenzenden Syrien eine wichtige Rolle. Zudem trifft der Terror inzwischen auch die Türkei selbst: Anfang 2015 wurde in Istanbul ein Selbstmordanschlag verübt, der dem IS zugerechnet wird.

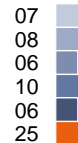
Schweden /// Die Herausforderungen 2015

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Schweden zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



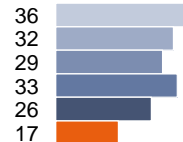
Zuwanderung/
Integration

07
08
06
10
06
25



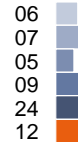
Arbeitslosigkeit

36
32
29
33
26
17



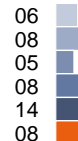
Bildungspolitik

06
07
05
09
24
12



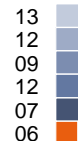
Gesundheitswesen

06
08
05
08
14
08



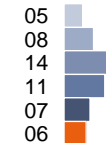
Umweltschutz

13
12
09
12
07
06



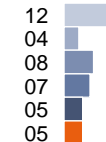
Jugendarbeitslosigkeit

05
08
14
11
07
06



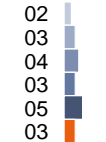
Wirtschaftliche
Stabilität

12
04
08
07
05
05



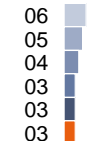
Altersfürsorge

02
03
04
03
05
03



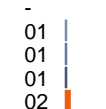
Soziale Sicherheit

06
05
04
03
03
03



Weltpolitik/ Europapolitik

-
01
01
01
02



Basis 2015: 1.000 Befragte

Nachrichtlich:
Armut: 2%
(2014: 0%)
Politik/ Regierung: 2%
(2014: 2%)



In Schweden herrscht mit nur einer genannten Herausforderung im Vergleich der 22 Länder auch 2015 der geringste Problemdruck. Das Thema **Zuwanderung und Integration** steht nun an der Spitze der schwedischen Sorgenliste: Mit aktuell 25% hat sich der Wert gegenüber 2014 vervierfacht und nimmt nun anstelle der Besorgnis um die Arbeitslosigkeit den ersten Platz ein. Die Gründe für die wachsende Beunruhigung sind vielfältig. Das skandinavische Land nimmt bereits seit mehreren Jahren gemessen an der Einwohnerzahl europaweit die meisten Flüchtlinge auf. 2014 waren es rund 9 Asylbewerber je 1.000 Einwohner, in Deutschland lag der Schlüssel mit 2,5 deutlich niedriger. Diese Tatsache hatte in den letzten Jahren aber noch nicht zu einer derart hohen Beunruhigung geführt. Doch nun steigen die Flüchtlingszahlen weiter an und die Stimmung im Land scheint sich zu verändern. Ein Anzeichen hierfür ist auch das Wahlergebnis vom Herbst 2014, bei dem die rechtspopulistischen Schwedendemokraten ein Ergebnis von 13% erzielten. Die Schwedendemokraten haben sich zum Ziel gesetzt, die bisher sehr liberale Einwanderungspolitik des Landes zu verändern und die Zuwanderung zu begrenzen. Angesichts des Anstiegs der Flüchtlingszahlen

plädieren aber auch die Christdemokraten für eine Neuausrichtung der Asylpolitik. In einem vorgeschlagenen Drei-Punkte-Plan soll unter anderem der bisher unbegrenzte Aufenthaltsstatus in einen auf drei Jahre befristeten Aufenthalt umgewandelt werden. Dadurch erhofft man sich die Abschwächung sogenannter Pull-Effekte, d.h. dass Asylsuchende sich ein bestimmtes Land allein deshalb aussuchen, weil dort andere Regeln gelten. In den meisten anderen europäischen Staaten erhalten Asylbewerber keine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung. Der Christdemokraten-Chef Hägglund verspricht sich davon eine gleichmäßigere Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der EU.

Möglicherweise ist in diesem Zusammenhang auch die Sorge um die **Europa- und Weltpolitik** zu sehen: 2% der Schweden zeigen sich darüber beunruhigt, das bedeutet erstmals einen Platz unter den Top 10. Die Debatte um das Thema Zuwanderung angeheizt haben außerdem Vorschläge der Sozialdemokraten, IS-Extremisten sollten nach ihrer Rückkehr nach Schweden mehr Hilfe bei der Integration erhalten. Dies verursachte einen Aufschrei in den schwedischen Medien.



Es bleibt abzuwarten, wie die Politik dieser offensichtlich drängenden Sorge und den voraussichtlich weiter steigenden Flüchtlingszahlen im Jahr 2015 begegnen wird.

Der rückläufige Trend der letzten Jahre hinsichtlich der Sorge um die **Arbeitslosigkeit** setzt sich weiter fort: Die Besorgnis nimmt um 9 Prozentpunkte ab und liegt nun bei 17%. Das ist der niedrigste Wert seit Studienbeginn 2010, als sich mehr als doppelt so viele Bürger über den Arbeitsmarkt sorgten (36%). Damals lag laut OECD die offizielle Arbeitslosenquote bei 8,6%, ein Rekordwert für das einstige Musterland Schweden. Seitdem liegt die Arbeitslosigkeit relativ konstant auf 8%-Niveau, im Jahr 2014 bei 7,9%. Experten gehen aber davon aus, dass die Quote nur sehr langsam sinken wird, weil die Zahl der Erwerbsfähigen aufgrund der derzeitigen Einwanderungspolitik weiter zunimmt.

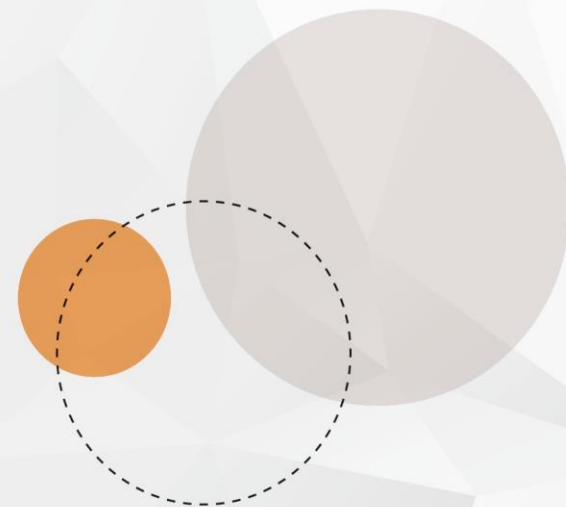
Die **Bildungspolitik** verliert 2015 wieder an Brisanz. Nachdem im vergangenen Jahr die Bildung für jeden vierten Schweden ein Problemfeld darstellte, sind es in diesem Jahr lediglich 12% der Bevölkerung, das bedeutet aktuell Rang 3. Im Vorfeld der letzt-

jährigen Befragung hat die Veröffentlichung der Pisa-Ergebnisse eine breite öffentliche Debatte in Schweden ausgelöst, doch derzeit scheint das Top-Thema Zuwanderung und Integration andere Probleme in den Hintergrund zu drängen.

Das zeigt sich auch bei der einen Rangplatz dahinter platzierten Sorge um das **Gesundheitswesen**. Sie sinkt um 6 Prozentpunkte auf 8% und spiegelt somit das Niveau von 2013 wider. Der im Januar 2015 veröffentlichte Euro Health Consumer Index Report 2014 zeigt keine Verbesserung zu 2013. In dem Bericht werden die – trotz der Bemühungen der Regierung – weiterhin langen Wartezeiten auf einen Arzttermin kritisiert. Diese scheinen vor allem in der Kombination mit den hohen Ausgaben für das Gesundheitssystem schwer verständlich, so dass das Budget etwas polemisch als „Queue-Billions“ bezeichnet wird.

Auf Platz 5 befindet sich mit 6% das Problemfeld **Umweltschutz**. Das ist der niedrigste Wert für dieses Thema seit Studienbeginn 2010.

Netzwerkanalyse zu Zuwanderung und Integration in D/A/CH



Die Untersuchung von Twitter zum Thema Integration und Zuwanderung im Zeitraum 4. Mai bis 7. Juni 2015 zeigt, dass Textbeiträge auf Twitter (sog. Tweets) zu etwas mehr als einem Drittel in einem Wortlaut formuliert wurden, der **pro Zuwanderung und Integration** einzuordnen ist. Etwas weniger als ein Drittel ist in einer Weise formuliert, der in Richtung **kontra** Zuwanderung und Integration weist. Es ist nicht auszuschließen, dass dabei auch Texte zu finden sind, die eine „Kontra-Meinung“ nur plakativ zitieren oder ironisch bzw. sarkastisch formulieren.

Unter den vordefinierten neun Themen wurde im Untersuchungszeitraum am meisten über die **Themen Zivilgesellschaft und institutionelle Politik** getweetet. Ersteres umfasst eine Vielzahl an Tweets, die mit den **Hashtags** (=Verschlagwortung, um Tweets auffindbar zu machen) „**Pegida**“, „**Nogida**“, „**No Pegida**“ etc. von den Autoren selbst gekennzeichnet wurden. Unter das Thema institutionelle Politik fallen eine große Zahl an **Nachrichtenmeldungen**. Davon zeugt auch der hohe Anteil neutraler Meldungen in dieser Themenkategorie.

Kern der Studie ist eine Segmentierung des Netzwerks aus

Twitter-Nutzeraccounts. Die Clusteranalyse ergibt acht größere Segmente: „Twitteria“, „Massenmedien“, „Linke“, „Nonkonformisten“, „Österreich“, „Netizens“, „Teenies“ und „Schweiz“. Das Segment mit den meisten Twitter-Accounts besteht wenig überraschend aus ganz normalen Nutzern, die sich selten politisch äußern und ihre privaten Interessen in den Vordergrund stellen („Twitteria“). Nichtsdestotrotz haben sich alle zugehörigen Accounts im Untersuchungszeitraum mind. einmal zum Thema Zuwanderung & Integration geäußert. Die vier aus Sicht des Untersuchungsteams interessantesten Segmente werden näher untersucht, nämlich „**Massenmedien**“, „**Linke**“, „**Nonkonformisten**“ und „**Österreich**“. Auf der Suche nach einer Gruppe mit vorwiegender „Kontra-Haltung“ ist das Segment „Nonkonformisten“ zu Tage getreten. Dieses zeichnet sich nicht nur durch eine überwiegend negative Einstellung zur Aufnahme von Flüchtlingen, Akzeptanz von Personen mit Migrationshintergrund und anderen Religionen und Kulturen aus. Viel mehr ist dieses Segment davon geprägt, dass deren Nutzer die „Wahrheit“ für sich reklamieren und im publizistischen, politischen und wirtschaftlichen Mainstream die „Lüge“ sehen.

Methode	<ul style="list-style-type: none">▪ Netzwerkanalyse auf Twitter im deutschsprachigen Raum▪ Clusteranalyse zur Identifikation von Akteursgruppen
Erhebungszeitraum	4. Mai bis 7. Juni 2015
Themenkategorien	Vorgegebene Kategorien: Sicherheit & Kriminalität, Wirtschaft & Arbeit, Sozialstaat & Sozialsystem, Kultur & Religion, Lebensbedingungen, Ethik & Moral, Zivilgesellschaft & nicht-institutionelle Politik, institutionelle Politik, Ideologie
Kodierte Tweets	1.500 von einer Grundgesamtheit von insg. 49.985 Tweets
Kodierte Artikel bzw. Dokumente	500 von einer Grundgesamtheit von insgesamt 10.567 Artikeln bzw. Dokumenten

Der Bericht Challenges of Nations zeigt in diesem Jahr in einigen Ländern eine **höhere Bedeutung des Themenkomplexes Zuwanderung und Integration** im Vergleich zum Vorjahr. Insbesondere in den Ländern Deutschland, Österreich, Schweiz, Italien und Schweden ist die Besorgnis der Bevölkerung zu diesem Thema stark gestiegen. In Deutschland, der Schweiz und Schweden steht diese Sorge gar an erster Stelle.

Diese Entwicklung bietet den Anlass, sich das Thema Zuwanderung und Integration in einer Zusatzstudie genauer anzusehen. Während der Bericht der Challenges of Nations die Meinung der Bevölkerung widerspiegelt, beleuchtet die vorliegende Sonderanalyse die „**veröffentlichte**“ **Meinung im Internet**. Wie äußern sich also Medien, Parteien, Institutionen, Vereine und andere Gruppen sowie natürlich auch Privatpersonen in der Öffentlichkeit des Internets? Durch die starke Bedeutung des Themas in den Ländern Deutschland, Österreich und Schweiz bietet sich eine Analyse des deutschsprachigen Raums im Internet an.

Das Internet eröffnet die Möglichkeit, „hinter die Kulissen“ zu blicken und zu verstehen wie Medien, Gruppen etc. zusammenhängen. Hier bietet Twitter eine geeignete Plattform. Die Untersuchung zielt also darauf ab, **Netzwerkstrukturen sichtbar zu machen**.

Die Zusatzstudie widmet sich somit den Fragen, wie die deutschsprachige Öffentlichkeit auf Twitter zum Thema Zuwanderung und Integration strukturiert ist und insbesondere welche **Akteursgruppen** sich ausmachen lassen. Wie lassen sich diese Gruppen politisch-ideologisch unterscheiden? Wie groß sind diese Gruppen und ihr Publikum auf Twitter? Darüber hinaus werden die Meinungsführer bzw. die wichtigsten Player zu diesem Thema identifiziert. Welche Medien sind für die Kommunikation zu den Themen Zuwanderung und Integration für die verschiedenen Akteursgruppen relevant? Nicht zuletzt richtet die Analyse einen Blick auf die Inhalte der Debatte: Welche Themen lassen sich in der öffentlichen Diskussion zu Zuwanderung und Integration differenzieren?

Twitter hat sich in den letzten Jahren auch im deutschsprachigen Raum als **relevantes Kommunikationssystem für den politischen und gesellschaftlichen Diskurs** etabliert. Dabei sind neben politisch interessierten Bürgern auch Politiker, Parteien, Journalisten, Medien, Experten, Institutionen, politische Aktivisten und zivilgesellschaftlichen Initiativen aktiv, die Twitter als Teil ihres täglichen Informations- und Kommunikationsrepertoires nutzen. Wie andere soziale Medien ermöglicht es Twitter jedem Nutzer, seine persönliche Meinung zum politischen Tagesgeschehen zu veröffentlichen, Links zu interessanten Onlineinhalten zu teilen, sich mit Gleichgesinnten zu vernetzen und auszutauschen oder mit dem politischen Gegner auseinander zu setzen.

Durch die hohe Zahl der **auf Twitter aktiven Multiplikatoren** aus Politik, Journalismus und Zivilgesellschaft sowie der Funktion des Dienstes als **Verteilungssystem für Medieninhalte** unterschiedlichster Herkunft, sind die ebendort geführten Debatten auch für den öffentlichen Diskurs als Ganzes von wesentlicher Bedeutung. Die wissenschaftliche Untersuchung politischer Kommuni-

kation auf Twitter kann so Aufschluss über aktuelle Themen und Strukturen der Öffentlichkeit aus einer spezifischen Perspektive liefern.

Genau diesen Ansatz verfolgt die vorliegende Studie im Kontext der gesellschaftlichen Debatte zu Migration, Integration und Asyl. Der gewählte Forschungsansatz verknüpft dabei die Ebene der Themensetzung mit jener der Verknüpfungsstrukturen zwischen den Nutzern. Erstere zielt auf die Frage ab, worüber gesprochen wird, letztere darauf, wer mit wem im Austausch steht und welche sozio-politischen Segmente sich dabei ausmachen lassen. In der Verknüpfung dieser beiden Ansätze liefert die vorliegende Studie reichhaltige Erkenntnisse darüber, welche Themen von den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen aufgegriffen werden sowie ob und in welcher Form sie den Themen Immigration und Integration positiv oder negativ gegenüberstehen.

D/A/CH /// Netzwerkanalyse

Methode: Vorgegebene Themenkategorien

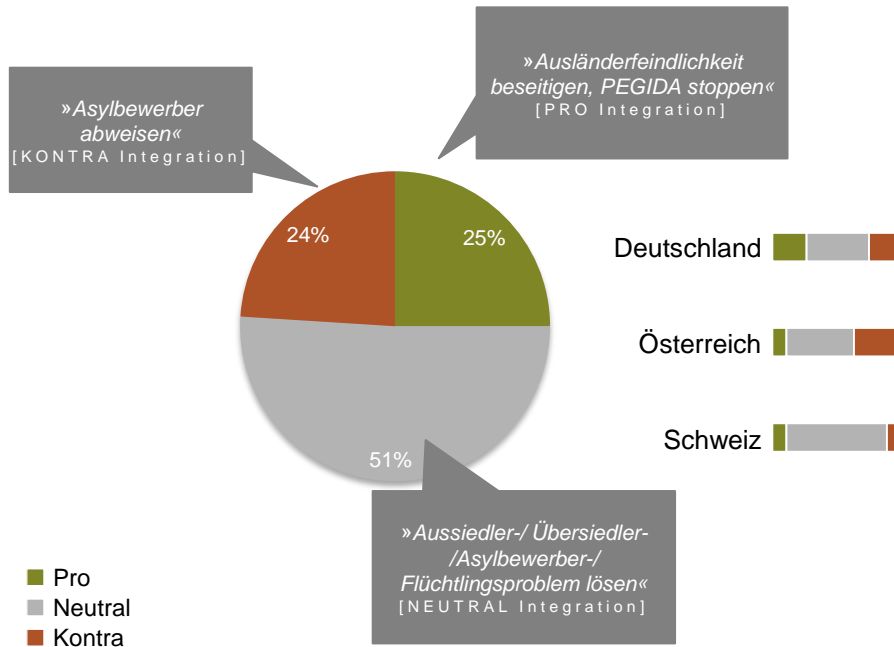
▶ Jeder Tweet und jeder in einem Tweet verlinkte Artikel der gezogenen Stichprobe wurde mindestens einem der hier aufgeführten Themenbereiche zugeordnet.

Die Themenklassifizierung wurde in Zusammenarbeit mit dem GfK Verein erarbeitet, mit der Intention, möglichst alle Inhalte zum Thema Zuwanderung und Integration abzudecken und einzuordnen. Als erste Vorlage für eine solche Kategorienbildung dienten die Studienergebnisse der Challenges of Nations 2015.

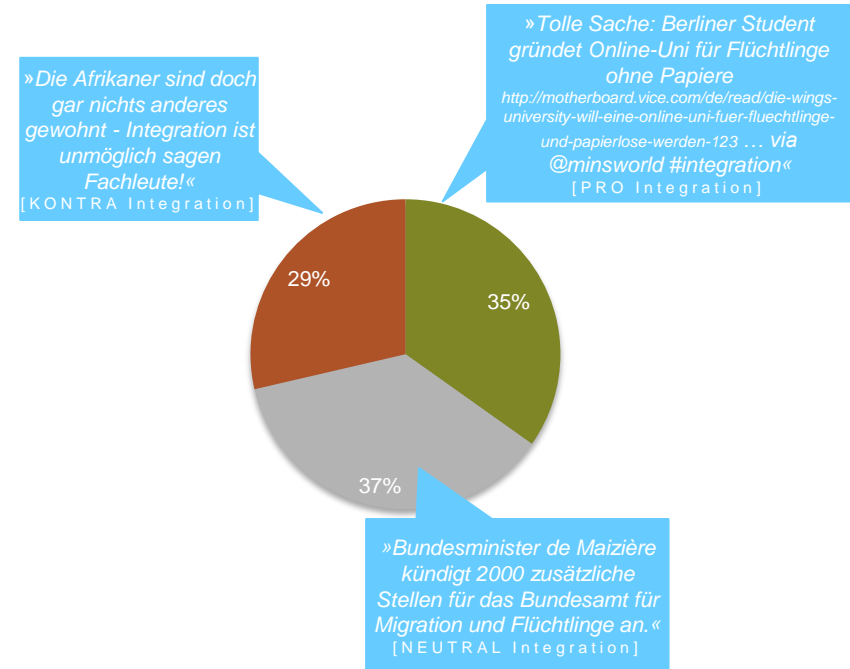
Sicherheit & Kriminalität	Wirtschaft & Arbeit	Sozialstaat & Sozialsystem	Kultur & Religion	Lebensbedingungen
Straftaten und Gesetzesverstöße, Angst um die körperliche Sicherheit und um Eigentum	Arbeitsmarkt, Arbeitspolitik, Wirtschaftspolitik, Beispiele für Integration im Wirtschaftskontext, Ausländer als Unternehmer, Arbeitsplatzsicherheit, Ausländer in spezifischen Berufen, Immigranten in ihrer Rolle als Arbeitskräfte	Institutionelle Unterstützung, Solidarität über staatliche Maßnahmen; nicht: private Hilfen und Unterstützung	Kulturelle und religiöse Aspekte des Zusammenlebens, positive und negative Aspekte kultureller Vielfalt, kulturelle Initiativen, kultureller Austausch	Lebensbedingungen von Ausländern und Einheimischen im Migrationskontext, Lebensumfeld verbessert/verschlechtert durch Migration

Ethik & Moral	Zivilgesellschaft & nicht-institutionelle Politik	Institutionelle Politik	Ideologie
Moralische Aspekte des Umgangs mit Flüchtlingen, Ausländern; Verweis auf Menschenrechte und Menschlichkeit, Abkehr von Menschenrechten, Moralische Schuldzuweisungen	Bürgerbeteiligung, Engagement von Bürgern, Protest und Demonstrationen, PEGIDA & NOGIDA	Parteilpolitik, Politik in Institutionen (Europa, Deutschland, Österreich, Schweiz, Bundesländer, Gemeinden etc.); politisches Agieren in Bezug zu Integration; Gesetzgebung	Parolen, Vorurteile, Ressentiments ohne auf oben genannte Aspekte einzugehen

Vercodete offene Antworten aus Challenges of Nations 2015

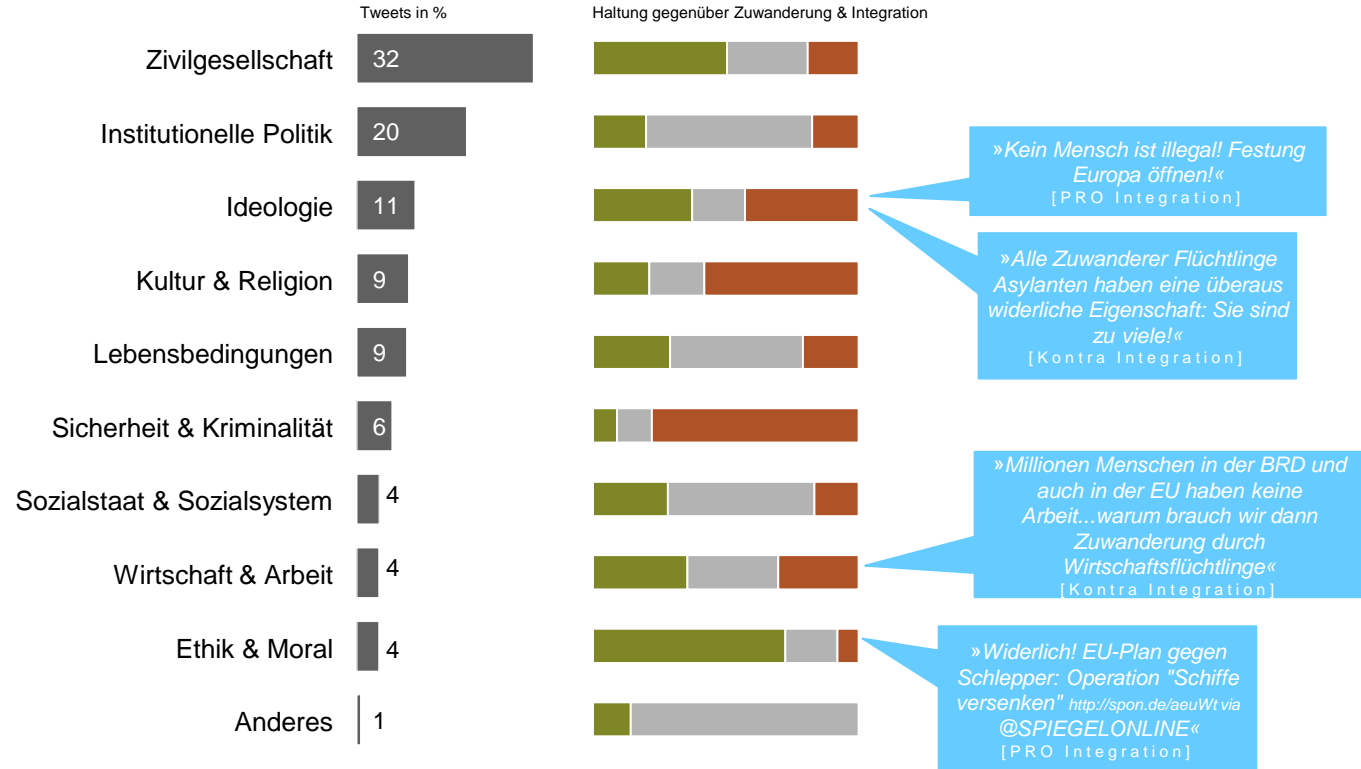


Tweets aus Sonderanalyse Integration & Zuwanderung



- Fast ein Drittel aller untersuchten Tweets konnten dem Thema Zivilgesellschaft und nicht-institutionelle Politik zugeordnet werden. In diese Kategorie fielen eine große Zahl an Tweets die mit den Hashtags „Pegida“, „Nogida“, „No Pegida“ o.ä. gekennzeichnet waren und die somit bewusst im Rahmen der Debatte auf Twitter platziert wurden.
- Viele dieser Tweets behandelten dabei gleichzeitig aber auch Themen wie Institutionelle Politik oder Sozialstaat und Sozialsystem.

- Pro
- Neutral
- Kontra





Anzahl Zentralität im gesamten
der Follower Netzwerk in %

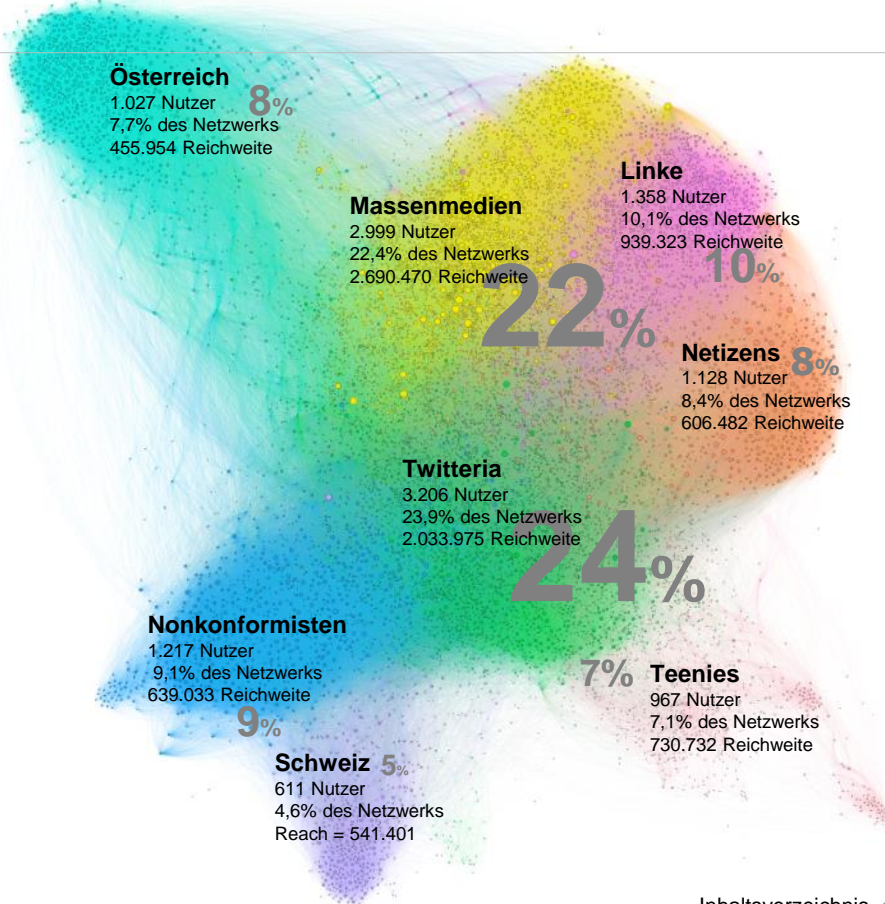
Lesebeispiel: 27% der Nutzer im gesamten Netzwerk folgen tazgezwtischer

281.787	27	taz <small>tazgezwtischer</small>
786.316	25	SPIEGEL ONLINE <small>SPIEGELONLINE</small>
201.712	24	netzpolitik.org <small>netzpolitik</small> <small>Blog über Politik rund um Internet, Urheberrechtsfragen und Überwachung von Markus Beckedahl</small>
695.024	24	Tagesschau <small>tagesschau</small>
470.567	23	Süddeutsche Zeitung <small>SZ</small>
366.200	23	Steffen Seibert <small>RegSprecher</small> <small>Sprecher der Bundesregierung und Chef des Bundespresseamtes</small>
116.828	21	Der Postillon <small>Der_Postillon</small> <small>satirische Beiträge im Stil von Zeitungsartikeln und Agenturmeldungen von Stefan Sichermann</small>
501.135	19	DIE WELT <small>welt</small>
71.925	17	Der Freitag <small>derfreitag</small> <small>Linksliberale überregionale Wochenzeitung</small>
61.448	16	Gregor Gysi <small>GregorGysi</small>

Wenig überraschend finden sich unter den relevantesten Twitter-Accounts zum Thema sechs etablierte Nachrichtenmedien: Taz, Spiegel, Tagesschau, Süddeutsche Zeitung, Welt und Der Freitag. Interessant ist, dass die Taz im gesamten Netzwerk das wichtigste Medium zum Thema darstellt, obwohl andere Nachrichtenmedien insgesamt weit mehr Follower auf Twitter haben. Beim Thema Zuwanderung & Integration hat die Taz also eine stärkere Stimme.

Der Twitter-Account von Netzpolitik ist – etwas überraschend - der dritt wichtigste Account zum Thema, obwohl der Fokus des Blogs eigentlich auf politischen Aspekten des digitalen Wandels liegt.

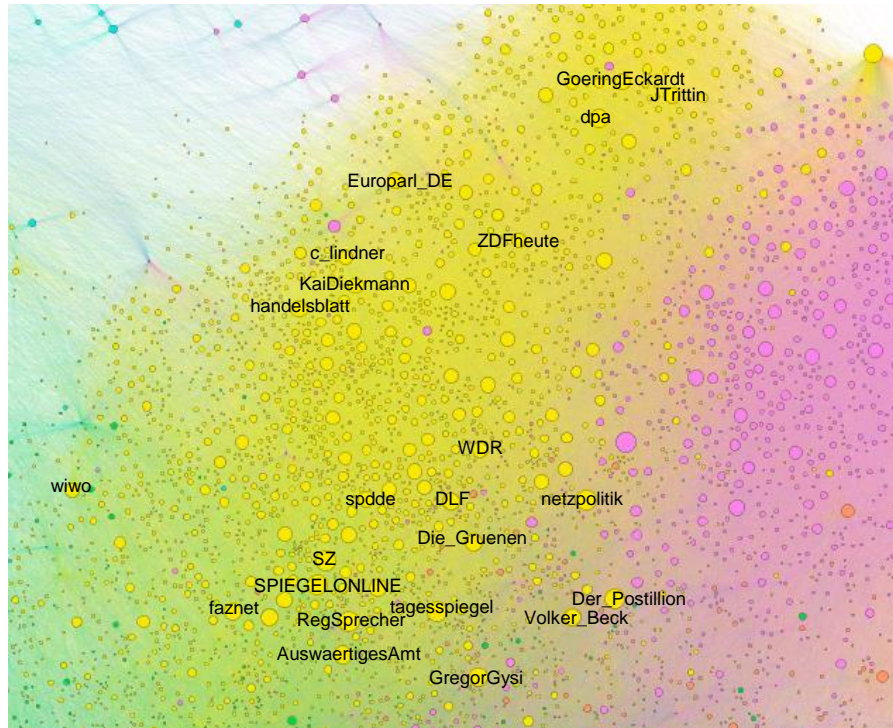
Nicht zu vergessen: Betrachtet wird wie die Accounts untereinander vernetzt sind und welche Rolle bestimmte Accounts in diesem Netz zu den anderen Accounts spielen. Diese Analyse zeigt, dass Netzpolitik ein Blog ist, mit dem viele andere journalistische Accounts verknüpft sind. Das selbe trifft auf den Account von Steffen Seibert, dem Regierungssprecher der Bundesregierung, sowie auf den Account Postillon zu – letzterer weniger aus journalistischen als aus Unterhaltungsgründen.



Das Informationsnetzwerk der Nutzer, die sich am Diskurs zu Migration und Integration auf Twitter beteiligen, weist acht größere Segmente auf, die sich zum Teil **politisch-kulturell** und zum Teil **geographisch** voneinander unterscheiden:

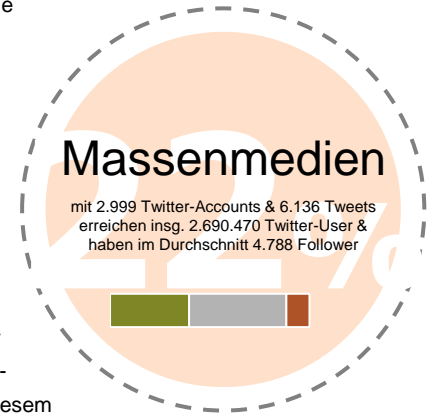
Im Zentrum steht ein ‚Massenmedien‘-Cluster, der die wichtigsten deutschen Medien- und Politik-Accounts enthält. Die linkslastigen Cluster „Pro Integration“ und „Netizens“ bilden mit dem rechtslastigen „Nonkonformisten“ Cluster gegenüberliegende Pole im Netzwerk.

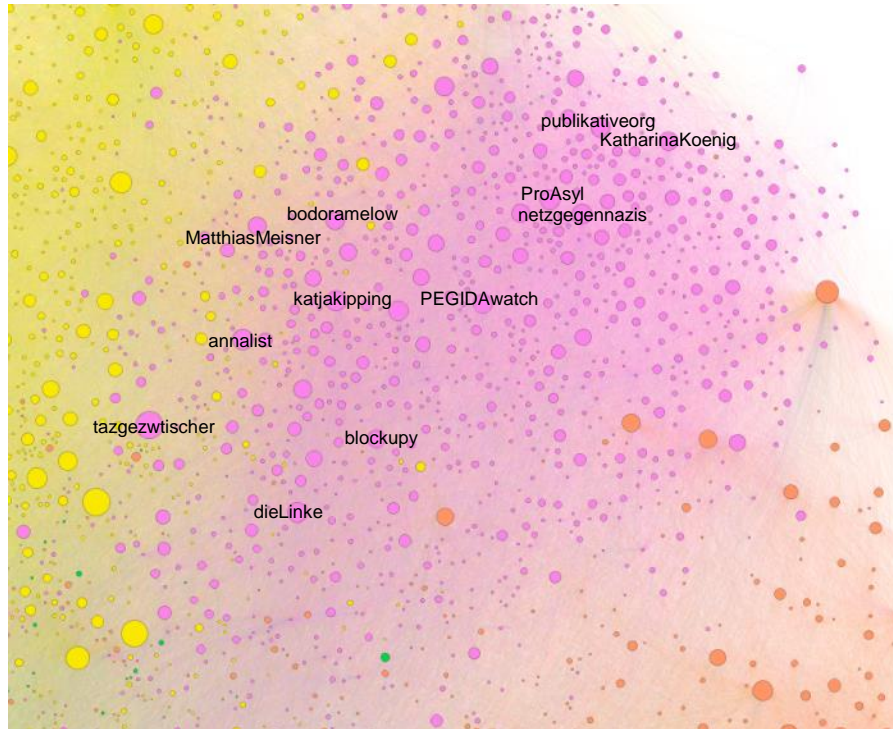
Dazwischen liegen die Segmente Teenies und Twitteria, die ein recht breit gefächertes Meinungsbild aufweisen, wobei sich der Teenies-Cluster vom Rest des Netzwerks abhebt. Zwischen der Welt der Erwachsenen und jener der Jugendlichen gibt es nur wenige Verbindungen. An der Peripherie des Netzwerks liegen Segmente, die Österreich und der Schweiz zugeordnet werden können.



In diesem sehr großen Segment sind die Accounts der wichtigsten deutschen Medien (z.B. Tagesschau, Süddeutsche Zeitung, Spiegel Online), Journalisten (z.B. Kai Diekmann) und Politiker der gemäßigten Parteien zu finden – wobei Accounts der Grünen (z.B. Volker Beck, Jürgen Trittin) deutlich prominenter positioniert sind als jene der SPD (z.B. SPD Parteivorstand), CDU/CSU (z.B. CDU Fraktion im Bundestag) und FDP (z.B. Christian Lindner). Auch Ämter und Behörden (z.B. Auswärtiges Amt, Europaparlament) und politische Stiftungen sind in diesem Segment vertreten, dessen zentraler Account der von Regierungssprecher Steffen Seibert ist. Auch abseits der prominenteren Accounts dominieren Nutzer, die im Medienbereich arbeiten und/oder sich als Funktionäre bzw. Unterstützer von SPD, CDU/CSU, Grünen oder FDP präsentieren.

Die Nutzer im Massenmedien-Cluster kommunizieren zum Thema Integration vorrangig neutral. Wenn Meinungen geäußert werden, dann sind diese jedoch überwiegend positiv gegenüber Migration. Thematisch ist institutionelle Politik am stärksten vertreten, was angesichts der Zusammensetzung des Clusters keine Überraschung ist. Darüber hinaus ist das Thema Lebensbedingungen von Migranten sehr präsent.





In diesem Cluster dominieren Accounts von politischen Aktivisten und zivilgesellschaftlichen Initiativen, die im politischen Spektrum links einzuordnen sind. Darunter finden sich Initiativen gegen die Ausgrenzung von Migranten, Anti-Pegida-Aktivistinnen und antifaschistische Dokumentationsarchive ebenso wie dezidiert feministische Accounts, Nutzer aus der Homosexuellen- und Queer-Community und Nutzer, die sich die Verteidigung von Minderheitenrechten auf die Fahnen schreiben. Dezidiert linke Medien wie Neues Deutschland und Junge Welt sowie linksgerichtete Medien wie taz und Le Monde Diplomatique runden das Bild ab. Von den etablierten politischen Parteien sind einzig Accounts der Linken zu finden.

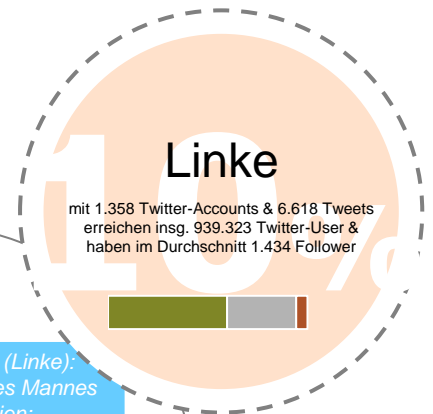
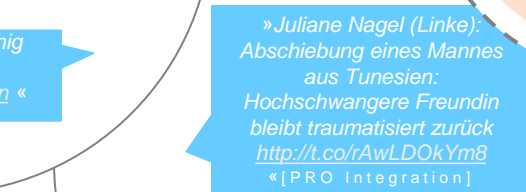


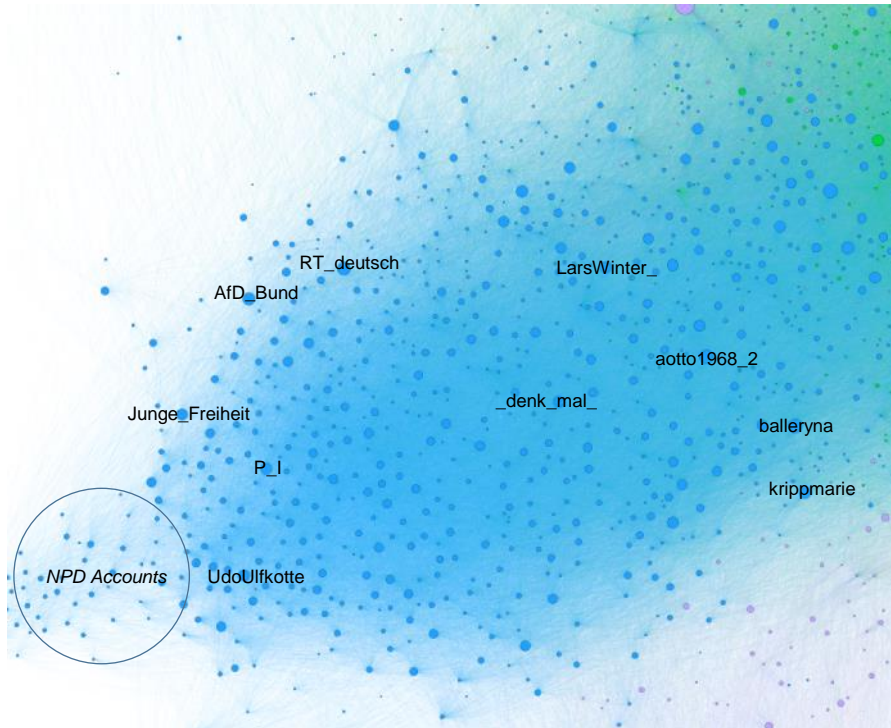
Wenig überraschend ist die Einstellung der Nutzer dieses Segments zu Migration und Integration weitgehend positiv. Thematisch ist das Thema „Zivilgesellschaft“ sehr stark vertreten, wobei vielfach die Organisation von Anti-Pegida-Protesten oder Hilfsinitiativen für Flüchtlinge diskutiert werden.

Was sind die wichtigsten Themen?



Tweets in %

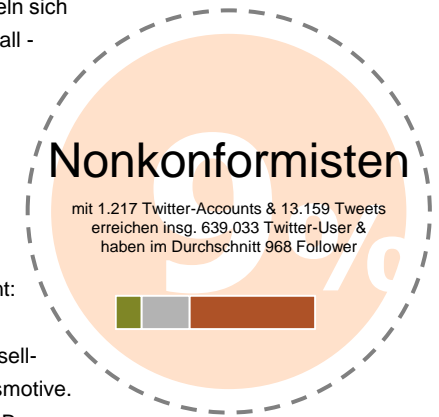




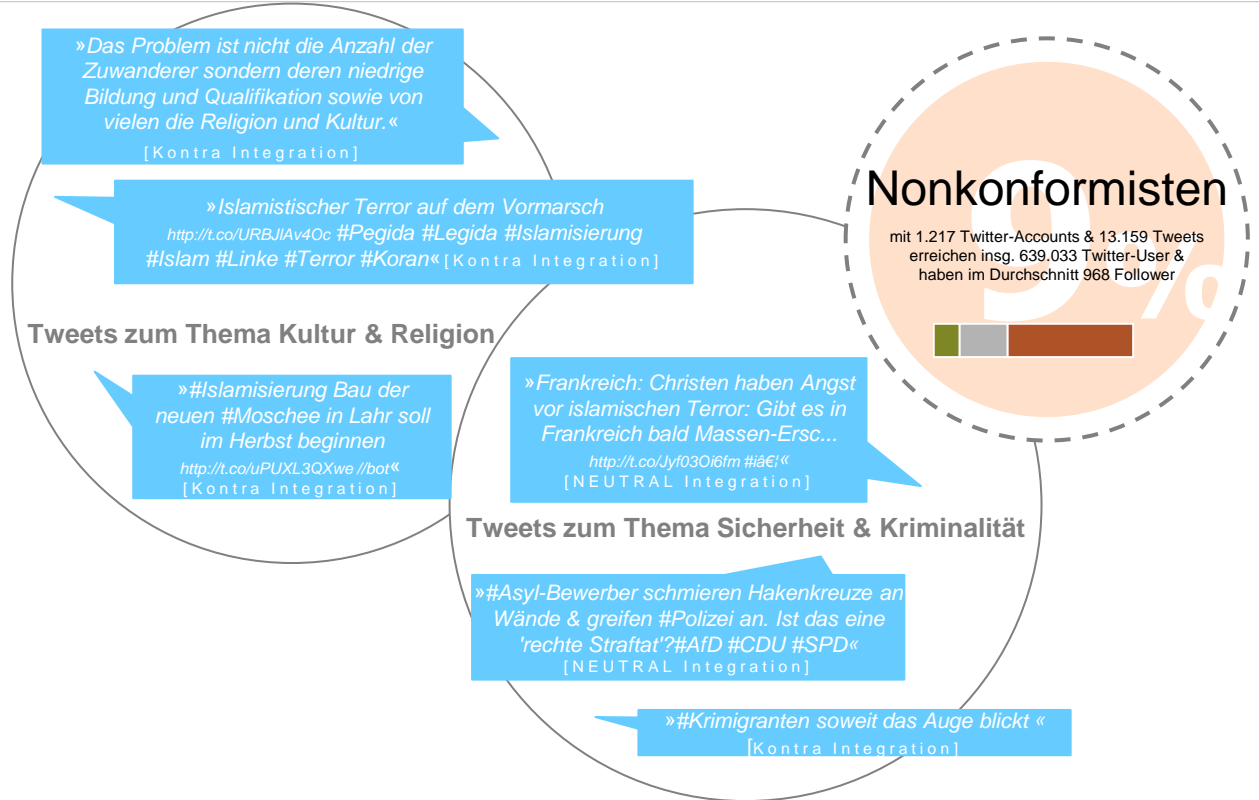
Im Segment „Nonkonformisten“ sammeln sich Accounts, die vielfach - aber nicht in jedem Fall - der politischen Rechten zugeordnet werden können. So finden sich z.B. einige AfD-Accounts an zentraler Position sowie NPD-Accounts in der Peripherie des Segments.

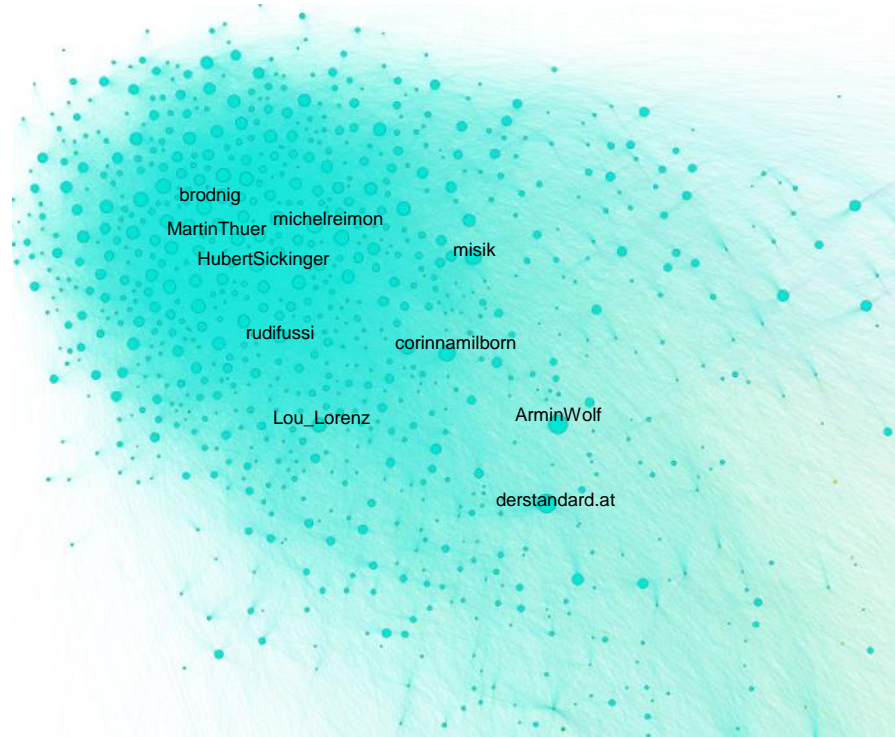
Stärker als die politische Orientierung wird von vielen Nutzern des Clusters jedoch ihr gesellschaftlicher Nonkonformismus betont: Politische Inkorrektheit und die Suche nach der ‚Wahrheit‘ gegenüber den ‚Lügen‘ der gesellschaftlichen Eliten sind starke Beschreibungsmotive. Darüber hinaus ist in den Profilen ein starker Bezug zu Russland und eine klare Ablehnung der Europäischen Union festzustellen. Abgerundet wird das Bild von Initiativen für Männerrechte und gegen Pädophilie. Letztere werden dabei auffällig häufig bei den Mainstream-Eliten vermutet.

Entsprechend der politischen Schlagseite der Accounts nach rechts, wird Integration und Migration weitgehend negativ beurteilt. Thematisch dominieren Sicherheit und Kriminalität (im Kontext krimineller Ausländer und Asylanten) sowie Kultur und Religion (Stichwort Islamisierung des Abendlandes). Ebenfalls stark ist das Thema Zivilgesellschaft vertreten, wobei es oftmals um die Organisation von Demonstrationen (Stichwort: Pegida) und andere zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Islamisierung und Überfremdung geht.

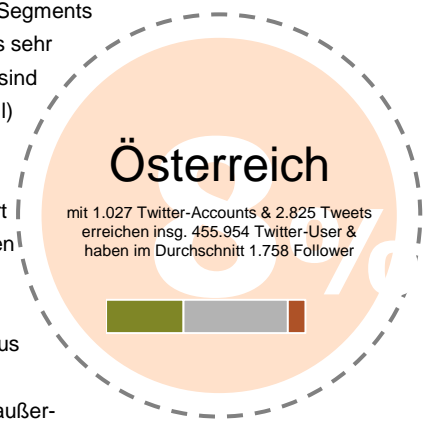


Was sind die wichtigsten Themen?

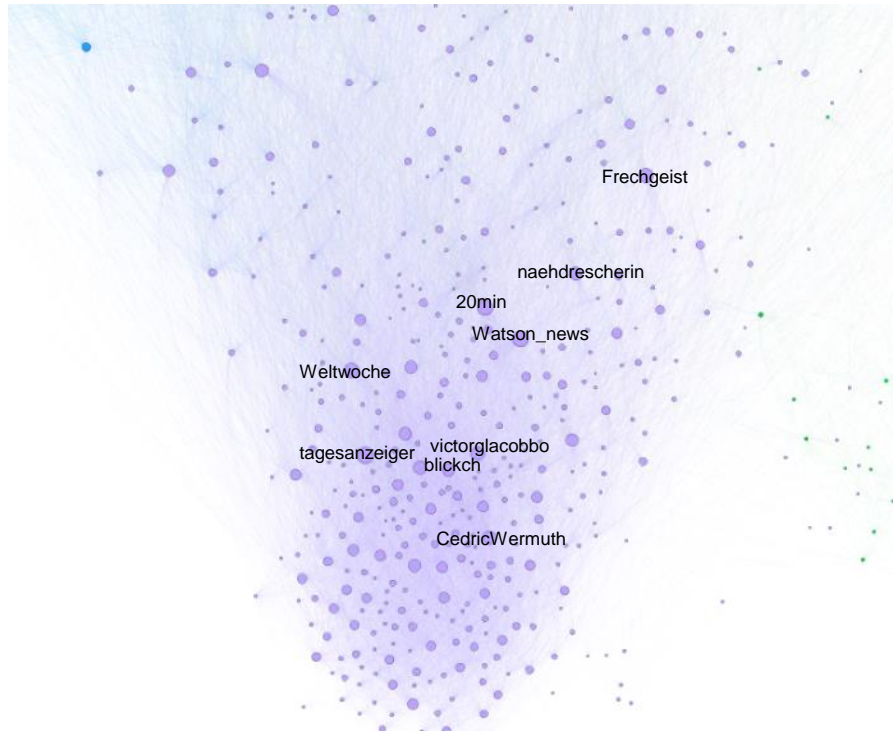




Die Zusammensetzung des Österreich-Segments ist jener des deutschen Mainstream-Segments sehr ähnlich, zumindest bei den Top-Accounts: Es sind überwiegend Medien (z.B. Der Standard, Profil) und individuelle Journalisten (z.B. Armin Wolf, Corinna Milborn). Daneben finden sich Politikberater und –experten (z.B. Rudi Fussi, Hubert Sickinger) und Politiker der Oppositionsparteien (z.B. Michel Reimon) und Neos (z.B. Matthias Strolz). SPÖ, ÖVP und FPÖ sind deutlich schwächer vertreten. Auffällig ist darüber hinaus eine sehr starke Dominanz von Accounts von Individuen gegenüber Institutionen sowie die außerordentliche Dichte des Netzwerks: In Österreich folgen sich die zentralen Nutzer vielfach gegenseitig. Die Verknüpfung zwischen Österreich und den deutschen Clustern ist besonders über das Massenmedien- und das Linke-Cluster zu sehen.



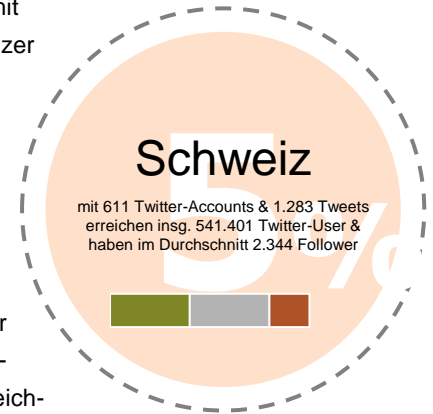
Die Verteilung der Meinung zu Migration ist dem deutschen Massenmedien-Cluster ebenfalls sehr ähnlich, wobei die Hälfte der Tweets neutral bewertet wurden und rund 39 Prozent positiv. Thematisch sind institutionelle Politik und Lebensbedingungen von Migranten stark vertreten. Die Diskussion zu zivilgesellschaftlichen Initiativen ist deutlich schwächer ausgeprägt als in Deutschland, sicher auch da Pegida- und NoPegida-Bewegungen in Österreich nur begrenzt relevant waren.

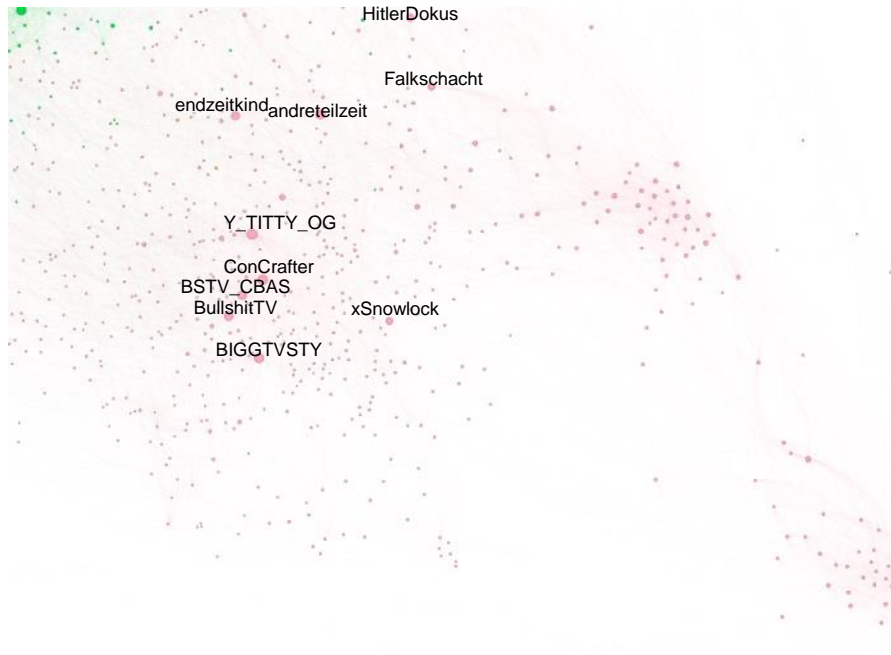


Die Neue Züricher Zeitung ist der mit Abstand relevanteste Account im Schweizer Segment, der auch zahlreiche weitere institutionelle Medien-Accounts enthält (z.B. Tagesanzeiger, 20 Minuten).

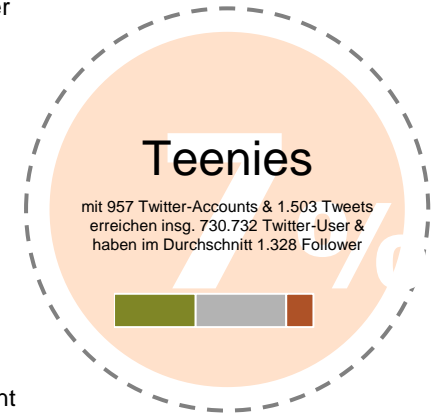
Neben Journalisten und einigen Politikern (besonders stark sind hier die Grünen vertreten), ist die Prominenz einer Reihe politisch interessierter Bürger ohne Funktion im politischen System hervorzuheben. Im Unterschied zum Österreich-Segment sind Schweizer Nutzer stärker mit rechtslastigen Accounts in Deutschland verknüpft als mit linkslastigen.

Dies zeigt sich auch im Meinungsbild, das Migranten gegenüber deutlich negativer ausfällt als in Österreich und dem deutschen Mainstream, auch wenn die positiven Meinungen insgesamt überwiegen. Thematisch ist ein im Verhältnis starker Diskurs rund um Ethik und Moral zu beobachten.

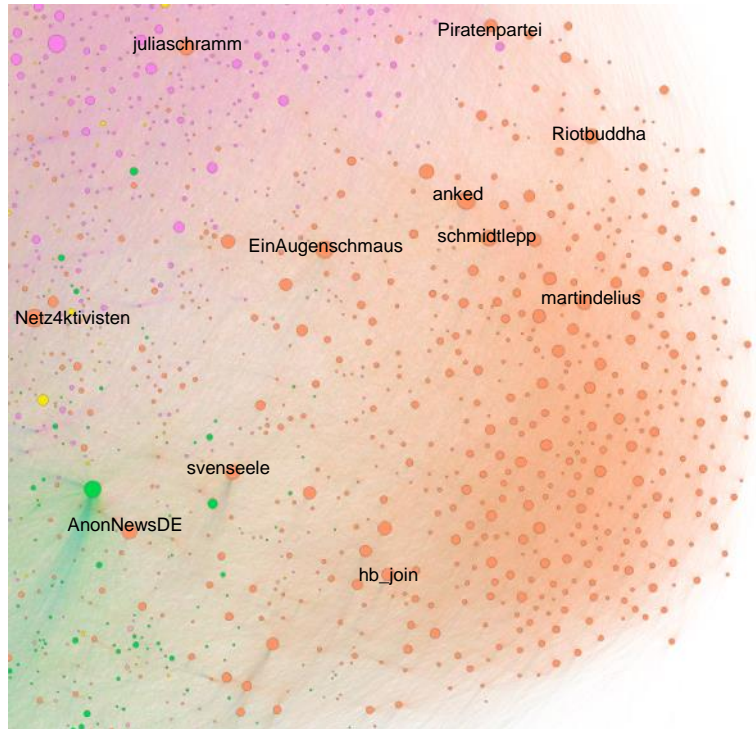




Dieses Segment vorwiegend junger Nutzer ist ganz wesentlich von Videobloggern (z.B. Bullshit TV, Y-Titty) und anderen Internet-Celebrities geprägt, die Integration in ihren Communities zum Thema machen. Die Selbstbeschreibungen vieler Nutzer weisen Ironie, Sarkasmus und Kraftausdrücke auf, vielfach wird auf das eigene Alter verwiesen.

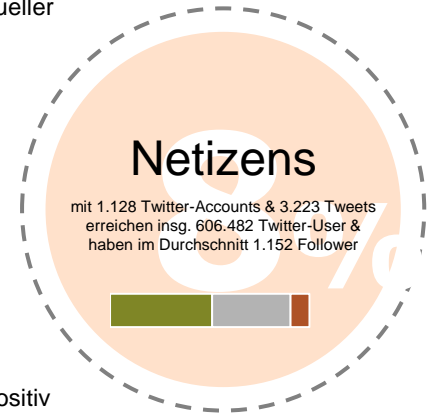


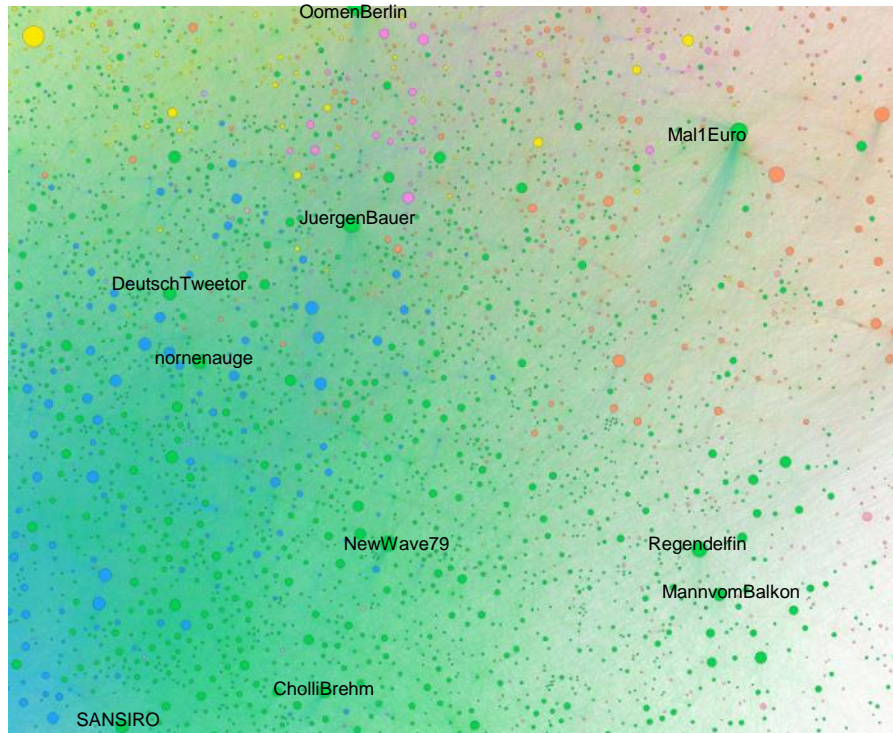
Thematisch ist das Teenie-Segment das einzige, in dem einfache Ideologieäußerungen stark vorkommen, wobei positive Äußerungen zu Migration dreimal häufiger sind als negative. Im Vergleich zu anderen Segmenten sind zudem die Themen Kultur und Religion überrepräsentiert und institutionelle Politik unterrepräsentiert.



Accounts der Piratenpartei und aktueller oder ehemaliger Funktionäre (z.B. Anke Domscheit-Berg, Christopher Lauer) sind in diesem Segment stark vertreten. Darüber hinaus finden sich zahlreiche Accounts, die Bezüge zu digitaler Kultur und Wirtschaft, Netzpolitik, Open Data, Open Government und verwandten Themen aufweisen.

Die Netizens stehen den Themen Migration und Integration überwiegend positiv gegenüber, das Thema Zivilgesellschaft ist stark vertreten.

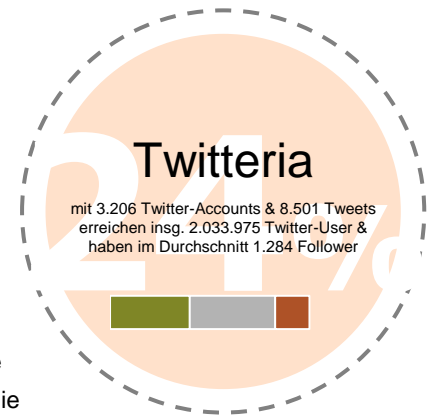




Das größte Segment der Studie ist außerordentlich divers. Im Unterschied zu den anderen Teilen des Netzwerks sind hier sehr wenige dezidiert politische Accounts oder Institutionen zu finden, die Nutzer stellen vielfach ihre privaten Freizeit- und Kulturinteressen in den Vordergrund.

Bei vielen der zentralen Accounts wird darüber hinaus twittern als kulturelle Form betont, insbesondere Witz und Ironie sind von hoher Relevanz.

So divers sich die Nutzerstruktur präsentiert, so vielfältig ist auch das Themenspektrum zu Integration.



Wirtschaftsindikatoren im Überblick 2015

(Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren jedes Landes)


	Nigeria	Iran	Deutschland	Indien	Südkorea	Brasilien	Italien	Österreich	Frankreich	Indonesien	Großbritannien
Wachstumsrate BIP (real) in % - 2014 vgl. Eurostat	7,3*	-5,8*	1,6	5,0*	3,0*	2,5*	-0,4	0,3	0,4	5,8*	2,8
Arbeitslosenquote in %-2014 vgl. OECD	-	-	5,0	-	3,5	-	12,6	5,6	10,3	-	6,2
Arbeitslosenquote in %-2013 vgl. OECD	7,5**	13,2**	5,2	3,6**	3,1**	5,9**	12,1	5,4	10,3	6,3**	7,6
Inflationsrate in %-2014 vgl. OECD	8,1***	17,2***	0,8	6,4	1,3	6,3	0,2	1,5	0,6	6,4	1,5
	Belgien	Spanien	Polen	Südafrika	Schweiz	Russland	USA	Niederlande	Japan	Türkei	Schweden
Wachstumsrate BIP (real) in % - 2014 vgl. Eurostat	1,1	1,4	3,4	1,9*	2,0*	1,3*	2,4	0,9	1,5*	4,0*	2,1
Arbeitslosenquote in %-2014 vgl. OECD	8,5	24,5	9,0	-	4,5	-	6,2	7,4	3,6	10,0	7,9
Arbeitslosenquote in %-2013 vgl. OECD	8,5	26,1	10,3	24,9**	4,4	5,6**	7,4	7,2	4,0	8,7	8,0
Inflationsrate in %-2014 vgl. OECD	0,5	-0,2	0,1	6,1	0,0	7,8	1,3	0,3	2,7	8,9	0,2

Eurostat/OECD: Stand Mai 2015

*vgl. Weltbank (2013); **vgl. International Labour Organisation (ILO) (2013/2014, Stand Mai 2015); ***vgl. Weltbank (2014)

Deutschland /// Die Herausforderungen 1991-2015

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)


 freie Antworten	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Zuwanderung/ Integration	38	68	31	24	20	18	15	12	11	11	13	13	7	6	7	13	7	9	7	8	16	7	8	13	35
Arbeitslosigkeit	39	39	62	66	61	81	79	86	71	66	59	74	75	77	81	80	67	53	57	66	55	34	32	33	22
Renten/Altersversorgung	4	3	10	9	10	17	15	14	10	17	15	12	18	20	12	18	18	23	9	19	17	13	14	24	16
Preis-/ Kaufkraftentwicklung	13	8	9	7	7	4	5	4	2	5	15	14	10	9	11	11	18	37	13	24	33	26	29	26	16
Wirtschaftliche Stabilität	10	9	14	13	7	7	7	5	4	4	4	11	16	16	12	8	6	7	36	26	14	24	16	10	15
Armut*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	2	3	10	6	5	6	12	13	14	15
Bildungspolitik	1	1	1	1	1	1	1	3	3	3	4	5	4	6	7	9	10	17	14	14	23	12	16	12	15
Friedenssicherung	2	2	2	4	4	2	1	0	5	1	1	2	6	2	1	1	2	2	2	5	6	3	3	5	11
Kriminalität	2	7	9	18	19	13	9	19	9	10	10	17	10	7	6	6	10	13	8	15	17	7	8	11	10
Soziale Sicherung	4	4	11	6	8	9	8	9	7	7	7	8	12	13	7	10	8	13	13	17	25	11	12	11	9
Gesundheitswesen	2	4	10	4	2	3	4	6	2	6	5	5	15	14	7	15	13	12	10	21	19	11	7	10	9
Weltpolitik/ Europapolitik*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	1	2	4	3	4	4	7
Umweltschutz	23	16	15	15	23	13	6	5	4	6	11	5	4	3	3	5	16	12	7	10	14	12	7	10	6
Terrorismus*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	1	1	1	1	6
Politik/ Regierung	1	3	3	4	1	2	3	3	2	4	3	6	7	8	8	6	7	9	10	10	12	13	7	7	6
Basis:	2898	3031	2992	2141	2455	2427	2521	2486	2492	2451	2452	2022	1959	1979	1955	1974	1971	2010	2072	2063	2076	2087	2042	2018	1960

*Werte in den Vorjahren nie unter den wichtigsten Problemen

Deutschland /// Die Herausforderungen

Alte Bundesländer 1991-2015


... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

 freie Antworten	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Zuwanderung/ Integration	44	73	35	28	23	20	17	14	10	12	13	15	7	7	6	15	8	10	8	9	17	7	8	14	35
Arbeitslosigkeit	30	31	58	63	58	80	77	84	69	64	55	71	73	75	80	79	64	51	55	64	53	32	28	32	21
Renten/Altersversorgung	3	3	11	10	11	19	17	16	11	19	16	13	19	22	14	20	19	24	9	19	18	13	14	26	16
Armut*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	2	3	9	5	5	6	11	13	15	16
Wirtschaftliche Stabilität	5	5	12	13	6	6	7	5	4	4	4	11	16	17	12	7	5	6	38	27	14	25	16	9	16
Preis-/ Kaufkraftentwicklung	15	10	11	7	8	4	5	4	2	5	14	12	9	9	11	10	16	37	13	22	31	24	26	23	15
Bildungspolitik	1	1	1	1	1	1	1	3	3	3	4	5	5	7	7	9	10	17	14	14	23	12	17	12	14
Friedenssicherung	2	2	2	4	4	2	1	0	5	1	1	2	6	2	1	0	2	2	2	5	6	3	3	5	11
Kriminalität	2	5	8	16	18	11	8	17	9	8	9	17	9	6	6	6	10	13	7	15	16	7	8	11	10
Gesundheitswesen	2	5	12	5	2	3	5	6	2	6	5	5	16	15	8	15	13	12	10	21	17	10	8	10	9
Soziale Sicherung	2	2	10	5	7	8	6	9	6	6	7	7	11	11	7	9	7	12	12	17	24	10	13	11	8
Weltpolitik/ Europapolitik*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	1	2	4	3	4	4	7
Umweltschutz	26	18	17	17	26	15	7	5	5	7	13	6	5	3	3	5	16	14	8	11	14	13	7	11	7
Terrorismus*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	1	0	2	1	1	1	2	6
Familienpolitik*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4	4	2	2	4	7	10	8	9	7	13	9	10	10	6
Basis:	1942	2028	1997	1708	1945	1932	2002	1975	1979	1946	1952	1607	1557	1575	1560	1575	1575	1614	1666	1669	1723	1732	1621	1608	1562














*Werte in den Vorjahren nie unter den wichtigsten Problemen

Deutschland /// Die Herausforderungen Neue Bundesländer 1991-2015

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)










 freie Antworten	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Zuwanderung/ Integration	12	49	18	10	7	11	5	5	8	8	12	7	4	3	4	8	2	5	4	6	12	3	5	9	35
Arbeitslosigkeit	75	73	80	78	74	86	85	92	78	76	79	87	82	84	86	85	76	63	63	73	68	45	44	40	27
Preis-/ Kaufkraftentwicklung	6	2	2	6	2	4	4	6	3	5	20	14	14	10	13	13	27	39	15	31	43	39	38	34	17
Bildungspolitik	2	1	1	1	1	0	0	2	3	2	3	4	3	6	5	9	8	16	13	13	22	9	14	10	15
Wirtschaftliche Stabilität	29	27	21	11	12	10	8	7	4	3	4	12	14	14	15	10	6	10	29	22	14	18	15	10	14
Soziale Sicherung	12	11	16	12	13	15	14	11	9	8	9	13	16	20	9	16	12	18	18	17	32	14	11	13	14
Renten/Altersversorgung	6	3	4	5	6	8	7	7	7	8	11	6	13	12	6	12	11	17	9	17	16	13	11	19	14
Kriminalität	3	16	13	24	25	19	13	26	9	16	13	16	11	8	8	7	10	13	13	15	21	8	8	13	13
Friedenssicherung	1	1	2	6	4	2	1	0	6	1	2	2	5	4	2	1	3	4	3	6	7	4	5	5	12
Armut*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	1	3	4	13	6	6	7	12	11	11	12
Politik/ Regierung	3	4	5	2	0	2	3	4	1	4	2	7	11	6	8	9	10	12	12	12	17	12	8	9	10
Gesundheitswesen	1	1	0	1	1	1	2	5	2	4	5	5	10	11	4	15	12	10	12	21	25	12	6	10	9
Familienpolitik*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	3	1	3	4	7	9	6	9	8	12	9	8	12	7
Weltpolitik/ Europapolitik*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	1	2	3	4	5	4	5
Ost- und Deutschlandpolitik	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5
Basis:	956	1003	995	433	510	495	519	511	513	505	500	415	402	404	395	399	396	396	406	394	353	355	421	410	398

*Werte in den Vorjahren nie unter den wichtigsten Problemen

Europa	Anteil der Stichprobe an der Gesamtbevölkerung in Prozent	Anteil der Stichprobe an der Gesamtbevölkerung in Tsd. Personen	Anzahl der Interviews	Methode	Alter	Regionale Abdeckung	Feldzeit
 Österreich	85,3%	7.228 Tsd.	1.000	CAPI	15+	Landesweit	Feb 15
 Belgien	83,1%	9.303 Tsd.	1.051	CATI	15+	Landesweit	Feb / März 2015
 Frankreich	81,7%	53.945 Tsd.	1.003	CAPI	15+	Landesweit	Feb / März 2015
 Deutschland	87,4%	70.488 Tsd.	1.960	CAPI	14+	Landesweit	Feb 15
 Italien	85,9%	51.395 Tsd.	1.026	CAPI	15+	Landesweit	Feb 15
 Niederlande	82,3%	13.830 Tsd.	1.010	CATI	15+	Landesweit	Feb 15
 Polen	85,2%	32.828 Tsd.	1.000	CAPI	15+	Landesweit	März 15
 Russland	83,5%	119.765 Tsd.	2.106	PAPI	16+	Landesweit außer dünn besiedelte Gebiete in Nordrussland & Nordkaukasusregion	Feb 15
 Spanien	85,0%	39.350 Tsd.	1.008	CAPI	15+	Landesweit	Feb 15
 Schweden	83,5%	8.010 Tsd.	1.000	CATI	15-84	Landesweit	Feb 15
 Schweiz	76,0%	6.144 Tsd.	1.000	CATI	15-74	Landesweit, außer italienischsprachige Schweiz	Feb 15
 Türkei	73,6%	55.151 Tsd.	1.235	PAPI	15-65	12 Provinzen: Istanbul, Ankara, İzmir, Bursa, Kayseri, Malatya, Adana, Samsun, Trabzon, Tekirdağ Diyarbakır und Erzurum	März 15
 UK	81,3%	51.104 Tsd.	1.062	CAPI	16+	Landesweit	Feb 15

Die Feldarbeit erfolgte im Rahmen des GfK GLOBO BUS®.

Methode Nord- und Südamerika, Afrika, Asien

Nord- und Südamerika		Anteil der Stichprobe an der Gesamtbevölkerung in Prozent	Anteil der Stichprobe an der Gesamtbevölkerung in Tsd. Personen	Anzahl der Interviews	Methode	Alter	Regionale Abdeckung	Feldzeit
	USA	75,7%	239.310 Tsd.	1.000	CAWI	18+	Landesweit	Feb 15
	Brasilien	69,3%	138.931 Tsd.	1.000	CATI	18+	Landesweit	März 15
Afrika								
	Nigeria	14,4%	25.085 Tsd.	1.000	PAPI ad hoc	18+	Lagos, Abuja, Port Harcourt	Jan / Feb 15
	Südafrika	22,0%	11.646 Tsd.	1.200	CAPI	16+	Metropolregion Pretoria, Johannesburg, Durban, Kapstadt	Feb 15
Asien								
	Indien	3,8%	46.955 Tsd.	1.038	PAPI	15-64	Mumbai, Neu Delhi, Kolkata, Chennai	Feb / März 15
	Indonesien	4,7%	11.789 Tsd.	1.041	PAPI	15-64	Jakarta, Surabaya, Medan, Bandung	Feb / März 15
	Südkorea	79,6%	39.950 Tsd.	1.514	PAPI	19+	Landesweit	Jan 15
	Japan	80,3%	102.253 Tsd.	1.200	PAPI	15-79	Landesweit	Feb 15
	Iran	14,5%	10.909 Tsd.	1.000	PAPI ad hoc	18+	Teheran, Maschhad, Isfahan, Täbris, Schiras	Feb 15

Die Feldarbeit erfolgte im Rahmen des GfK GLOBO BUS®.